

24 2/2

Das
Braunschweigische
Gesinderecht,

nach den Vorschriften der abgeänderten Gesindeordnung
vom 16. August 1899

bearbeitet

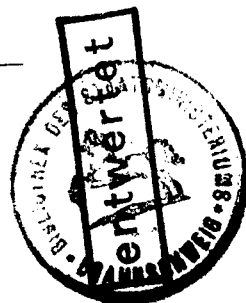
von

H. von Frankenberg,
Stadtrat in Braunschweig.

entwertet



← Erstes Tausend. →



Braunschweig 1900.

Verlag von Benno Goerik.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsübersicht.

| | Seite |
|--|-------|
| Einleitung | 5 |
| I. Allgemeines; wer gehört zum Gefinde? | 7 |
| II. Eingehung des Dienstvertrages. | |
| 1. Wer kann Gefinde mieten? | 10 |
| 2. Wer kann sich als Gefinde vermieten? | 11 |
| 3. In welcher Form wird der Gefindevertrag geschlossen? | 13 |
| III. Inhalt des Dienstvertrages. | |
| 1. Welche Pflichten hat das Gefinde? | |
| a) Rechtzeitiger Dienstantritt | 14 |
| b) Allgemeine Dienstpflichten | 17 |
| c) Wann hat das Gefinde Schadenersatz zu leisten? | 19 |
| d) Welche Pflichten legt die Arbeiterversicherung dem Gefinde auf? | 21 |
| 2. Welche Pflichten hat die Dienstherrschaft? | |
| a) Annahme in den Dienst | 22 |
| b) Pflicht der guten Behandlung | 25 |
| c) Gewährung von Lohn und Kost | 27 |
| d) Welche Pflichten legt die Arbeiterversicherung der Herrschaft auf? | |
| 1. Krankenversicherung | 35 |
| 2. Invalidenversicherung | 41 |
| 3. Unfallversicherung | 44 |
| IV. Aufhebung des Dienstverhältnisses. | |
| 1. Durch den Tod des Dienstboten | 45 |
| 2. Durch den Tod der Herrschaft | 45 |
| 3. Durch Abgabe des Landhaushalts | 46 |
| 4. Durch Konkurs der Dienstherrschaft | 47 |
| 5. Durch Ablauf der bedungenen oder gesetzlichen Zeit | 48 |
| 6. Durch einseitige vorzeitige Vertragsaufhebung | |
| A. seitens der Herrschaft | 51 |
| a) Aufhebung nach vorgängiger Aufkündigung | 51 |
| b) Aufhebung ohne vorherige Aufkündigung | 53 |
| B. seitens des Gefindes | |
| a) nach vorheriger Aufkündigung | 65 |
| b) ohne diese (sofortiges Aufhören) | 67 |

| | |
|---|-------|
| V. Folgen der Aufhebung. | Seite |
| 1. Entschädigungsansprüche | |
| A. seitens der Herrschaft | 70 |
| B. seitens des Gesindes | 73 |
| 2. Zeugnisertheilung | 75 |
| VI. Streitverfahren in Gesinde Sachen | 77 |

Anhang.

Die wichtigsten landes- und reichsgesetzlichen Bestimmungen, welche das Gesinderecht berühren.

| | |
|--|-----|
| A. Landesgesetze: | |
| 1. Gesindeordnung | 80 |
| 2. Polizeistrafgesetzbuch | 97 |
| 3. Gesetz, Fürsorge für kranke Diensthöten betr. | 99 |
| B. Reichsgesetze: | |
| 1. Einföhrungsgesetz zum Bürg. Ges.=Buch | 99 |
| 2. Bürgerliches Gesetzbuch | 100 |
| 3. Gesetz, betr. Beschlagnahme des Arbeits- und Diensthöns | 103 |
| 4. Strafgesetzbuch | 105 |
| 5. Gerichtsverfassungsgesetz | 106 |
| 6. Civilprozeßordnung | 106 |
| 7. Konkursordnung | 107 |
| 8. Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangs- verwaltung | 108 |
| Alphabetisches Sachregister | 109 |

Einleitung.

Die großen Veränderungen, welche im deutschen Rechtsleben seit Anfang dieses Jahres durch das Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt sind, konnten auch an dem **Gesindeverhältnis** und den durch dasselbe begründeten rechtlichen Beziehungen zwischen Herrschaften und Diensthoten nicht spurlos vorübergehen.

Obgleich das Einführungsgezet zum Bürgerl. Gesetzbuch (Art. 95) grundsätzlich die landesrechtlichen Vorschriften über das Gesinderecht unberührt lassen will, war es doch erforderlich, eine Reihe von Bestimmungen mit dem neuen Reichsrechte in Einklang zu bringen.

Die bisherige „Gesindeordnung für das Herzogtum Braunschweig“ vom 15. Okt. 1832 (Nr. 36), die sich im wesentlichen an die preussische Gesindeordnung vom 8. Nov. 1810 anlehnte, ist deshalb seit dem 1. Januar ds. Js. durch die „**Abgeänderte Gesindeordnung**“ vom 16. August 1899 (Nr. 69) ersetzt, die sich zwar nicht als eine durchgreifende Umgestaltung ihrer Vorgängerin von Grund auf darstellt, die aber doch in manchen Punkten den Anforderungen der Zeit Rechnung zu tragen bemüht gewesen ist. Eine vollständige Neuregelung des Gesinderechts hat man, da es zunächst auf die Anpassung an das Bürgerl. Ges.-Buch ankam und die Mühe für umfangreiche Vorarbeiten fehlte, der späteren Zukunft vorbehalten.

Das vorliegende kleine Werk ist hauptsächlich für den Laienstand, für das rechtsunkundige Publikum bestimmt, dem es um so schwieriger wird, sich in die neue Gesetzgebung hineinzufinden, als fast alle jetzt in Gebrauch befindlichen Dienstbücher noch den Abdruck der **alten** Gesindeordnung enthalten. Besonders eingehend sind mit Absicht diejenigen Ausführungen

behandelt, die sich auf die Arbeiterversicherung und die daraus für Herrschaft und Gefinde entspringenden Pflichten beziehen.

Hoffentlich bietet die Zusammenstellung auch den Richtern und Verwaltungsbeamten des Herzogtums ein brauchbares Handbuch. Für die freundliche Unterstützung, die mir bei meiner Arbeit aus den beteiligten Kreisen gewährt ist, insbesondere für die wertvollen Mitteilungen des Herrn Landgerichtspräsidenten Dr. jur. Dedekind hier möchte ich nicht unterlassen, an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

Braunschweig, April 1900.

H. von Frankenberg.

I. Allgemeines

Wer gehört zum Gefinde?

Das **Gefindeverhältnis** hat seine Grundlage im **Dienstvertrage**, durch den das Gefinde die Verpflichtung übernimmt, in den **Haushalt** der Herrschaft einzutreten, sich deren **Weisungen unterzuordnen** und **gewöhnliche häusliche oder auch landwirtschaftliche Dienste zu verrichten**, während die Herrschaft dafür eine **Vergütung** zu leisten hat.

Es rechnet also zum Gefinde nur, wer in die **Haushaltsgenossenschaft** der Herrschaft aufgenommen ist. Wo dies Merkmal fehlt, wo die Aufnahme in den Haushalt, die Gewährung von Wohnung und meistens auch Beföstigung nicht stattgefunden hat, da hat man es wohl mit Voharbeit, aber nicht mit einem Gefinde-Verhältnis zu thun.¹⁾

Die **Ausgeherinnen** gehören folglich nicht mit zum Gefinde, einerlei ob sie für einzelne Stunden oder für die ganze Tagesarbeit angenommen sind. Sie scheiden durch Eintritt in die Dienststelle nicht aus der Haushaltung aus, in der sie sich bisher befanden; dasselbe gilt von **Wäsch-, Scheuer-, Reinmach- und Kochfrauen, Plätterinnen, Näherinnen** usw.²⁾

Dagegen ist es für die Gefinde-Eigenschaft gleichgültig,

¹⁾ Bezeichnend ist, daß das Braunsch. Polizeistrafgesetzbuch vom 18. August 1855 die Vergehen der Dienftboten (Kontraktbruch und dergl.) als Verstöße gegen die häusliche Ordnung auführte. Vergl. ferner Braunsch. Zeitschrift für Rechtspflege Bd. 46 S. 46; Ude, PStGB. 2. Aufl. S. 184 Anm. 2; Deutsche Juristenzeitung 5. Jahrgang S. 120. Die Begründung zu der allg. Gefinde-Ordnung (Braunsch. Ausführungsgefetze S. 378) findet mit Recht in der Stellung des Gefindes eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Familienverhältnissen, s. auch § 20 Abf. 1 Gef. D.

²⁾ Ude, S. 174 Anm. 2; H a m p e, Braunsch. Privatrecht S. 447 Anm. 2 zu § 101; Mühlenbein, Anhaltisches Gefinderecht S. 4.

ob die **Gesamtheit** der häuslichen Dienste oder nur ein Teil derselben von der in den Haushalt aufgenommenen Arbeitskraft zu leisten ist. Zum Gesinde gehören also nicht nur die **Dienstmagd**, das **Haus- und Küchenmädchen**, das „**Mädchen für alles**“, sondern auch **Kindermädchen**, **Köchinnen**, **Kammerjungfern**, **herrschaftliche Kutsher**, **Bediente**, **Reitknechte**, **Grooms** u. a. m.

Handelt es sich um Dienste **höherer Art**, z. B. bei **Gesellschafterinnen**, **Hausdamen**, **Erzieherinnen**, **Privatsekretären** und dergl., so ist kein Gesindeverhältnis anzunehmen; auch bei den meisten „**Stützen der Hausfrau**“ wird nicht von Zugehörigkeit zum Dienstbotenstande die Rede sein können, indes kommt es hier auf die Verhältnisse des Einzelfalles und auf die soziale Stellung der Betreffenden an.³⁾

Zu den Dienstboten sind die **Ammen** nicht zu rechnen, da sie hauptsächlich angenommen sind, um dem Kinde Nahrung zu geben. Das Braunschw. Polizeistrafgesetzbuch (Nr. 27 vom 23. März 1899) führt sie in § 8 Nr. 5 offenbar mit Absicht neben den Dienstboten auf, was andernfalls überflüssig wäre. Auch wenn sie die Wartung und Pflege des Kindes mit zu besorgen haben, wird diese Dienstleistung doch hinter der erwähnten Aufgabe zurücktreten.⁴⁾

Ist mit dem Haushalte, in welchem sich das Gesinde befindet, ein **land- oder forstwirtschaftlicher** Betrieb verbunden, so gehört das für diesen allein oder zugleich mit für die Hauswirtschaft angenommene Personal ebenfalls zu den Dienstboten, sofern die allgemeinen Voraussetzungen (Gewährung von Wohnung, Kost usw.) auf die Beschäftigung zutreffen. Es zählen daher die **Pferde- und Ochsenknechte**, die **Vieh- und Stallmägde**, **Hofmeister** und -innen zum Gesinde⁵⁾,

³⁾ § 622 BGB.; Ude, S. 174 a. a. O.

⁴⁾ Mühlenbein S. 3; anders Entscheidungen des Bundesamts für Heimatwesen Bd. 1 S. 40.

⁵⁾ Die Gärtner rechnen gleichfalls zum Gesinde, falls nicht ihre Thätigkeit als Kunst- und Handelsgärtner höhere Anforderungen voraussetzt (Braunschw. Zeitschrift f. Rechtspflege Bd. 24 S. 140). Die Schäferknechte werden ausdrücklich mitgenannt in § 7 der Gef.D. (vergl. Zeitschrift Bd. 9 S. 175); die Hirten werden ihnen gleichzustellen sein. (Lindenberg, Preuß. Gesinderecht, 5. Auflage S. 14 unter g).

während der **Inspektor**, der **Ökonomieverwalter** oder die **Wirtschaftsmamzell** eines größeren Gutshaushalts regelmäßig als Bedienstete höherer Art zu betrachten sein werden. (Entsch. des Landesgerichts v. Dez. 1835 i. S. Lüderitz ./- Becker.)

Gewerbliche Hilfskräfte gehören dagegen nicht zum Gesinde, auch wenn sie mit ihrem Arbeitgeber die Haushaltung teilen. Betreibt also jemand ein gewerbliches Unternehmen (Gast-, Schank-, Speisewirtschaft, Schlachtereier, Bäckerei u. dgl.), so unterstehen die darin beschäftigten Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen nicht dem Landesrecht (der Gesindeordnung), sondern dem Reichsrecht (der R.Gewerbe-Ordnung oder bei Handlungsgehilfen und -Lehrlingen dem Handelsgesetzbuche). Es muß in jedem Falle, in welchem Personen bei einem Gewerbetreibenden in gesindeartiger Stellung thätig sind, die Frage beantwortet werden: findet die Beschäftigung **hauptsächlich** für das Gewerbe oder mehr für den Haushalt statt? Die Entscheidung wird erleichtert, sobald man prüft, ob die Annahme in den Dienst wohl auch dann erfolgt sein würde, wenn der Gewerbebetrieb nicht vorhanden wäre.⁶⁾

Bei den **Köchinnen**, **Stubenmädchen**, **Portiers**, **Laufburischen** eines **Hotels** z. B. versteht es sich von selbst, daß sie um des Gewerbebetriebes willen beschäftigt werden und deshalb nicht zum Gesinde, sondern zu den gewerblichen Gehülfen zählen.⁷⁾ Für ihre Streitigkeiten ist das Gewerbegericht an den Orten, wo ein solches besteht, zuständig (§. 78), sie haben bis zum vollendeten 21. Lebensjahre ein **Arbeitsbuch** zu führen (§§ 107 fg. R.Gewerbe-Ordnung), und die Benutzung eines Dienstbuchs ist für sie nicht vorgeschrieben. Wenn sie aus Zweckmäßigkeitsgründen trotzdem häufig ein Dienstbuch besitzen, so kann darin die Eintragung von Bescheinigungen über Art und Dauer ihrer Thätigkeit, auf Ver-

⁶⁾ Girth's Annalen, 1897 S. 339 ff. und die dortigen Ausführungen.

⁷⁾ Unrichtig ist daher das Urteil des O.L.Gerichts München v. 16. April 1898 (Jur. Ztg. 1889 S. 219), wonach eine Restaurationsköchin zum Gesinde gerechnet wird. Auch die Entscheidung des O.L.Gerichts Braunschweig (Br. Zeitschrift Bd. 41 S. 82), betreffend einen Bäckerei-Hausknecht und die Ausführungen von *Sampe* § 101 Anm. 2 erscheinen nicht einwandfrei.

langen auch über ihre Führung unbedenklich erfolgen (§. 75 ff.) (§ 113 R.Gewerbe-Ordnung).

Verkäuferinnen, Ladenmädchen, Commis und Handlungslehrlinge in kaufmännischen Geschäften aller Art unterliegen dem **Handelsgelehrbuche**, einerlei ob sie nur in dem Handelsgeschäfte oder (nebenbei) auch im Haushalte des Prinzipals thätig sind⁸⁾, wie dies bei kleinen Betrieben vorzukommen pflegt.

Unrichtig ist es, wenn hier und da angenommen wird, daß ein Gesindeverhältnis nur gegenüber natürlichen Personen (Hausherren, Hausfrauen usw.) begründet werden könne. Auch eine Stiftung (z. B. ein Beguinenhaus) kann durch ihren Vorstand mit einem Diensthoten einen Gesindevertrag abschließen.

II. Eingehung des Dienstvertrages.

1. Wer kann Gesinde mieten?

Wer **geschäftsfähig** ist, d. h. die Befugnis hat, wirksam Rechtsgeschäfte vorzunehmen, der kann selbständig Gesinde annehmen. Es gehört dazu also **Volljährigkeit**. (Alter über 21 Jahre) und **Besitz der gesunden Geisteskräfte** (§ 2 Gef.D.; §§ 104 ff. BGB., vergl. §. 100), andernfalls tritt der gesetzliche Vertreter (Eltern, Vormund) ein.

Frauen stehen den Männern in dieser Befugnis gleich. Insbesondere aber sind **Gefrauen** berechtigt, in **Vertretung ihres Mannes** weibliche Diensthoten für den gemeinschaftlichen Haushalt zu mieten. Diese in § 3 Gef.D. anerkannte Berechtigung der Hausfrau entspricht der „**Schlüsselgewalt**“, die § 1357 BGB. ihr giebt. Sie wird danach als stillschweigend ermächtigt betrachtet, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, sodaß ausschließlich für diesen, nicht auch für die Frau daneben durch solche Vertretung Rechte und Pflichten entstehen. Die von der Frau innerhalb dieses Gebiets vorgenommenen Rechtsgeschäfte gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen

⁸⁾ Seuffert's Archiv Bd. 24 Nr. 140.

sich etwas anderes ergibt, z. B. wenn der mit gegenwärtige Mann sofort der Annahme des Dienstboten oder einzelnen Abmachungen (Lohnhöhe, Kündigungsfrist u. dergl.) widersprochen hat.

Eine Berechtigung der Frau, in Vertretung des Mannes das Gefinde zu kündigen, folgt aus dem Gesetze nicht ohne weiteres⁹⁾, doch wird man hier regelmäßig stillschweigende Vollmacht anzunehmen haben.

Das Vertretungsrecht der Frau besteht, auch wenn sie noch nicht 21 Jahre alt ist, da sie nicht für sich selbst den Vertrag schließt; es kann durch den Mann eingeschränkt oder ganz aufgehoben werden, doch muß er die von der Frau geschlossenen Gefindemietverträge als gültig anerkennen, wenn er nicht entweder dem Dienstboten vor dem Vertragsschlusse mitgeteilt hat, daß seine Frau keine Vollmacht dazu habe, oder die Eintragung der Entziehung des Vertretungsrechts in das Güterregister des Amtsgerichts, welches jedem zur Einsicht ausliegt und dessen Inhalt öffentlich bekannt gemacht wird, von ihm veranlaßt ist.

Auch andere Personen, z. B. Haushälterinnen, Inspektoren usw. können mündlich oder schriftlich zum Abschlusse von Mietverträgen mit dem Gefinde bevollmächtigt werden.

2. Wer kann sich als Gefinde vermieten?

Hier ist ebenfalls Geschäftsfähigkeit, also Volljährigkeit und geistige Gesundheit, die Voraussetzung.

Es kann indes der gesetzliche Vertreter (Vater, Mutter oder in deren Ermangelung der Vormund) den Minderjährigen widerruflich ermächtigen, ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis einzugehen (§ 113 BGB., vgl. S. 101). Diese sehr häufig vorkommende Ermächtigung ist durch Eintragung in das Dienstbuch¹⁰⁾ zum Ausdruck zu bringen (§ 2 Abs. 2 Gef.D.), etwa in der Weise, daß auf dem ersten Blatte des Buchs Folgendes bescheinigt wird:

⁹⁾ Ude, S. 179 Anm. 12 zu § 14 PStGB. — Lindenberg Anm. 1 zu § 2 Pr. Gef.D.; Jacobi Anm. 4 zu § 3 daf.

Hierdurch ermächtige ich meine Tochter Minna,
sich als Gesinde zu vermieten.

Braunschweig, 1. Januar 1900.

Friedrich Müller, Schlosser.

Wird die Ermächtigung erteilt, so ist der minderjährige Diensthote für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die **Eingehung** oder **Aufhebung** eines Dienstverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnisse ergebenden Verpflichtungen betreffen. In obigem Beispielsfalle kann also Minna Müller in giltiger Weise sich Lohnzulage versprechen lassen oder in eine Herabsetzung des Lohnes einwilligen, sie darf kündigen und sich eine ähnliche Dienststelle suchen, denn die erteilte Erlaubnis gilt regelmäßig, auch wenn sie sich auf eine einzelne Stelle bezog, als **allgemeine** Ermächtigung zur Eingehung von Dienstverhältnissen derselben Art.

Wenn der Schlosser Friedrich Müller sich weigert, die Erlaubnis seiner Tochter Minna zu erteilen, so kann sie oder die Herrschaft nichts dagegen unternehmen. Wäre aber Minna Müller elternlos, dann könnte ihr bei Weigerung des Vormunds das Vormundschaftsgericht auf Antrag die Ermächtigung gewähren, wenn dies den Interessen der Minderjährigen entspricht.

Wird die Ermächtigung **widerrufen**, so hat dies auf die Gültigkeit des inzwischen geschlossenen Dienstvertrages keinen Einfluß.

Abgesehen von landwirtschaftlichen Betrieben, wird es selten vorkommen, daß **verheiratete weibliche Personen** sich als Gesinde vermieten (Ausgeherinnen bleiben außer Betracht, vgl. S. 7). An sich ist ein derartiger Dienstvertrag gültig, auch wenn der Ehemann nicht damit einverstanden war, daß seine Frau eine Gesindestelle annahm. Er kann indes, wenn die Thätigkeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt, mit Erlaubnis des Vormundschaftsgerichts das Dienstverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist sofort aufheben (§ 1358 BGB., vgl. S. 103).

¹⁰⁾ Es handelt sich hier nur um eine Ordnungsvorschrift, von deren Beachtung die Gültigkeit der Ermächtigung nicht abhängig ist, vgl. Art. 95 Abs. 2 Einf.Ges. z. B.G.B.

3. In welcher Form wird der Gesindedienstvertrag geschlossen?

Die Vertragsform ist frei. Bestimmte Förmlichkeiten (schriftliche Abfassung, Zuziehung von Zeugen usw.) sind für den Dienstvertrag ebenso wenig wie für andere auf freier Vereinbarung beruhende Rechtsgeschäfte vorgeschrieben, es hat jedoch, wenn ein Teil dies wünscht, eine entsprechende Eintragung im Dienstbuche zu erfolgen, z. B. in folgender Weise:

Emma Hoffmann ist vom 1. Juli 1900 ab auf ein halbes Jahr als Köchin gegen 240 M. jährlichen Lohn von mir gemietet.

Wolfsenbüttel, 6. Mai 1900.

W. Schulze, Rentner.

Der Vertrag gilt als abgeschlossen, wenn über die Art der Dienstleistung wenigstens im allgemeinen eine Bestimmung getroffen ist, und wenn ein Mietpfennig gezahlt und angenommen ist (§ 5 Ges.D.).

Die Zahlung des Mietpfennigs ist indes nur ein Beweismittel für das Zustandekommen des Vertrages, die Gültigkeit desselben hängt nicht davon ab. Ein Dienstvertrag kann rechtsverbindlich auch ohne Leistung des Mietpfennigs geschlossen werden. Der Betrag des Mietpfennigs, der nur ein Mal und nicht bei etwaiger Erneuerung des Vertrages wiederum zu zahlen ist, bleibt der Vereinbarung überlassen und wird, wo sie fehlt, nach der Ortsüblichkeit bestimmt (das Geben eines „Mietsthalers“ ist in den Städten ziemlich allgemein verbreitet). In zweifelhaften Fällen soll der 24. Teil des Jahreslohns maßgebend sei. Anrechnung des Mietpfennigs auf den Lohn findet mangels besonderer Abmachung nicht statt, es sei denn, daß der Dienstbote den Dienst nicht antritt (§. 17) oder aus eigener Schuld die verabredete Zeit nicht aushält, desgl. bei Kündigung des Chemanns des Dienstboten (§. 12.)

Für die Herrschaft ist es unter allen Umständen ratsam, sich bei Abschluß des Vertrages das **Dienstbuch vorlegen zu lassen**, schon um sich bei Minderjährigen vom Vorhandensein der Ermächtigung (Seite 11) zu überzeugen und zu prüfen, ob das Gesinde nicht irgendwo kontraktbrüchig geworden ist

und ob es nach den Zeugnissen den Anforderungen genügt. Nach § 14 Nr. 8 des Braunschw. Polizei-Strafgesetzbuchs Nr. 27 vom 23. März 1899 (vergl. S. 98) wird die Herrschaft, welche die Vorlegung beim Abschlusse nicht fordert, mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft, falls nicht das zu mietende Gefinde **zum ersten Male** in einen Dienst tritt; alsdann hat es (nach Nr. 1 daselbst) für die Beschaffung des Dienstbuchs durch Vermittlung der Ortspolizeibehörde seines Wohnorts (des Dienstorts bei Nichtbraunschweigern) gegen die übliche Gebühr zu sorgen. Gesindebücher anderer Bundesstaaten sind jetzt allgemein zulässig.

Besondere Vorschriften enthält § 10 Gef.O. über die **Gesindehalter**. Diese sind ebenfalls verpflichtet, die Dienstbücher des Gefindes sich vorlegen zu lassen, sorgfältige Erkundigungen nach der Persönlichkeit desselben und nach seiner Befugnis, sich zu vermieten, einzuziehen, den Herrschaften nach bestem Wissen Auskunft über die Eigenschaften des vorgeschlagenen Gefindes zu geben, widrigenfalls sie für den verursachten Schaden haften. Auch ist es ihnen verboten, Personen, die schon im Dienste stehen, zum Wechsel der Stelle anzureizen. Bei Unzuverlässigkeit kann ihnen die Eröffnung oder Fortsetzung des Betriebes behördlich untersagt werden (§ 35 H.Gewerbe-Ordnung.) Zuständig dafür ist in der Stadt Braunschweig die Herzogl. Polizei-Direktion.

III. Inhalt des Dienstvertrages.

1. Welche Pflichten hat das Gefinde?

a) Es muß den Dienst rechtzeitig antreten.

Ganz irrig ist die oft auftauchende Meinung, daß der Mietpfennig binnen 24 Stunden nach Empfang zum Zeichen des Rücktritts wieder abgeliefert werden dürfe, oder daß es genüge, wenn z. B. durch einwöchentliche Dienstleistung „der Mietsthaler abverdient“ sei.

Die Zeit des Dienstantritts ergibt sich aus der darüber getroffenen Verabredung. Ist dabei allgemein von **Ostern, Johannis, Michaelis, Weihnachten** als Anfangstag gesprochen, so soll hierunter der 1. April, 1. Juli, 1. Oktober, 1. Januar,

und wenn dieser Tag auf einen Sonntag oder einen am Dienstorte allgemein anerkannten Feiertag¹¹⁾ fällt, der nächstfolgende Werktag verstanden werden, es müßte denn ausdrücklich etwas Abweichendes vereinbart sein (§ 7). Für das zu **landwirtschaftlichen** Arbeiten angenommene Gesinde („Landgesinde“, einerlei ob in der Stadt oder auf dem Dorfe) gilt als gesetzlicher Antrittstag der **10. November** (Martini), für Schäferknechte der 1. Mai.

Wenn keine bestimmte **Stunde** für den Antritt verabredet ist, so steht es in dem Belieben des Gesindes, wann es in den Dienst eintreten will, jedoch muß es dabei Treu und Glauben, sowie die herrschende Verkehrssitte beachten und darf nicht erst bei nachtschlafender Zeit sich melden.

Ein Diensthote, der sich **für die nämliche Zeit bei mehreren** Herrschaften vermietet, macht sich dadurch strafbar¹²⁾. Der Herrschaft, mit welcher der Dienstvertrag zuerst zu Stande kam, gebührt das Vorrecht (§ 6 Gef.D.). Die nachstehende Herrschaft kann von den ausbleibenden Diensthoten Schadenersatz¹³⁾ verlangen; wußte sie aber selbst von dem älteren Rechte der anderen Herrschaft, sei es, daß das Gesinde dort schon im Dienst stand oder erst in den Dienst treten sollte, und mietete trotzdem, so ist sie ebenfalls strafbar (§ 14 Nr. 7 RStGB.) und hat kein Ersatzrecht (vgl. Anlage 121 S. 14 der Verhandlungen des 24. ordentl. Landtages).

Die Pflicht des Gesindes zum Dienstantritt wird in einigen Fällen **aufgehoben** (§ 12 Gef.D.), nämlich:

1. wenn der Diensthote durch einen **unverschuldeten Zufall unfähig wird, den Dienst zu beginnen**, z. B. ein Kutscher bricht sich den Arm, eine Köchin wird in Folge eines Mißverständnisses, einer Personenverwechselung in Unter-

¹¹⁾ Allgemeine Feiertage (§ 193 BGB. Braunschw. Ausführungs-gesetz Nr. 36 v. 12. Juni 1899) sind hier die beiden Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage, der Neujahrstag, der Charfreitag, der Himmelfahrtstag und der Bußtag.

¹²⁾ § 14 No. 3 RStGB., vgl. S. 98; wenn die Absicht, den Dienst nicht anzutreten, bei der Annahme des Mietpfennigs bestand, so wird Betrug vorliegen (§ 263 RStGB.), vgl. Ude S. 176 Anm. 6 zu § 14 RStGB.

¹³⁾ Beschlagnahme des Lohns, wie die alte Gef.D. (§ 6 Abs. 2) sie zuließ, ist nicht mehr statthaft, vgl. S. 20

suchungshaft genommen und dgl. Die Herrschaft muß sich dann mit der Rückgabe des Mietpfennigs begnügen. — War das Hindernis nur vorübergehend und übersteigt es die Dauer von vier Wochen nicht, wird z. B. im obigen Falle nach 14 Tagen die Köchin aus der Haft entlassen, so muß sie die Herrschaft auf Verlangen auch nachträglich noch annehmen, darf aber von ihr Erstattung des Lohnes verlangen, der an die inzwischen angenommene Aushilfe gezahlt ist.

2. wenn vor dem Antritte die Herrschaft **von dem Orte**, für welche das Gefinde gemietet ist, **fortzieht**; es kann von diesem nicht verlangt werden, daß es der Herrschaft nach dem neuen Wohnorte folge, es müßte denn diese Verpflichtung ausdrücklich übernommen sein. Der zurücktretende Diensthofe hat sich mit dem empfangenen Mietpfennig zu begnügen und hat auf weitere Entschädigung keinen Anspruch (§ 12 Nr. 3 Ges.O.).
3. wenn das Gefinde vor dem Dienstantritte **Gelegenheit zur Heirat erhält** oder durch vorher nicht zu übersehende Verhältnisse (Erbchaft und dgl.) zur **Übernahme oder Gründung einer eigenen Wirtschaft genötigt wird** (§ 12 Nr. 4 das.), doch muß dasselbe den Dienst auf ein Vierteljahr, bei landwirtschaftlichem Gefindeverhältnis auf ein halbes Jahr antreten. Nur dann fällt seine Verbindlichkeit hier ganz fort, wenn es eine andere, völlig taugliche Persönlichkeit zum Ersatze stellt, und die Herrschaft diese annimmt.
4. bei Vermögensverfall der Herrschaft, wenn nicht Sicherheit geleistet wird (§ 321 BGB., vgl. S. 47 Anm. 39).
Ist der Dienstvertrag ordnungsmäßig geschlossen, und steht dem Gefinde keiner dieser Gründe zur Seite, so darf es sich nicht weigern, den Dienst anzutreten; andernfalls kann es wegen **Kontraktbruchs** auf den binnen 14 Tagen zu stellenden Antrag der Herrschaft mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen belegt ¹⁴⁾ und von der Landespolizei-

¹⁴⁾ § 14 Nr. 4 PStGB., unten S. 98. Der Antrag kann bei allen Gerichts-, Polizei- und Sicherheitsbehörden gestellt werden. Die Ausdrucksweise des Gesetzes („bei dem öffentlichen Ankläger“) ist nicht genau und umfassend genug (U d. E. 77 Anm. 7 zu § 14 Nr. 4 cit.)

behörde durch Zwangsmittel (Strafandrohung, Zwangszuführung) zur Vertragserfüllung angehalten werden, wenn die Herrschaft auf dieser bestehen will (§ 38 Abs. 2 Gef.D., S. 77).

Falls aber der Zwang nicht anwendbar ist oder das Gefinde durch eigene Schuld zum Dienstantritte unfähig wird (z. B. bei Verhaftung wegen begangener strafbarer Handlungen), so muß das Gefinde den Mietspfennig zurückgeben und der Herrschaft den Schaden ersetzen, der ihr aus der Annahme eines andern Diensthboten erwächst (Inserionskosten, Reisegehalt, höheren Lohn auf die Dauer der ursprünglich festgesetzten Mietzeit u. s. w., § 14 Gef.D.).

b. Allgemeine Dienstpflichten.

Das Gefinde muß bei Erfüllung seiner Obliegenheiten **Fleiß, Gehorjam, Treue** und **gutes Betragen** zeigen.

Fleiß. (§ 15 Gef.D.)

Falls nicht die Annahme des Gefindes für ganz bestimmte Geschäfte (z. B. als Kammerjungfer) erfolgte, hat es sich allen denjenigen erlaubten, häuslichen und wirtschaftlichen Diensten zu unterziehen, die ihm von der Herrschaft aufgetragen werden und deren Ausführung seine Kräfte gestatten¹⁵⁾. Nicht nur dem Familienhaupte, sondern auch den einzelnen Gliedern der Familie und den in dieselbe auf längere oder kürzere Zeit aufgenommenen Personen (Pensionären, Besuchsgästen) sind die nötigen Dienste zu leisten. Wird ein Diensthote durch Krankheit oder andere Ursachen an der Erfüllung seiner Pflichten ganz oder teilweise gehindert, so müssen die Mitdiensthboten nach Kräften aushelfen, auch wenn sie zu bestimmten anderen Diensten gemietet waren, und haben dem Erkrankten die erforderliche Pflege zu widmen. Vertretung durch dritte Personen ist nur mit Einwilligung der Herrschaft zulässig, da das Dienstverhältnis höchst persönlicher Natur ist und sich auf gegenseitiges Vertrauen gründet (§ 12 Nr. 4 Gef.D.).

Gehorjam. (§ 16 Gef.D.)

Das Gefinde muß sich der Hausordnung, den Ein-

¹⁵⁾ Die Dienste des Gefindes sind also nach Art und Zeit nicht genau bemessen, ihre Grenze liegt lediglich in der Natur der Sache und in der Leistungskraft des Diensthboten, vgl. Jacobi S. 46 Num. 10 zu § 1.

richtungen des Hauswesens und den Anordnungen der Herrschaft still und bescheiden fügen, es ist derselben Ehrerbietung schuldig, insbesondere bei der Entgegennahme von Befehlen und Verweisen. Körperliche Züchtigung braucht sich das Gesinde **nicht** gefallen zu lassen (Art. 95 Abs. 3 des Einf.Ges. zum BGB.). Allerdings kann das **elterliche** Zuchtrecht auf die Herrschaft übertragen werden (§ 1631 BGB; **Ude**, PStGB., 2. Aufl., S. 174 Anm. 1 zu § 14). Bei **beharrlichem** Ungehorsam und Widerpenstigkeit gegen die Ge- und Verbote der Herrschaft ist sofortige Entlassung statthaft (§ 31 Nr. 2 Ges.D., S. 55). Auch trifft derartige Ungehorsame die Strafe des § 14 Nr. 6 PStGB. Es versteht sich von selbst, daß die Herrschaft nur das vom Gesinde fordern darf, was nicht durch Gesetz oder gute Sitte verboten ist, z. B. nicht eine öffentlich bemerkbare oder geräuschvolle Sonntagsarbeit, soweit sie nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse des häuslichen Lebens vorgenommen werden muß (§ 11 Abs. 1 und 11 Nr. 2 PStGB.).

Treue. (§ 17 Ges.D.)

Das Gesinde tritt zu der Herrschaft in eine nähere, an das familienrechtliche Gebiet heranstreifende Verbindung (S. 7 Anm. 1). Es ist ihr deshalb „zu einer ganz vorzüglichen Treue“ verpflichtet,^{*)} es darf nicht durch boshafte Aufhebung Streit und Zwist in der Familie anzurichten suchen oder die Kinder der Herrschaft zu Handlungen verleiten, die gegen die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen, es ist ihm untersagt, ohne Vorwissen der Herrschaft auf deren Namen Geld oder Waren auf Borg zu nehmen, ohne Erlaubnis sich seines Vergnügens wegen aus dem Hause zu entfernen, über Nacht abwesend zu sein, oder ohne Not über die gestattete oder zu dem Geschäfte erforderliche Zeit auszubleiben (§ 31 Nr. 4, 7, 8, 12 Ges.D.). Strafvorschriften hiergegen enthält

^{*)} Für langjährige treue Thätigkeit kann höchsten Ortes ein von der verstorbenen Frau Prinzessin Albrecht gestiftetes Erinnerungskreuz verliehen werden. Vorausgesetzt ist guter Leumund, gewissenhafte Führung im Dienste bei einer und derselben Familie für die Dauer von wenigstens 40 Jahren und Vollendung des 60. Lebensjahres. Anträge sind in der Stadt Braunschweig an die Polizeidirektion, im übrigen an die Kreisdirectionen zu richten.

§ 14 Nr. 6 PStGB., wo auch die Aufnahme fremder Personen zu sich in die Wohnung entsprechend bedroht ist.

Betragen. (§ 18 Gef.D.)

Das Gefinde soll das Beste der Herrschaft im Auge haben, Schaden und Nachteil nach Möglichkeit von ihr abwenden, Diebstähle, Entwendungen, Betrügereien und Unterschlagungen des Mitgefindes anzeigen, es darf sich nicht dem Trunk und Spiel ergeben oder durch Bänkereien mit dem Nebengefinde den Hausfrieden stören (§ 31 Nr. 13 Gef.D.) und muß¹⁶⁾ allen unnützen, seinen Verhältnissen nicht entsprechenden Aufwand, insbesondere auch in der **Kleidung** vermeiden; allen in letzterer Beziehung etwa von der Herrschaft ergehenden Zurechtweisungen hat es unbedingt bei Vermeidung alsbaldiger Entlassung Folge zu leisten (§ 29 Nr. 3 Gef.D.).

Schadenersatz (Gef.D. § 19.).

c. Wann hat das Gefinde Schadenersatz zu leisten?

Der Diensthote ist verpflichtet, der Herrschaft allen Schaden zu ersetzen, den er durch **Vorsatz**, durch **grobe** oder auch durch **geringe Fahrlässigkeit** verursacht hat. Bei der Frage, ob durch Außerachtlassung der erforderlichen Vorsicht eine Beschädigung von Personen oder Sachen bewirkt sei, soll es allerdings statthaft sein, auf die Persönlichkeit des Diensthoten, dessen Bildung, Erfahrung und Fertigkeit besondere Rücksicht

¹⁶⁾ Diese eigenartige Vorschrift stellt sich als das letzte Ueberbleibsel der früheren, strengeren Anschauungen dar. Schon im 11. ordentlichen Landtage (1864) war die Streichung des Schlusssatzes des § 18 der alten Gef.D. aus folgenden Gründen empfohlen: „Ganz abgesehen davon, daß diese Bestimmungen so dehnbar sind, daß sehr leicht ein durchaus unangemessener Gebrauch würde gemacht werden können, sind sie zugleich so unpraktisch wegen des darin enthaltenen Eingriffs in die natürlichen Rechte des Gefindes, daß ohne Zweifel seit dem Vorhandensein unserer Gef.D. noch niemals Gebrauch von demselben zu machen gewagt ist. Der Boden für dergleichen Gesetzesbestimmungen erscheint in der Gegenwart völlig verloren.“ (Anl. 28 zu No. 7 der Landtagsverhandlungen von 1863/4). Auch die Begründung zur abg. Gef.D. erkennt an, daß die Zeit der obrigkeitlichen Kleiderordnungen vorüber sei (Br. Ausf. Gesetze, amtl. Ausgabe S. 389).

zu nehmen. Insbesondere ist wegen „bloßer Versehen¹⁷⁾“ ein Dienstbote nur dann ersatzpflichtig, wenn er einer **ausdrücklichen Anordnung** der Herrschaft **entgegengehandelt** oder sich zu Geschäften vermietet hat, für die **ganz hervorragende Aufmerksamkeit** oder **Geschicklichkeit** erforderlich ist. Für **zerbrochenes Geschirr, verlorene Gegenstände** und dgl. kann das Gesinde danach regelmäßig verantwortlich gemacht werden, auch wenn nichts darüber vereinbart ist.

Im übrigen hat nach § 31 No. 14 Ges.O. die Herrschaft das Recht, den Dienstboten sofort zu entlassen, wenn ihm die Fähigkeiten fehlen, deren er sich bei der Vermietung gerühmt und deretwegen ihn die Herrschaft ausgesprochener Maßen angenommen hat (S. 62).

Das Gesinde muß es sich gefallen lassen, wenn die im Dienste von ihm geschädigte Herrschaft den Schadenersatz im Wege der **Aufrechnung** gegen die Lohnforderung geltend macht. Hierin liegt eine wichtige Abweichung von dem allgemeinen Rechte. Nach § 394 BGB. ist der Abzug der Gegenforderungen vom Lohne unzulässig, soweit nicht die Beschlagnahme (für Steuern, Alimente u. dergl.) gestattet sein würde. Die Dienstboten sind also insofern schlechter gestellt, als gewerbliche, landwirtschaftliche und sonstige Arbeiter. Reicht der Lohn zur Deckung nicht aus, oder will die Herrschaft aus Billigkeitsgründen keinen Abzug machen, so darf sie sich wegen des Rests auch an das sonstige Vermögen des Dienstboten halten.¹⁸⁾ Wirksam ist vor allem das Recht, die **Fähigkeiten** des Dienstboten, soweit diese sich im Gewahrsam der Herrschaft befinden, bis zur Leistung des Schadenersatzes **zurückzubehalten**¹⁹⁾ (vergl. S. 71).

¹⁷⁾ Da das Gesinde auch für geringe Fahrlässigkeit soweit haftet, wie es die besondere Rücksicht auf seine Persönlichkeit zuläßt, wird unter dem bloßen Versehen ein Schaden zu verstehen sein, der nur bei ausgezeichneten Fähigkeiten oder bei einer besonderen Sachkenntnis oder durch eine ungewöhnliche Anspannung der Aufmerksamkeit sich hätte vermeiden lassen (Lindenbergs S. 76 bei § 66 Preuß. Ges.O., Preuß. Allgem. Landrecht I 3 § 22).

¹⁸⁾ Ein **Abdienen** des Schadens durch unentgeltliche Dienstleistungen über die Vertragszeit hinaus, wie es die Preuß. Ges.O. (§ 69) kennt, ist unserem Gesinderechte fremd.

¹⁹⁾ § 273 BGB.; Urteil des Herz. Landgerichts Braunschweig, 1. Civilkammer, v. 28. März 1898 i. S. von Recum

d. Welche Pflichten legt die Arbeiterversicherung dem Gefinde auf?

Die Diensthboten, welche innerhalb des Herzogtums Braunschweig gegen Gehalt oder Lohn im Gefindeverhältnis stehen, unterliegen nach dem Landesgesetze No. 28 vom 26. Mai 1896 (vgl. S. 99) dem **Krankenversicherungszwange ohne Rücksicht auf das Lebensalter**, also auch unter 16 Jahren²⁰⁾. Sie müssen deshalb von ihrem Lohne bei jeder Lohnzahlung den Teil, der auf die betreffende Zeit entfällt, zu zwei Dritteln abziehen lassen, dazu auch bei der ersten Lohnzahlung das volle Eintrittsgeld, wenn die Ortskrankenkasse statutarisch dies eingeführt hat. Ist dieser Abzug ein Mal unterblieben, so kann er für die fragl. Zeit das nächste Mal noch nachgeholt werden, später aber nur für die folgenden Lohnzahlungsperioden (Vierteljahre usw.).

Beispiel. Ein am 1. April 1900 eingetretenes Dienstmädchen, das **vierteljährlich** seinen Lohn erhält, muß für die Zeit vom 1. April — 1. Oktober 1900 gestatten, daß $\frac{2}{3}$ des Beitrages zur „Gemeinsamen Ortskrankenkasse“ in Braunschweig für 6 Monate abgezogen werden. Der volle Beitrag der Kasse, die ein Eintrittsgeld nicht erhebt, beträgt in der für Dienstmädchen gewöhnlich maßgebenden 4. Klasse 1,15 M. monatlich. Es können also $6 \cdot 1,15 \cdot \frac{2}{3} = 4,60$ M. bei der Lohnzahlung am 1. Oktober 1900 abgezogen werden. Versäumt die Herrschaft dies, so darf sie am

gegen Foerster. Braunschw. Zeitschrift f. Rechtspf. Bd. 20 S. 225. Der Schabenersatz, den das Gefinde einer anderen Herrschaft durch Fahrlässigkeit, Nichtantreten des Dienstes u. dergl. verursacht hat, darf seitens der jetzigen Herrschaft nicht durch Lohnabzug eingefordert werden (vgl. die Änderung des § 14 Ges. D. gegenüber der früheren Fassung).

²⁰⁾ Das land- und forstwirtschaftliche Gefinde war schon durch das Landesgesetz vom 29. Mai 1890 Nr. 20 ebenso wie das sonstige in derartigen Betrieben beschäftigte Personal dem Krankenversicherungszwange unterworfen. Das Herzogtum ist damit den meisten deutschen Staaten vorangegangen. — Befreit sind nur diejenigen Diensthboten, bei denen die Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf weniger als eine Woche beschränkt ist. Fälle dieser Art werden selten vorkommen (z. B. Aushilfe auf 3 Tage bei Beurlaubung des anderen Gefindes). Ein Diensthbote, der nach einigen Tagen wegen Unfähigkeit oder dgl. entlassen wird, ist krankenversicherungspflichtig; vgl. ferner S. 35.

1. Januar 1901 nicht mehr für die Zeit vor dem 1. Juli 1900 Beiträge abziehen, weil seitdem schon zwei Lohnzahlungsperioden verstrichen sind (§ 53 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes v. 10. 4. 1892).

Betreffs der Beiträge zur **Invalidenversicherung** ist das Abzugsrecht ganz ähnlich gestaltet, nur mit dem Unterschiede, daß die **halben** Beiträge dem Gefinde zur Last fallen, und daß diese Versicherung erst mit vollendetem 16. Lebensjahre eintritt; auch ist eine Befreiung grundsätzlich ausgeschlossen.

Ein **nachträglicher** Lohnabzug für Beiträge über die letzten beiden Lohnungsabschnitte hinaus ist nur zulässig, wenn **ohne Verschulden** der Dienstherrschaft die Versicherungspflicht streitig war oder aus anderen Gründen Beiträge nachzuverwenden sind, z. B. weil der Dienstbote unter Vorlegung eines unrichtigen Geburtsvermerks behauptet hatte, er sei noch nicht 16 Jahre alt.

Die Dienstboten sind nach § 131 Abs. 2 Juv.Vers.Ges. verpflichtet, sich eine **Quittungskarte** ausstellen zu lassen und sie zum Einkleben der Marken zu den hierfür vorgesehenen Zeiten vorzulegen. Sie können hierzu von der Ortspolizeibehörde durch Geldstrafen bis zu 10 M. angehalten werden. Sind sie mit einer Quittungskarte nicht versehen oder lehnen sie deren Vorlegung ab, so ist die Herrschaft berechtigt, auf Rechnung des Gefindes eine solche anzuschaffen und den verauslagten Betrag bei der nächsten Lohnzahlung einzubehalten.

2. Welche Pflichten hat die Dienstherrschaft?

a. Annahme in den Dienst.

§ 11 Gef.D.

Wenn ein rechtsgültig geschlossener Dienstvertrag (§. 13) vorliegt, dann ist die Herrschaft verpflichtet, das Gefinde zur bestimmten Zeit anzunehmen (§. 14 fg.). Weigert sie sich ohne genügenden Grund, so kann der Dienstbote **Entschädigung** fordern und außerdem den Mietpfennig behalten (§ 13 Gef.D.). Die Entschädigung besteht in der Zahlung von **Lohn** und **Kostgeld** für die Zeit, auf die gemietet war (§. 48), aber höchstens für ein Vierteljahr (§ 35).

Das **Kostgeld** schwankt je nach dem Dienstoffort und den

Verhältnissen der Herrschaft zwischen 1,50 und 3 Mk. wöchentlich²¹⁾).

Beispiel. Ein Dienstmädchen, das auf unbestimmte Zeit mit 150 Mk. Jahreslohn gemietet war, darf bei Weigerung der Herrschaft, es in Dienst zu nehmen, den Mietpfennig, der 3 Mk. betragen hat, behalten und folgende Forderung stellen:

- | | |
|--|---------------------|
| 1. barer Lohn für ein Vierteljahr | 37 Mk. 50 Pf. |
| 2. Kostgeld für 13 Wochen (mit je 3 Mk. gerechnet) | 39 Mk. 00 Pf. |
| | <hr/> 76 Mk. 50 Pf. |

Das Geinde muß sich aber, wenn sich ihm eine andere geeignete Stelle bietet, den dort bezogenen Verdienst anrechnen lassen. (§ 615 BGB., § 21 Schlußsatz der Gef.O.) Überhaupt kommt der Wert alles dessen in Abzug, was der Diensthote in Folge des Unterbleibens der Dienstleistung erspart oder durch anderweitige Verwendung seiner Dienste erwirbt oder zu erwerben böswillig unterläßt.

Beispiel. Wenn in obigem Falle das Dienstmädchen, das sich in Blankenburg a./H. aufhielt, wegen der Weigerung der in Braunschweig wohnenden Herrschaft die Reise dorthin unterließ und, statt bei ihr am 1. April mit 150 M. Jahreslohn anzutreten, am 1. Mai in Blankenburg eine Stelle mit 120 M. Jahreslohn fand, so gehen von obiger Forderung von 76 M. 50 Pf. folgende Posten ab:

| | |
|--|--------------------|
| 1. Kosten der Reise (nebst Gepäck) erspart, rund | 5 M. |
| 2. Verdienst in barem Lohn für Mai und Juni | 20 M. |
| 3. Kostgeld für 61 Tage, je $\frac{3}{7}$ M. | 26 M. 14 Pf. |
| | <hr/> 51 M. 14 Pf. |

Die Braunschweiger Herrschaft braucht also nur $(76,50 - 51,14) = 25$ M. 36 Pf. Entschädigung zu zahlen, und würde zu dieser Summe, nicht zu einem höheren Betrage, auch dann verpflichtet sein, wenn das Dienstmädchen die Blankenburger Stelle ausgeschlagen hätte, weil es durchaus in der großen Stadt dienen wollte.

²¹⁾ Die Landtagskommission schlug schon im Jahre 1864 (eben Anm. 16) die Heraufhebung des wöchentlichen Betrages auf 3 Mk. bis 4,50 Mk. vor. In den Städten wird fast ausnahmslos ein Satz von 2,50 — 3 Mk. zu berechnen sein.

Von der Pflicht der Annahme des Gesindes ist die Herrschaft in einigen vom Gesetze ausdrücklich aufgeführten Fällen **befreit** (§ 11 Nr. 1—7 Ges.D.), nämlich

1. wenn das Gesinde die im **Dienstbuche** befindlichen oder sonstige **Zeugnisse verfälscht** und durch Vorlegung dieser Urkunden die Herrschaft bei Abschluß des Dienstvertrages in einen Irrtum versetzt hat; vergl. S. 63 Nr. 17;
2. wenn das Gesinde **Veruntreuungen** (Diebstahl, Betrug, Unterschlagung) gegen die **bisherige Herrschaft** begangen hat, ohne daß in dem vorgezeigten Dienstbuche hierüber Angaben enthalten waren;
3. wenn es an einer **ekelhaften** oder **ansteckenden Krankheit** leidet, einerlei ob die Krankheit durch liederliche Aufführung und sonstiges Verschulden herbeigeführt ist oder nicht, wie dies bei Entlassung nach dem Dienst Eintritt vorausgesetzt wird (§ 14 Nr. 11 Ges.D., S. 61 Nr. 11);
4. wenn weibliches Gesinde **schwanger** wird und die Herrschaft erst nach geschlossenem Vertrage hiervon Kenntnis erhält (vergl. S. 62 Nr. 16);
5. wenn das Gesinde sich nach Abschluß des Dienstvertrages **verheiratet**, oder wenn es schon vorher verheiratet war, sich aber als ledig ausgegeben hat.

Sobald die Herrschaft von dem Vorhandensein derartiger Gründe erfährt, muß sie **binnen acht Tagen dem Gesinde Nachricht geben**, falls sie von ihrem Rücktrittsrechte Gebrauch machen will; alsdann kann sie auch den Mietpfennig zurückfordern. Wird die Rücktrittsfrist nicht innegehalten, so erlischt die Befugnis der Herrschaft, und dem Dienstantritt kann nichts entgegengestellt werden.

Auch gegenüber einem **Dienstboten, der sich weigert, den Dienst anzutreten**, darf die Herrschaft erklären, daß sie den Beitrag damit als aufgehoben betrachte. Thut sie dies nicht, so muß sie den Dienstboten, der sich die Sache richtig überlegt hat und schließlich doch noch rechtzeitig den Dienst antreten will, in Arbeit nehmen, widrigenfalls sie selbst entschädigungspflichtig wird.

Es empfiehlt sich also **dringend**, dem Dienstboten, der den Dienstantritt im voraus oder auch am Anzugstage verweigert, **sofort mitzuteilen, ob man sich dies gefallen lassen will** (vgl. S. 16). In der vorbehaltlosen **Zurücknahme des**

Mietpfennig wird meistens ein **Verzicht** der Herrschaft auf Vertragserfüllung und Entschädigung zu erblicken sein.

b. Was bedeutet die Pflicht der guten Behandlung?

Die Gef.D. (§ 20 Abs. 1) verpflichtet die Herrschaft, nachdem in der Überschrift von „guter Behandlung des Gefindes“ gesprochen ist, zu einer „besonderen Aufsicht“ über dasselbe, mit der Begründung, daß sich dieses aus der Aufnahme in die Hausgenossenschaft ergebe.

Ein Züchtigungsrecht steht der Herrschaft **nicht** zu (Art. 95 Einführungsgef. zum BGB.).

Es ist unzulässig, von dem Dienstboten mehr oder schwerere Dienste zu verlangen, als er sie mit seinen Kräften zu leisten im Stande ist.

Räume, Vorrichtungen und Gerätschaften, die zur Verrichtung der Dienste bereit zu halten sind (z. B. Waschhaus, Öfen, Trittleitern), müssen von der Herrschaft so eingerichtet, und Dienstleistungen, die unter ihrer Anordnung oder Leitung vorzunehmen sind, müssen derart geregelt werden, daß das Gefinde vor Gefahren für sein Leben und seine Gesundheit so weit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet (§ 618 Abs. 1 BGB.; § 20 Abs. 2 Gef.D.).

Das **verständige Ermessen** wird hierbei entscheiden. Man muß jedenfalls anerkennen, daß die heutigen wirtschaftstechnischen Fortschritte und Erfahrungen in der Haushaltung nicht einfach unbeachtet gelassen werden dürfen, sondern daß die Herrschaft auf Grund des Fürsorgeverhältnisses, welches die Gef.D. zwischen ihr und dem Dienstboten begründet hat, bei der Regelung des Dienstes zu denjenigen Rücksichten verpflichtet ist, **die nach der Verkehrssitte und nach Treu und Glauben von billig denkenden Leuten erwartet werden können**. Dabei giebt nicht etwa eine mehr oder weniger verbreitete, auf laie Anschauungen sich stützende Nachlässigkeit und Unsitte, sondern nur der **normale, gesunde Verkehr** den Ausschlag (Bland Ann. 5a zu § 618 BGB.).

Die Herrschaft muß ferner in Bezug auf den Wohn- und Schlafraum, welcher dem Gefinde zur Verfügung gestellt wird, sowie betreffs der Arbeits- und Erholungszeit auf die **Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion** des Gefindes die erforderliche Rücksicht nehmen, sie darf es nicht zu

Handlungen, welche gegen die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen, zu verleiten suchen und ist verpflichtet, es vor derartigen unerlaubten Zumutungen gegen **Personen**, die zur Familie gehören oder sonst im Hause aus- und eingehen, thatkräftig in Schutz zu nehmen (§ 32 Nr. 3, 4 Gef.D.; S. 68.).

Betreffs der **Religion** des Gesindes ist ausdrücklich bestimmt, daß ihm Gelegenheit zum Besuche des Gottesdienstes gegeben werden, und daß es nötigenfalls dazu angehalten werden muß. Das persönliche religiöse Empfinden des Diensthoten, nicht die Verkehrssitte, kommt dabei hauptsächlich in Betracht.²²⁾

Das Gesinde kann ferner beanspruchen, daß ihm zur Besorgung seiner eigenen **notwendigen** Angelegenheiten, und **dann und wann** zu erlaubten **Vergnügungen** einige Zeit gewährt werde. Insbesondere ist ihm auf Verlangen angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Dienstverhältnisses nach der Kündigung freizugeben (§ 629 BGB.). Durch Verweigerung des hierfür nötigen Urlaubs würde sich die Herrschaft einer Entschädigungsklage aussetzen.²³⁾

Kommt die Herrschaft ihrer Fürsorgepflicht betreffs des Lebens und der Gesundheit des Gesindes nicht nach, so ist sie, auch wenn ein **Verschulden** von ihrer Seite nicht vorliegen sollte, für den entstehenden Schaden ebenso verantwortlich, als wenn derselbe durch eine unerlaubte Handlung mit Absicht oder durch Fahrlässigkeit von ihr verursacht wäre. Damit ist die Spezialvorschrift des § 22 Abj. 3 der alten Gef.D. v. 1832 Nr. 36 erweitert, nach welcher sie die Kur-, Pflege- und eventuell Begräbniskosten zu tragen hatte, wenn der Diensthote bei einem ihm aufgetragenen, außer seinen gewöhnlichen Dienstleistungen liegenden Geschäfte zu Schaden gekommen war, bei dem sich voraussehen ließ, daß es leicht von gefährlichen Folgen für den Diensthoten sein konnte (z. B. Abschaukeln von Schnee vom Dache des Hauses u. dgl.).

Die Schadenersatzpflicht umfaßt insbesondere die Benachteiligung des Erwerbs oder des Fortkommens des Diensthoten. In diesen Fällen ist eine Geldrente zu gewähren (§§ 843 ff. BGB.).

Die Pflichten, welche der Herrschaft in Bezug auf die

²²⁾ Staub 6. und 7. Auflage, Anm. 6 zu § 62 des Handelsgesetzbuchs.

²³⁾ Lindenberg Anm. 2 zu § 74 Pr.Gef.D. S. 79.

Fürsorge für Leben, Gesundheit, Sittlichkeit und Religion des Gefindes gesetzlich auferlegt sind, gehören dem „öffentlichen Recht“ an, sie haben unbedingte, zwingende Kraft und können deshalb nicht in voraus durch Vertrag beseitigt oder eingeschränkt werden.²⁴⁾ So lange das Dienstverhältnis besteht, ist also eine Abminderung der daraus sich ergebenden, der Herrschaft obliegenden Sorge nicht angängig. Man wird sogar dem Gefinde, welches wiederholt vergeblich um die Beseitigung gesundheitschädlicher Einrichtungen, um Gewährung der Zeit zum Kirchenbesuch u. s. w. nachgesucht hat, das Recht nicht absprechen dürfen, das Dienstverhältnis wegen eines „wichtigen Grundes“ sofort zu lösen und Entschädigung zu verlangen (§. 67, 73).

Statthaft ist es, über die Schadenersatzpflicht der Herrschaft, nachdem eine Schädigung eingetreten, sich im Wege gültlicher Vereinbarung zu verständigen, vorausgesetzt, daß ein derartiger Ausgleich nicht als eine unbillige Uebervorteilung des Gefindes zu betrachten ist, welche bei Kenntnis der Rechtslage und bei verständiger Würdigung des Falles von demselben nicht zugestanden wäre. (§§ 119, 138 BGB.)

c. Gewährung von Lohn und Kost.

Lohn.

Die Herrschaft muß dem Gefinde den **vereinbarten**, bei fehlender Vereinbarung den **üblichen** Lohn pünktlich und in voller Höhe auszahlen, es ist jedoch zulässig, die Versicherungsbeiträge, soweit sie dem Gefinde für die letzten beiden Lohnzahlungsperioden (zwei Vierteljahre u. s. w.) zur Last fallen, dabei in Abzug zu bringen (§. 21, 42). Ferner gestattet § 19 Gef.O. (§. 20), daß ein Ersatz des vom Dienstboten verursachten Schadens durch **Anrechnung** mit dem Lohne stattfinden darf, entgegen dem § 394 BGB. Man wird indes auch hier den Abzug nicht nach beliebig langer Zwischenzeit zulassen dürfen, denn es ist sehr wohl denkbar, daß in dem Verhalten der Herrschaft, die nach Eintritt eines Schadens dem schuldigen Gefinde mehrmals ungeschmälert den Lohn ausgezahlt hat, ein Verzicht auf das Recht der Ersatzforderung zu erblicken ist. Allerdings sollen Verzichte im allgemeinen nicht vermutet werden; es würde

²⁴⁾ § 20 Abs. 4 Gef.O.; § 619 BGB.

aber gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn z. B. eine Herrschaft nach 1½ Jahren einem Dienstmädchen im Ärger über irgend eine Handlung desselben die Kosten einer zerbrochenen Fenster Scheibe abziehen wollte, von der in der ganzen Zwischenzeit trotz alsbaldiger Bezahlung der Glaserrechnung seitens der Herrschaft nicht die Rede gewesen ist.

Der Lohn wird, falls nicht eine abweichende Verabredung stattgefunden hat, am ersten Tage jedes Kalendervierteljahrs für die verflossene Zeit gezahlt. Nur wenn ausdrücklich auf längere Zeit als ein Vierteljahr, z. B. auf vier Wochen oder einen Monat, gemietet ist, wird nach Beendigung dieses kürzeren Zeitraums der Lohn fällig. Bei dem Gesinde, das für **landwirtschaftliche** Zwecke auf ein Jahr oder länger angenommen ist, gelten besondere Bestimmungen (§ 21 Abs. 2—4 Ges.D.), nach denen als Sicherheit für ordnungsmäßige Vertragserfüllung ein Teil des Lohnes in dem ersten Halbjahre einbehalten werden kann und erst später nachzuzahlen ist.

Die Höhe des Lohnes wird regelmäßig schon bei Abschluß des Dienstvertrages bestimmt vereinbart. Falls dies weder geschehen ist noch nachgeholt wird, ist der am Dienstorte übliche Lohn maßgebend. Hierüber müssen dann meistens **Sachverständige** als Auskunftspersonen vernommen werden, und das Ergebnis bleibt unsicher, da auf die Leistungsfähigkeit des einzelnen Dienstboten vieles ankommt. Um den hiermit verbundenen Weiterungen und Kosten zu entgehen, ist es zweckmäßig, **eine klare und deutliche Verabredung zu treffen**. Dies gilt auch in Bezug auf die **Lohnzulagen**, deren Gewährung sonst leicht einen Gegenstand des Streites bildet. Sollte die Zusage der Lohnerhöhung gegeben sein unter der Bedingung zufriedenstellender Leistungen, guten Betragens u. s. w., so steht die Entscheidung über das Eintreffen dieser Umstände in dem **billigen Ermessen**, aber nicht im freien Belieben der Herrschaft, sie darf die Zulage dem Dienstboten, der sich sonst gut verhalten hat, z. B. nicht wegen einer vereinzelt Ungehörigkeit versagen, sondern es kommt bei der Beurteilung auf die gesamte Thätigkeit und Führung des Gesindes in und außer dem Dienste an. Es ist indes stets zu prüfen, ob nicht bei Erwähnung der Zulage nur von einer ganz unbestimmten, der **Willkür** der Herrschaft unterliegenden

Aussicht gesprochen ist; das würde z. B. der Fall sein, wenn bei der Annahme gesagt sein sollte: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß ich Ihnen im Laufe der Zeit ein paar Thaler zulege, wenn Sie sich gut machen“. Auf eine so ungewisse, zeitlich unbegrenzte Äußerung hin kann ein Anspruch nicht erhoben werden.²⁵⁾

Wird der verdiente Lohn zur bestimmten Zeit **gänzlich** verweigert, so darf der Dienstbote **sofort aufhören** (§. 69 Nr. 5).

Geschenke.

In der Natur des Lohnes liegt es begründet, daß er auf Grund **rechtlicher Verpflichtung** zu zahlen ist, während etwaige **Geschenke** von der Herrschaft **aus freiem Willen** gegeben werden. Die Eigenart der Verhältnisse hat es indes zuwege gebracht, daß häufig die Gewährung bestimmter Geld- und anderer Geschenke zu Weihnachten, zum Geburtstage, zur Messe u. s. w. im Dienstvertrage ausbedungen wird. Soweit dies geschehen ist, umfaßt die Verbindlichkeit der Herrschaft zur Zahlung des Lohnes auch die Leistung dieser versprochenen „Geschenke“ (§ 21 Abs. 8 Ges.D.). Ist jedwede Abmachung über Geschenke unterblieben, so steht es vollständig im **Belieben** der Herrschaft, ob und inwieweit sie bei Gelegenheit dem Dienstboten Geschenke verabfolgen will. Es wäre verkehrt, hierbei wegen der Verpflichtung an sich und wegen der Art und des Umfangs der Gaben die Ortsüblichkeit zu Gunsten der Dienstboten ins Feld zu führen; auch die in früheren Jahren denselben Dienstboten dargebotenen Geschenke sind nicht maßgebend: eine Fülle von Streitigkeiten nicht nur wegen der Baargaben, sondern auch betreffs der sonstigen Leistungen würde sicherlich dadurch heraufbeschworen werden.

Die Frage, ob derartige Schenkungen widerrufen oder, was daselbe ist, nachträglich auf den Lohn angerechnet werden können, ist im allgemeinen zu verneinen. War die Gewährung bestimmter Gaben zu Weihnachten u. s. w. bedungen, so ist z. B. aus der Thatsache, daß alsbald darauf

²⁵⁾ Jacobi S. 87 Anm. 5. Bei kurzer Kündigungsfrist spricht die Wahrscheinlichkeit gegen die Annahme einer rechtlichen Verpflichtung zur Gewährung der Zulage. Entsch. des MDStG. Bd. 18 S. 258 ff.; Bd. 23 S. 81 ff.

der Diensthote das Arbeitsverhältnis mit oder ohne Grund auflöst, kein Anlaß für den Widerruf des Gegebenen zu entnehmen. Erfolgte aber die Beschenkung ganz aus freiem Willen, so würde nach §§ 530 Abs. 1, 532 BGB. ein Widerruf binnen Jahresfrist zulässig sein, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verfehlung gegen den Schenker oder einen nahen Angehörigen desselben **groben Un Dankes** schuldig machte. Es darf aber nicht übersehen werden, daß in § 534 das. bei Schenkungen, durch die **einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht** entprochen wird, weder Widerruf noch Rückforderung zulässig ist.

Es versteht sich von selbst, daß auch **Trinkgelder**, welche von dritten Personen (Tischgästen, Besuch) dem Gefinde gegeben werden, nicht auf den Lohn anzurechnen sind; ebenso wenig hat das Gefinde aber einen rechtlich erzwingbaren Anspruch darauf, wenn auch die Herrschaft nicht befugt sein mag, ihm das Trinkgeldnehmen ohne weiteres zu verbieten.

Beföstigung. § 21 Abs. 1 Gei.D.

Die Herrschaft muß dem Gefinde **genießbare, gesunde und hinreichende Kost** geben. Sie braucht es sich natürlich nicht gefallen zu lassen, wenn der Diensthote sich ohne genügenden Grund mit der ihm verabreichten Kost unzufrieden bezeigt, und kann ihn, wenn er trotz wiederholt erteilter Zurechtweisungen seine Kritik in verächtlicher Weise äußert, vor Ablauf der Dienstzeit, aber nach vorgängiger Aufkündigung entlassen (§ 29 Nr. 2 Gef.D.) Andererseits hat der Diensthote das Recht, sofort und ohne Aufkündigung aus dem Dienste zu gehen, wenn ihm die Kost zur bestimmten Zeit **gänzlich** verweigert wird. Man wird auch die Verabreichung ungenügender, ungesunder oder ungenießbarer Kost dann als wichtigen, zur Lösung des Dienstverhältnisses berechtigenden Grund ansehen dürfen, wenn die Herrschaft trotz wiederholter Vorstellung des Gefindes nicht für Abhülfe gesorgt hat (§ 32 Satz 1 und Nr. 5 Gef.D.; S. 69 Nr. 5).

Kleidung. § 21 Abs. 7 Gef.D.

Ob **Kleidung** neben dem Lohne gefordert werden darf, hängt davon ab, ob bei dem Vertrage hierauf Rücksicht genommen ist oder nicht. Für die **Livree** gelten besondere Bestimmungen: sie ist kein Teil des Lohnes und wird auf den-

selben nicht angerechnet. Der **Kutscher**, Diener u. s. w. erwirbt nicht sofort mit der Hingabe der Kleidungsstücke das Eigentum an denselben²⁶⁾, sondern er muß sie sich durch seine Dienste erwerben. Dies geschieht durch Einhaltung des Vertrages für diejenige Zeit, die zur Erneuerung der fraglichen Kleidungsstücke vertragsmäßig bestimmt ist (Tragezeit). Unterblieb eine Abmachung über die Dauer dieses Zeitraums, so geht die Livree nach Ablauf **eines Dienstjahres** in das Eigentum des Diensthboten über. — Der Unterschied zwischen gewöhnlicher und besonderer (Staats-) Livree, den die Preuss. Ges.D. (§§ 38, 39) hervorhebt, ist dem Braunschw. Gesetze fremd. Trotzdem wird eine Galauniform, ein Kutscherpelz und dgl. als im Eigentum der Herrschaft auf die Dauer verbleibend zu behandeln sein, falls nicht Abweichendes verabredet ist.

Wann ist die Vergütung dem Diensthboten trotz dessen Behinderung fortzugewähren?

Keine eigentliche Kenerung, sondern nur die gesetzliche Wiedergabe dessen, was schon bisher fast allgemein üblich war, enthält der in § 21 (Schlußsatz) der Ges.D. auf das Gesindeverhältnis entsprechend anwendbar erklärte § 616 BGB. Es geht danach das Gesinde des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß es **für eine verhältnismäßig unerhebliche Zeit** durch einen in seiner Person liegenden Grund unverschuldet in der Dienstleistung gehindert wird.

Beispiel. Ein Dienstmädchen wird durch Wahrnehmung eines gerichtlichen Termines als Zeugin, ein Kutscher wird durch den Besuch der militärischen Kontrollversammlung für einige Zeit von der Arbeit ferngehalten; der Lohn muß beiden trotzdem voll gezahlt werden.

Es wird auch während der Geltung der alten Ges.D. zu den Seltenheiten gehört haben, daß Diensthboten für eine derartige unverschuldete Versäumnis durch Kürzung des Lohnes haftbar gemacht sind. Indes mag es hin u. d. wieder vorgekommen sein, daß man die Kosten der Stellvertretung dem Verhinderten zur Last gelegt hat, obwohl dies dem Billigkeitsgefühl nicht entspricht. Durch das BGB. ist fortan eine

²⁶⁾ Verkauf, Verpfändung oder sonstige Veräußerung der Sachen durch das Gesinde kann als Unterschlagung bestraft werden.

festen Richtschnur gegeben, von der voraussichtlich für ganz kurze Dienstupbrechungen auch durch besonderen Vertrag mit dem Gefinde nicht abgewichen werden wird, wenn sich die Herrschaft nicht dem Vorwurfe der Kleinlichkeit rufen lassen will. Allerdings ist es zulässig, durch Übereinkunft den § 616 außer Kraft zu setzen, und bei einer Beurlaubung von einigen Wochen kann es in der That in Frage kommen, ob eine Lohnkürzung am Platze ist. Für Beköstigung kann das Gefinde selbstverständlich dann nichts verlangen, wenn es vom Haushalte der Herrschaft in eigenen Angelegenheiten abwesend ist.²⁷⁾ Falls dagegen die Herrschaft, welche selbst verreist, das Gefinde unterdessen in die Heimat beurlaubt, muß sie ihm ein angemessenes Kostgeld auf Verlangen gewähren.

Welche Fälle zu den unverschuldeten persönlichen Behinderungen von verhältnismäßig kurzer Dauer zu rechnen sind, wird bei der Prüfung der einschlagenden Gesichtspunkte meistens ohne große Schwierigkeiten zu beantworten sein. Dabei ist nicht außer Acht zu lassen, daß jedes Dienstverhältnis regelmäßig auf einige Dauer bemessen ist (§ 8, S. 48 ff.). Man wird z. B. kein Bedenken tragen, eine mehrtägige Reise zum Besuche der todkranken Mutter oder zur Beerdigung des Vaters als eine kurzzeitige, in der Person des Dienstboten liegende Verhinderung anzusehen; auch Erbschafts-, Vormundschafts- und ähnliche Angelegenheiten können in Betracht kommen. Eine dem Vergnügen gewidmete Abwesenheit (Teilnahme an Hochzeiten, Kindtaufen u. dgl.) ist vom Rechtstandpunkte aus anders zu beurteilen. Jedenfalls ist in der Erteilung des Urlaubs zu derartigen Veranstaltungen noch nicht die Zusage der Vollzahlung des Lohnes zu erblicken. Thatsächlich wird indes — wenigstens bei entschuldigtem oder im voraus gestattetem Ausbleiben — schwerlich eine Herrschaft von dem Lohnabzugsrechte auch in solchen Fällen Gebrauch machen wollen.

Welche Pflichten hat die Herrschaft bei Krankheiten des Gefindes?

Bei Erkrankungen der Dienstboten ist Lohn, Kost und Wohnung ebenfalls für die Dauer des Dienstverhältnisses

²⁷⁾ Planck, Anm. 4 zu § 616 BGB.; Lindenberg, Gef.D. S. 92 Anm 1.

trotz der Verhinderung fortzugewähren, aber mit folgenden Einschränkungen:

1. Bei **selbstverschuldeten** Krankheiten fällt diese Verpflichtung der Herrschaft fort, da die Voraussetzungen des § 616 BGB. nicht zutreffen.

Beispiele. Ein Kutscher hat sich in schuldhafter Weise an einer Schlägerei, einem Kaufhandel beteiligt und ist dabei zu Schaden gekommen. — Ein Dienstmädchen hat aus Liebeskummer einen Vergiftungsversuch gemacht und bedarf zur Wiederherstellung mehrwöchentlicher Kur und Erholung. — Auch die durch Trunkfälligkeit und durch geschlechtliche Ausschweifungen hervorgerufenen Krankheiten gehören hierher (§ 6a Nr. 2 des Krankenvers.Gesetzes). Dabei ist zu bemerken, daß nach § 31 Nr. 11 Gef.D. Dienstboten sofort entlassen werden dürfen, wenn sie sich durch liederliche Aufführung ansteckende oder ekelhafte Krankheiten zugezogen haben (§. 61 Nr. 11).

2. Eine **langwierige** Krankheit giebt der Herrschaft das Recht, das Dienstverhältnis jedenfalls mit Ablauf von **vier Wochen** seit Beginn der Erkrankung, eventuell auch schon früher aufzuheben, nämlich wenn feststeht, daß die Krankheit über 4 Wochen dauern werde (§ 31 Nr. 18 Gef.D., §. 63). Über die 4. Woche hinaus braucht alsdann die Vergütung nicht gewährt zu werden, es sei denn, daß die Herrschaft die Erkrankung verschuldet hätte,²⁹⁾ z. B. indem sie eine außergewöhnliche Dienstleistung verlangte, wobei vorauszusehen war, daß leicht schlimme Folgen eintreten könnten (§. 26). Wenn die Herrschaft im übrigen von dem Aufhebungsrechte keinen Gebrauch macht, so wird man doch bei Überschreitung der vierten Woche regelmäßig anzunehmen haben, daß es sich bei der Behinderung nicht mehr um eine verhältnismäßig kurze Zeit handelt, da die Kündigungsfrist bei Miete auf ein Vierteljahr vier Wochen beträgt (§ 28, §. 49 ff.). Die Weitergewährung der Vergütung kann also nicht mehr auf § 616 BGB. gestützt werden. — Führt die Erkrankung zum Tode, so können die Erben Lohn (und Kostgeld, wo dies

²⁹⁾ Begründung zu §22 Gef.D., Braunschw. Ausführungsgesetze a. a. O. S. 393. Über das frühere Recht s. Verhandlungen des 22. ordentl. Landtages, Anlage 78 u. Sitzungsbericht Nr. 24.

überhaupt an Stelle der Beföstigung getreten ist) nur insofern fordern, als noch ein Rückstand für die Zeit bis zum Krankenlager vorhanden ist (§ 23 Gef.D., S. 45; Hampe, S. 453).

3. Auf die dem kranken Diensthoten zustehende Vergütung ist anzurechnen, was er mit Rücksicht auf seine Krankenversicherungspflicht von einer Ortskrankenkasse, Gemeindekrankenversicherung, Betriebs(Fabrik)- oder ähnlichen Krankenkasse für die Zeit der Dienstverhinderung bekommt.²⁹⁾

Beispiel. Ein Dienstmädchen, das 180 M. Jahreslohn erhält und während des ganzen Monats Februar 1900 ein Krankengeld von 75 Pfg. täglich bezog, kann die auf diese Zeit entfallenden 15 M. Lohn nicht verlangen, weil die Krankenkasse unterdessen $28.0,75 = 21$ M. an Krankengeld gezahlt hat.

Die Anrechnung des Wertes der ärztlichen Behandlung, Arznei u. s. w. halte ich nicht für angängig, weil man hier billiger Weise nicht von einem Betrage reden kann, der dem Diensthoten zugekommen ist, sondern höchstens von einer Aufwendung, die von der Krankenkasse gemacht wurde, während sie andernfalls das Gesinde hätte machen müssen.

Wenn statt des Krankengeldes, verbunden mit häuslicher Pflege und ärztlicher Fürsorge, die Unterbringung in einer Krankenanstalt (Krankenhaus, Privatklinik; auch Genesungsheime wie das Albrechtshaus und das Marienheim bei Stiege im Harz werden ebenso beurteilt) gewährt ist, so ändert dieser Umstand nichts an der Rechtslage gegenüber der Herrschaft, da eine derartige Maßregel an die Stelle der Krankengeldzahlung nebst Zubehör tritt (§ 7 Krankenverf.Gesetz). Es

²⁹⁾ Die Fortzahlung des Lohnes mit dieser Anrechnung ist durch § 21, Schlußsatz, der Gef.D. an Stelle des den Diensthoten ungünstigeren § 2 des Gef. Nr. 28 v. 26. Mai 1896 getreten. Die Begründung (a. a. D. S. 392) erwähnt mit Recht, daß kein Grund für die Ausnahme-Behandlung des Gesindes vorliege. Auch § 617 BGB. (§ 22 Gef.D.), dessen Vorteile für das braunschweigische Krankenversicherungspflichtige Gesinde unanwendbar sind, befreit die Herrschaft der Versicherten nur von den Kosten der eigentlichen Krankenpflege.

findet also dann die Anrechnung des Krankengeldbetrages statt, soweit dieser dem Patienten bei Behandlung außerhalb der Anstalt zukommen würde.

a. Welche Pflichten legt die Arbeiterversicherung der Herrschaft auf?

Die letzten Bemerkungen führen uns zu der Besprechung der Aufgaben, welche der Herrschaft durch die **Arbeiterversicherungs-gesetzgebung** gestellt sind (vgl. S. 21).

1. Krankenversicherung.

Aus der Krankenversicherungspflicht, die sich nach dem Landesgesetze Nr. 28 vom 26. 5. 1896 auf alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Dienstboten erstreckt, soweit ihre Dienstdauer nicht im voraus durch den Arbeitsvertrag oder durch die Natur der Dienstleistung auf weniger als eine Woche beschränkt ist, ergeben sich für die Herrschaft eine Reihe von Pflichten:

An- und Abmeldung. Die Herrschaft muß jeden von ihr beschäftigten krankenversicherungspflichtigen Dienstboten spätestens **am dritten Tage** nach Beginn der Beschäftigung bei der zuständigen **Ortskrankenkasse**, in deren Ermangelung bei der Gemeindebehörde oder einer von dieser bestimmten Meldestelle anmelden und ebenso spätestens am dritten Tage nach Beendigung der Thätigkeit wieder abmelden (§ 49 des Krankenvers. Gesetzes). Die **Anmeldung** muß auch die für die Beitragsberechnung nach dem Statute nötigen Angaben über die Lohnverhältnisse enthalten (z. B.: „150 Mk. Jahreslohn und freie Station“). Auch spätere Änderungen in diesen Verhältnissen sind in derselben Weise anzumelden. Es empfiehlt sich im Interesse aller Teile sehr, bei den Meldungen von den üblichen, bei der Kassenstelle zu erhaltenden Formularen Gebrauch zu machen, da sonst leicht Unvollständigkeiten, Rückfragen und sonstige Weiterungen vorkommen. Durch das Statut der Ortskrankenkasse, bei der Gemeindekrankenversicherung durch Beschluß ihrer Verwaltung kann die Frist für die An- und Abmeldungen bis zum letzten Werktag derjenigen Kalenderwoche, in welcher die dreitägige Frist abläuft, erstreckt werden³⁰⁾, da wegen des Aufenthalts-Wechsels

³⁰⁾ Dies ist bisher nur ganz vereinzelt geschehen. Die Braunschweiger „Gemeinsame Ortskrankenkasse“ hält an der gesetzlichen Regel fest. Ein am Montag eingetretener Dienstbote ist also spätestens am Donnerstag zu melden.

nach § 1 des Gesetzes Nr. 15 v. 13. April 1894 auf alle Fälle binnen derselben Frist Meldung bei der **Ortspolizeibehörde** nötig ist, so ist es ratsam, sich an die Regelung der Krankenversicherung gleichzeitig hiermit zu gewöhnen. Die Anmeldung ist auch dann nötig, wenn der Dienstbote schon innerhalb der ersten drei Tage sich als krank erweist und wegen Unfähigkeit zur Arbeit sofort abgelohnt wird. Gerade hierauf ist ganz besonders zu achten. **Die Folgen der Versäumung** sind andernfalls unter Umständen recht schwerwiegend. Zunächst ist auf die Nichtbeobachtung der Meldefrist eine **Geldstrafe bis zu 20 Mk.** gesetzt, welche von den Polizei- oder Gerichtsbehörden bestimmt und bei denselben eingezahlt wird, aber von diesen an die zuständige Krankenkasse abzuliefern ist (§ 82 c. Kr.Vers.Ges.). Daneben aber trägt die Herrschaft ein großes Risiko für den Fall einer etwaigen Erkrankung des Gefindes, die vor Nachholung der versäumten Anmeldung eintritt. Nach § 50 Kr.Vers.Ges. ist die Krankenkasse berechtigt, von Arbeitgebern, welche **vorsätzlich** oder **fahrlässig** (z. B. aus **Rechtsirrtum**, weil sie Dienstboten nicht für krankenversicherungspflichtig hielten) die Anmeldung **nicht rechtzeitig** bewirkten, **sich alle Aufwendungen ersetzen zu lassen**, welche auf Grund gesetzlicher oder statutarischer Vorschrift in einem vor der Anmeldung durch die nicht angemeldete Person veranlaßten Unterstützungsfälle gemacht wurden.

Die Anmeldung ist der Ordnung und Übersicht wegen unerlässlich. Sie ist aber nicht, wie vielfach angenommen wird, die Voraussetzung oder Bedingung für die Kassenmitgliedschaft des Gefindes, diese tritt vielmehr von selbst mit dem Beginn des Dienstverhältnisses ein, und die Krankenkasse muß das nicht angemeldete Gefinde ebenso als Mitglied unterstützen, wie das gemeldete⁸¹⁾. Es soll ihr aber der Rückgriff gegen die säumige Herrschaft freistehen, sodaß sie sich schadlos halten kann für alle zur Unterstützung notwendigen Ausgaben (Krankengeld, Doktor-, Apotheker-, Krankenhaus-Kosten, Sterbegeld). Es ist gleichgültig, ob diese einzeln n

⁸¹⁾ Urteil des Herzogl. Verwaltungsgerichtshofs zu Braunschweig vom 8. Dez. 1897, abgedruckt in der „Arbeiterversorgung“ Bd. 15 S. 67.

⁸²⁾ Vgl. Bd. 8 S. 85 der Zeitschrift „die Inv. und Alters-Versicherung.“

Ausgaben vor oder nach der Anmeldung erfolgten, wenn nur die Krankheit vor Nachholung derselben sich bemerkbar gemacht hat.

Voraussetzung der Erstattungsforderung ist **schuldhaftes Vernachlässigen** der Anmeldepflicht. Damit ist nicht etwa gemeint, daß nur in schweren Fällen, bei absichtlicher Unterlassung oder grobem Verschulden, die Haftung stattfindet: jedes, auch ein geringfügiges Versehen setzt die Herrschaft dem Risiko aus. Selbst eine Verspätung um einige Stunden kann die Ersatzpflicht hervorrufen, wenn inzwischen gerade die Erkrankung ausbricht. Wenn freilich die Herrschaft alles gethan hat, was von sorgsamem Leuten unter den obwaltenden Verhältnissen erwartet werden konnte, wenn sie z. B. unter Angabe des Sachverhalts bei der Kassenstelle oder der Aufsichtsbehörde angefragt und dort den unrichtigen Bescheid bekommen hat, es liege keine Versicherungspflicht vor, dann kann ihr nicht nachträglich ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie sich auf die Auskunft verlassen und die Anmeldung nicht besorgt hat.³³⁾ Auch die Benutzung allgemein üblicher Beförderungsmittel (z. B. der Reichspost) kann nicht als Fahrlässigkeit gelten. Wenn also durch Unaufmerksamkeit eines Postbeamten oder sonstige unvorhergesehene Ereignisse die pünktlich abgeschickte Anmeldung verspätet oder überhaupt nicht eintraf, so ist die Herrschaft für derartige Zufälle nicht verantwortlich und bei einer inzwischen eingetretenen Erkrankung des Gefindes nicht kostenersatzpflichtig.

Die Geltendmachung des Ersatzanspruchs erfolgt, wenn die Aufforderung zur Zahlung unbeachtet bleibt, durch Antrag der Krankenkasse bei der aus dem Kassenstatut ersichtlichen Aufsichtsbehörde (Stadtmagistrat, Kreisdirektion). Gegen deren Entscheidung, die nach Anhörung der in Anspruch genommenen Herrschaft schriftlich erfolgt, steht jedem von beiden Teilen binnen 4 Wochen nach der Zustellung die Anfechtungsklage bei Herzogl. Verwaltungsgerichtshofe zu (§§ 50, 58 Krankenvers. Ges.; § 59 e d. Ges. Nr. 26 v. 5. März 1895, betr. die Verwaltungsrechtspflege).

Beitragszahlung. Die Herrschaft muß der Krankenkasse die jagungsmäßigen Beiträge (und das etwaige Eintritts-

³³⁾ „Arbeiterversorgung“ Bb. 13 S. 447; Bb. 14 S. 123.

geld, welches in der Stadt Braunschweig nicht erhoben wird, §. 21) zahlen. Nur sie, nicht der Diensthote, kann kassenförmig dafür in Anspruch genommen werden. Von Beginn der Beschäftigung an sind die Beiträge zu leisten nicht nur bis zum Austritt des Diensthoten, sondern **bis zur Abmeldung**. Wird die rechtzeitige **Anmeldung** versäumt, so ändert dies an der Zahlungspflicht nicht das Mindeste: wir sahen oben schon, daß die Kassenmitgliedschaft und das Unterstützungsrecht von selbst mit dem Dienstantritt entstehen; die natürliche Folge ist, daß die Beitragsleistung gleichzeitig anheben muß (vgl. § 50 Abs. 2 Kr.Verf.Ges.). Die Beiträge sind fortzuzahlen, bis die vorschriftsmäßige Abmeldung erfolgt (§ 52). Auch hierin liegt eine Art Zwangsdrohung, da für Wochen oder Monate Nachforderungen zulässig sind. Die Beiträge und Eintrittsgelder **verjähren** in einem Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem sie fällig wurden (§ 55 Abs. 1 Kr.Verf.Ges.).

Beispiel. Die Herrschaft hat die Abmeldung des am 1. April 1900 austretenden Dienstmädchens bei der Ortskrankenkasse vergessen. Die Kasse ist, wenn das Versehen im Dezember 1901 bekannt wird, zur Nachforderung der Kassenbeiträge für die ganzen 21 Monate bis dahin berechtigt. Der Anspruch erlischt aber, wenn er nicht spätestens am 31. Dezember 1901 bei der Aufsichtsbehörde geltend gemacht ist.

Bei Nichtzahlung erfolgt Zwangseinzahlung wie bei rückständigen Gemeindesteuern im Verwaltungswege, auch kann seitens der Krankenkasse eine **Mahngebühr** erhoben werden (§ 55 Absatz 3 Kr.Verf.Ges.).

Befreiung. Zwei Möglichkeiten sind denkbar, welche die Herrschaft von der Verpflichtung entbinden, bei der zuständigen Krankenkasse die Meldungen zu besorgen und die Beiträge zu zahlen, nämlich die **Befreiung auf Antrag durch Uebernahme der Fürsorge seitens der Herrschaft**, und die Befreiung wegen der Mitgliedschaft in einer Hilfskasse.

Der erstere Fall ist ungleich häufiger. Die Dienstherrschaft kann dem Gesinde gegenüber die Verpflichtung eingehen, daß sie in Erkrankungsfällen für dasselbe in ähnlicher Weise sorgen will, wie es die Gemeindekrankenversicherung thun

müßte, die für 13 Wochen ärztliche Behandlung, Arzneien und dgl., bei Erwerbsunfähigkeit daneben auch Krankengeld in Höhe des halben ortsüblichen Tagelohnes zu gewähren hat. Es ist nicht erforderlich, daß baares Krankengeld von der Herrschaft zugesichert wird, denn eine **gleichwertige** Fürsorge ist genügend, und durch Fortgewährung der freien Station mit oder ohne Weiterzahlung des Lohnes und durch entsprechende Kur und Pflege wird dem Gesehe jedenfalls am zweckmäßigsten entsprochen (§. 34). Auch Krankenhauspflege kann in geeigneten Fällen an Stelle davon treten (§ 7 Kr.Verf.Ges.). Die Befreiung erfolgt nicht von selbst, sondern erst auf **Antrag des Dienstboten** durch den Vorstand der Krankenkasse (§ 3a Nr. 2 Kr.Verf.Ges.). Der Kassenvorstand darf diesen Antrag nur ablehnen, wenn die Fürsorge durch die Herrschaft nicht in genügendem Umfange (z. B. nur für 6 Wochen) versprochen, oder wenn die Zusicherung nicht glaubhaft gemacht ist, endlich wenn die Zahlungsfähigkeit der Herrschaft bezweifelt wird. Auf Anrufen des Antragstellers entscheidet dann die Aufsichtsbehörde (Stadtmagistrat u. s. w.) endgültig. Die Herrschaft kann die betreffenden Verhandlungen für das Gesinde führen. Als Muster dabei mag folgender Antrag auf Befreiung dienen:

Erklärung.

Hierdurch verpflichte ich mich, der seit heute bei mir beschäftigten Dienstmagd **Auguste Schulze** im Falle einer im Dienste auftretenden Erkrankung eine dem § 6 des Kr.Verf.Ges. gleichwertige Fürsorge zu gewähren.

Braunschweig, 1. April 1900. W. Gerede, Buchhalter.

Antrag.

Auf Grund vorstehender Erklärung beantrage ich meine Befreiung von der Mitgliedschaft in der Krankenkasse.

An den Vorstand der Gemein- **Auguste Schulze.**
samen Ortskrankenkasse hier.

Entscheidung.

Die Dienstmagd **Auguste Schulze** wird hierdurch auf Antrag nach § 3a Nr. 2 des Kr.Verf.Ges. von der Kassemitgliedschaft **befreit.**

Braunschweig, 1. April 1900.

Der Vorstand der Gemeinsamen Ortskrankenkasse.
(Unterschrift.)

Die Bescheinigung über die Befreiung ist sorgfältig aufzubewahren, um später den Nachweis derselben auf Anfordern jederzeit führen zu können. Die Befreiung gilt nur, so lange der betreffende Dienstvertrag dauert, sie berührt lediglich die Versicherungspflicht dieses Diensthboten in dieser Stellung. Nimmt die Herrschaft einen anderen Diensthboten an, so muß dessen Befreiung wiederum in gleicher Weise herbeigeführt werden, desgleichen wenn der bisher befreite Diensthbote in eine neue Stelle eintritt. Die Befreiung erlischt vor Beendigung des Dienstvertrages, wenn sie von der Aufsichtsbehörde wegen Zahlungsunfähigkeit der Herrschaft von Amtswegen oder auf Antrag eines Beteiligten aufgehoben wird, oder wenn die Herrschaft das befreite Gesinde nachträglich bei der Krankenkasse anmeldet. In beiden Fällen tritt sofort die Kassenmitgliedschaft ein. Wenn indes in Krankheitsfällen die Dienstherrschaft die übernommene Fürsorgepflicht nicht oder nicht vollständig erfüllt, so muß die zuständige Krankenkasse auf Antrag des Gesindes für dasselbe sorgen, als ob es Mitglied wäre, und kann von der Herrschaft dafür Ersatz verlangen.

Der zweite Fall, die Befreiung wegen Mitgliedschaft in einer Hilfskasse, hat bis jetzt im täglichen Leben nur untergeordnete Bedeutung gehabt, da das Gesinde den Hilfskassen sich nicht häufig anzuschließen pflegt.

Wenn der Diensthbote bei dem Dienstantritt schon einer **eingeschriebenen Hilfskasse** oder einer auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Krankenkasse angehört, so braucht die Herrschaft wegen der Krankenversicherung keine Schritte zu thun, sofern die fragliche Kasse sich allgemein ein entsprechendes Vorrecht hat einräumen lassen.²⁴⁾ Ob dies der Fall ist, darüber kann sich jedermann leicht unterrichten, indem er sich das gedruckte Statut der betreffenden Hilfskasse vorlegen läßt: in demselben muß angegeben sein; wann und in welcher Zeit amtlich bekannt gemacht ist, daß das zuständige Ministerium oder der Reichskanzler die Bescheinigung über dies Vorrecht erteilt habe. Der betreffende Vermerk (§ 75 b Abj. 2 Kr.Vers.Ges.) pflegt ungefähr zu lauten:

²⁴⁾ Vergl. §§ 75 ff. Kr.Vers.Ges. Sie muß mindestens dasselbe wie die Gemeindekrankenversicherung des Beschäftigungsortes gewähren.

Auf Grund des § 75a des Nr. Versf. Ges. hat Herzogliches Staatsministerium laut Bekanntmachung in Nr. 1 der Braunschweigischen Anzeigen vom 2. Januar 1900 S. 4 bescheinigt, daß die Krankenkasse „Humanität“ (e. G.) hier, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 das. genügt.

Braunschweig, den 5. Januar 1900.

(L. S.)

Der Stadtmagistrat.

(Unterschrift.)

Ist dieser Vermerk in dem Statutenbuche enthalten, so achte man ferner darauf, ob die Mitgliedschaft des Gesindes in jener Hilfskasse **zur Zeit des Dienst Eintritts** thatsächlich noch fortbestand, da andernfalls die Befreiung nicht stattfindet und die Herrschaft meldepflichtig wie sonst bleibt. Auch hiervon kann man sich regelmäßig durch Einsicht in das Statutenbuch der Hilfskasse überzeugen: die meisten Hilfskassen quittieren in demselben durch handschriftliche oder gestempelte Vermerke über die Leistung der Beiträge. Ist die Beitragszahlung eine Zeit lang unterblieben, so tritt Ausschluß des Mitgliedes ein. Wenn man hierüber volle Sicherheit haben will, so verlange man von dem Diensthöten, der Hilfskassen-Mitglied zu sein behauptet, eine Bescheinigung über das Fortbestehen dieser Mitgliedschaft und melde, wenn diesem Verlangen nicht alsbald entsprochen wird, den Betreffenden zur Vermeidung von Ungelegenheiten schleunigst bei der Ortskrankenkasse an.

2. Invalidenversicherung.⁸⁵⁾

Die Belästigungen, die durch das viel angefeindete „Klebe-gesetz“ für die Herrschaften entstehen, sind im Herzogtum Braunschweig durch die Organisation erheblich abgeschwächt.

Meldepflicht. Eine besondere Meldepflicht wegen der **Invaliden-Versicherung** ist den Herrschaften innerhalb unseres Herzogtumes **nicht** auferlegt, soweit das Gesinde einer Ortskrankenkasse oder Gemeindekrankenversicherung angehört, da alle derartigen Kassen durch Anordnung des Ministeriums

⁸⁵⁾ Seit dem 1. Januar 1900 spricht man nicht mehr von „Invaliditäts- und Alters-Versicherung“, wie sie das R. Ges. v. 22. Juni 1889 eingeführt hatte, sondern kürzer von „Invalidenversicherung“ nach dem R. Ges. v. 13. Juli 1899, das mit dem Anfange des Jahres 1900 in Kraft getreten ist.

als „Gebestellen“ für die Invalidenversicherung eingesetzt sind und kraft dieses Auftrages die Ausstellung der Quittungskarten, einschließlich ihres Umtausches und ihrer Erneuerung, die Einziehung der Beiträge, die Einklebung und Entwertung der Beitragsmarken zu besorgen haben. Die Herrschaft, welche die Anmeldung zur Ortskrankenkasse pünktlich besorgt hat, kann also erwarten, daß die Kasse das Nötige veranlaßt, insbesondere auch dann, wenn der Dienstbote erst im Laufe der Dienstzeit 16 Jahre alt und damit invalidenversicherungspflichtig wird. Manche Kassen lassen in ihren Anmeldeformularen angeben, ob das betreffende Mitglied sich schon im Besitze einer Quittungskarte befindet.

Nur für diejenigen Dienstboten, welche von der Mitgliedschaft in der Ortskrankenkasse oder sonstigen Zwangskasse befreit sind, weil sie von der Herrschaft die Krankenfürsorge erhalten sollen oder einer bevorrechtigten Hilfskasse angehören, liegt der Herrschaft in der Stadt Braunschweig und in den übrigen Orten, in welchen der Vorstand der Landesversicherungsanstalt sich etwa hiermit einverstanden erklärt, das Markentkleben ob. In diesem Falle ist lediglich für die rechtzeitige Beschaffung, den Umtausch und die Erneuerung der Quittungskarte durch Vermittlung der Gemeindebehörde zu sorgen. Wo aber die Herrschaft nicht zur Selbstverwendung der Marken befugt ist, da muß sie den Antritt und das Ausscheiden von Dienstboten über 16 Jahren, die nicht in der Zwangskasse versichert sind, bei der Gemeindebehörde binnen 3 Tagen melden.³⁶⁾

Beitragspflicht. Die Herrschaft muß bei Ausübung des Selbstverwendungsrechtes dafür sorgen, daß **spätestens bei jeder Lohnzahlung** Marken in richtiger Zahl und Art eingeklebt werden. Für jede Kalenderwoche (vom Montag an gerechnet) innerhalb welcher die Beschäftigung stattfand, ist eine Marke zu kleben. Verantwortlich dafür sind alle Herrschaften, bei denen der Dienstbote in der fraglichen Zeit in Arbeit stand, doch steht der Rückgriff auf die zuerst beschäftigende Herrschaft frei. Wenn z. B. ein Dienstmädchen am Sonntag, 1. April 1900, eine Stelle verlassen und sofort

³⁶⁾ § 10 der Bekanntmachung des Herz. Staatsministeriums Nr. 102 v. 8. Dez. 1899, Gef. u. V. D.-Sammlung S. 967. §§ 179, 148 des Inv.-Vers.-Gesetzes.

eine andere angetreten hat, so muß die neue Herrschaft für Einklebung einer Marke betreffs der Woche vom 26. März bis 1. April sorgen, sofern dies nicht schon von der früheren Herrschaft geschehen ist, sie kann aber von dieser Ersatz verlangen (§ 140 Inv.Vers.Ges.). — Seit Einführung der Marken für 2 und für 13 Wochen ist in der Tätigkeit des „Klebens“ eine Vereinfachung eingetreten. Man unterlasse nie, die eingeklebte Marke mit dem Entwertungsvermerk zu versehen, z. B.: „1. 7. 00“ es wird dadurch die Prüfung, wann und von wem die Marken verwendet sind, wesentlich erleichtert, und es kann mit den entwerteten Marken nicht so leicht Mißbrauch getrieben werden.

Über die Art der Marken ist zu bemerken, daß für alle Dienstboten, deren regelmäßiger Dienstort im Herzogtum Braunschweig liegt, Braunschweiger Marken zu kleben sind, auch wenn die Herrschaft mit dem Gesinde vorübergehend anderwärts, selbst außerhalb des deutschen Reiches, sich aufhält, z. B. auf einer Badereise nach Scheveningen, während der Sommerfrische im Berner Oberland u. s. w.

Die Klasse der zu verwendenden Marken wird bei den Mitgliedern der Ortskrankenkasse von dieser bestimmt und richtet sich nach den Statuten derselben. Im übrigen ist regelmäßig der ortsübliche Tagelohn gewöhnlicher Arbeiter und Arbeiterinnen maßgebend, über den man sich bei der Gemeindebehörde zur Sicherheit erkundige. In der Stadt Braunschweig ist für männliche Dienstboten, die der Ortskrankenkasse nicht angehören, die III. Lohnklasse (grüne Marke, 24 Pf.), für weibliche desgl. die II. Lohnklasse (blaue Marke, 20 Pf.) maßgebend.

Über die Berechtigung der Herrschaft, den halben Betrag des Markentwertes bei den Lohnzahlungen dem Gesinde anzurechnen, ist §. 22 und 27 das Nötige gesagt.

Was die Herrschaft gesetzlich oder vertragsmäßig an Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträgen für das Gesinde jährlich aus eigenen Mitteln aufzubringen hat, kann sie bei der Bestimmung des steuerpflichtigen Jahreseinkommens in Abzug bringen (§ 9 unter 1 Nr. 6 des Br. Eink.Steuerges. Nr. 21 v. 16. 4. 1896).

Die Invalidenversicherungsbeiträge verjähren fortan in zwei Jahren nach Eintritt der Fälligkeit (§ 168 Inv.Vers.Ges.; für die Rückstände aus der Zeit vor 1. Jan. 1900 gilt vier-

jährige Verjährung, vgl. § 137 Ziv. u. Alt. Verf. Ges.; § 169 des Einf. Ges. zum ZGB.).

Zur Vermeidung von Weiterungen empfiehlt es sich, darauf zu achten, daß die Quittungskarten spätestens innerhalb zweier Jahre nach dem Tage, der auf ihrer Vorderseite als Ausstellungstag bezeichnet ist, zum Umtausche gelangen. Ist dies versäumt (was z. B. bei Benutzung der Dreizehnwochen-Marken leicht geschehen kann), so muß auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeitsdauer bei dem Vorstände der Landesversicherungsanstalt angetragen werden.³⁷⁾

Es ist verboten, Urteile über die Führung oder die Leistungen des Gefindes in dessen Quittungskarte einzutragen oder die Karte gegen den Willen des Diensthofen zurückzuhalten. Selbst wenn das Gefinde eigenmächtig und rechtswidrig den Dienst verläßt, muß auf Anfordern die Karte herausgegeben werden, sobald die Markenverwendung geregelt ist. Bei Worenthaltung der Karte macht sich die Herrschaft schadenerfajpflichtig (§ 139 Ziv. Verf. Ges.)

3. Unfallversicherung.

Nach der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung hat die Herrschaft wegen ihrer Diensthofen keinerlei Pflichten in Bezug auf Unfallversicherung zu beobachten, mit Ausnahme des in der Land- oder Forstwirtschaft beschäftigten Gefindes (vgl. nächsten Absatz). Verunglückt also ein Dienstmädchen durch Unfall bei der Arbeit, z. B. indem es sich beim Holz- oder Kohlenzerkleinern in den Fuß hackt, sich eine Blutvergiftung zuzieht, sich am Herde verbrennt und dgl., so giebt es keine Berufsgenossenschaft, welche zur Zahlung einer Unfallrente verpflichtet wäre. Nur bei denjenigen häuslichen Diensten, zu welchen die gesetzlich gegen Unfall versicherten Personen neben ihrer Beschäftigung im Hauptbetriebe von ihrem Arbeitgeber oder dessen Beauftragten herangezogen werden, ist

³⁷⁾ § 135 ZGB. Die Karten verlieren grundsätzlich innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausstellungstage ihre Gültigkeit. Es ist aber statthast, vor Ablauf dieser Frist auf Verlängerung der Geltungsdauer anzutragen, wenn mindestens 20 Beitragswochen inzwischen erfüllt sind. In der Stadt Braunschweig kann dies z. B. bei der städtischen Stelle für Arbeiterversicherung (Rathaus, Zimmer 14) geschehen.

nach der diesjährigen Unfall-Novelle die Versicherung fortan in Aussicht genommen. Unbenommen ist es der Herrschaft, den Diensthoten in eine Privatversicherungs-Gesellschaft einzukaufen und sich selbst für den Fall der Inanspruchnahme seitens des Diensthoten wegen eines Unfalls (vgl. § 618 BGB., oben S. 26) bei einer Haftpflichtversicherungs-Gesellschaft zu schützen.

In der **Land- und Forstwirtschaft** ist das Gefinde nach § 1 des RGes. v. 5. Mai 1886 (RGBl. S. 132) wie die Arbeiterschaft dem **Unfallversicherungszwange** unterworfen. Besondere Anmeldung der Diensthoten bei der Braunschweigischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ist nicht notwendig, wohl aber **muß jeder** in derartigen Betrieben sich ereignende **Unfall**, der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 3 Tagen zur Folge hat, von der Herrschaft **innen 2 Tagen bei der Ortspolizeibehörde und dem Vertrauensmanne gemeldet werden**. In den ersten 13 Wochen tritt die Krankenkasse, in deren Ermangelung die Herrschaft fürsorgend ein, darüber hinaus hat die Berufsgenossenschaft das Heilverfahren und Unfallrente zu gewähren. Die Zahlung der Genossenschaftsbeiträge hat die Herrschaft allein zu besorgen, ohne dem Gefinde gegenüber ein Lohnabzugsrecht zu haben.

IV. Aufhebung des Dienstverhältnisses.

1. Durch den Tod des Diensthoten.

§ 23 Ges.O.

Der während der Dienstzeit eintretende **Tod** eines **Diensthoten hebt den Dienstvertrag auf**. Den Erben steht die Forderung auf Lohn (und etwaiges Kostgeld) nur **bis zum letzten Krankenlager**, also bis zu dem Tage zu, an welchem der Diensthote durch Krankheit erwerbsunfähig geworden ist, ohne seitdem die Dienstfähigkeit wieder erlangt zu haben (S. 34).

2. Durch den Tod der Herrschaft.

§ 24 Ges.O.

Dem engen Zusammenhang, der zwischen dem Diensthoten und der Herrschaft besteht, entspricht es vollkommen,

daß durch den Tod des Haushaltungsvorstandes oder „Familienhauptes“, wie § 24 Gef.D. es ausdrückt, die Hinterbliebenen das Recht zur alsbaldigen Lösung des Dienstverhältnisses bekommen. Sie sind nicht verpflichtet, das nur zu häuslichen Verrichtungen angenommene Gefinde über die Dauer von 4 Wochen nach dem Tode des Familienhauptes zu behalten; sie müssen ihm aber den baaren Lohn für das laufende Vierteljahr und, wenn die Dienstzeit darüber hinaus bemessen war, auch für fernere drei Monate auszahlen. Kostgeld ist dagegen in diesem Falle nicht zu entrichten, ebenso wenig eine Entschädigung für den Verlust der Wohn- und Schlafstelle. Sind vier Wochen nach dem Trauerfalle verstrichen, ohne daß die Erben von ihrer Aufhebungsbefugnis Gebrauch gemacht haben, so gilt dieselbe als erloschen.

Anders liegt die Sache bei den zu land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten angenommenen Dienstboten (Land-, Hof- oder Ackergefinde, §§ 7, 21 Abs. 2, 24 Abs. 1, 26 Gef.D.). Da hier die Voraussetzungen andere sind, so ist der Dienstvertrag der alsbaldigen Aufhebung nicht ausgesetzt. Nur wenn die Erben die Ackerwirtschaft des Verstorbenen aufgeben, ist sofortige Entlassung des Gefindes zulässig, doch muß ihm für den weggefallenen Rest der Dienstzeit der Lohn (ohne Kostgeld und Wohnungsvergütung) voll ausgezahlt werden.

Das Gefinde hat beim Tode der Herrschaft kein Aufsagerecht.

3. Durch Abgabe des Landhaushalts.

§ 26 Gef.D.

Im allgemeinen darf die Dienstherrschaft nicht ohne weiteres den Dienstvertrag lösen, weil die Thätigkeit des Dienstboten überflüssig wird. Die besonderen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe haben indes eine Ausnahme zur Folge gehabt; es darf nämlich die Herrschaft ihr Acker- und Hofgefinde, das zur Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes angenommen war, bei **Abgabe dieses Betriebes** (Verkauf, Verpachtung, Umwandlung in ein industrielles Unternehmen und dgl.) vor Ablauf der gesetzlichen Frist (§ 8, 27 Gef.D.) entlassen, ebenso wie das Gefinde vorzeitig aufzuhören befugt ist. Erfolgt die Abgabe des Landhaushalts am **10. August**

oder früher, so werden schon zu Martini (10. November) die für länger geschlossenen Dienstverträge beendet. Wenn aber die Abgabe der Landwirtschaft erst nach dem 10. August vor sich geht, dann müssen die über Martini hinaus laufenden Dienstverträge bis 10. November des folgenden Jahres ausgehalten werden, weil Martini Ziehzeit für das Landgesinde ist (§. 15). Bei den **Schäferknechten** spielt der 1. Mai (Beginn des Austreibens des Viehs) dieselbe Rolle, wie der 10. November für die übrigen landwirtschaftlichen Dienstboten.

4. Durch Konkurs der Dienstherrschaft.

§ 25 Gef.D.

Gerät die Herrschaft in Konkurs, so ändert dies an dem Bestehen des Dienstvertrages zunächst nichts. Es hat aber der Dienstbote ebenso wie der die Herrschaft vertretende Konkursverwalter das Recht, mit der gesetzlichen Kündigungsfrist (§. 48 fg., § 28 Gef.D.) den Vertrag aufzuheben, wenn nicht allgemein oder gerade für einen solchen Fall eine kürzere Frist verabredet sein sollte. Der Lohn für das letzte Jahr vor der Eröffnung des Konkursverfahrens³⁸⁾ geht (nebst Kostgeld und sonstigen Dienstbezügen) allen anderen Forderungen vor und wird an erster Stelle berücksichtigt („Liedlohn“, § 36 Gef.D., § 61 Nr. 1 Konkursordnung). Für die Zeit von der Konkursöffnung bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses hat das Gesinde seine als „Masse Schuld“ zu behandelnde Forderung auf Lohn u. s. w. gegen den Konkursverwalter geltend zu machen (§ 59 Nr. 2 Konk.Ordn.). In derselben Weise ist es, wenn ihm nach Antritt des Dienstes vom Konkursverwalter vor Ablauf der Vertragszeit³⁹⁾ die Entlassung erteilt wird, zur Forderung des Erfasses des ihm

³⁸⁾ Bei Konkurs über den Nachlaß einer Herrschaft wird das Jahr vom Todestage des Dienstherrn zurückgerechnet, § 36 Gef.D.

³⁹⁾ War das Dienstverhältnis zur Zeit der Konkursöffnung noch nicht angetreten, so kann der Konkursverwalter dem Gesinde nach § 17 Konk.Ordn. (vgl. S. 107) erklären, daß er vom Vertrage zurücktreten wolle. Der dadurch hervorgerufene Schaden kann nur als einfache Konkursforderung geltend gemacht werden (§ 26 daf.). Das Gesinde kann auch ohne Konkursausbruch den Dienstantritt nach § 321 BGB verweigern, wenn ihm nicht Sicherheit geleistet wird.

dadurch entstehenden Schadens berechtigt (§§ 25, 34 Abs. 2 Gef.D.; §§ 22, 26 Konk.Ordn.). Dabei gilt indes als Höchstbetrag die Entschädigung für ein Vierteljahr, und betreffs des Kostgeldes wird auf das S. 22 Gesagte verwiesen.

Beispiel. Bei einer Herrschaft, die vom 1. Januar 1900 ab auf ein volles Jahr eine Köchin mit 240 M. Jahreslohn angenommen hatte, bricht am 1. April 1900 der Konkurs aus. Wenn der Konkursverwalter sofort zum 1. Juli 1900 kündigt, so findet folgende Berechnung statt:

1. Der rückständige Lohn v. 1. Januar—1. April 1900 mit 60 M. ist **bevorrechtigte Konkursforderung**.
2. Der Lohn vom 1. April—1. Juli 1900 in demselben Betrage ist **Masse Schuld**.
3. Die Entschädigung für die Zeit v. 1. Juli—1. Oktober 1900 ist **einfache Konkursforderung**. Sie beträgt 60 M. (Baarlohn) + 92 . 3 M. (Kostgeld) = 336 M.

Von dem Bestande der Konkursmasse ist zunächst der Masse Schuld-Posten von 60 M. zu decken. Verbleibt später zur Verteilung an die Konkursgläubiger noch etwas verfügbar, so geht die Köchin mit der bevorrechtigten Konkursforderung von 60 M. dabei allen andern voran. Die Entschädigungssumme von 336 M. kommt mit den gewöhnlichen Konkursforderungen zum Zuge.

Das Landgesinde genießt auch außerhalb des Konkursverfahrens ein besonderes Lohnvorrecht. Nach § 10 Nr. 2 des R.Gef. v. 24. März 1897, betreffend die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, sollen an zweiter Stelle aus dem Käuferloß des versteigerten land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücks befriedigt werden die Ansprüche des zur Bewirtschaftung des Grundstücks angenommenen Gesindes auf Lohn, Kostgeld und andere Bezüge wegen der laufenden und der aus dem letzten Jahre rückständigen Beträge.

5. Durch Ablauf der bedungenen oder gesetzlichen Zeit.

Dauer der Dienstzeit. (§ 27 Gef.D.)

Gewöhnlich wird bei dem Abschluß von Dienstverträgen nicht ausgemacht, wie lange das Dienstverhältnis währen soll. Seitens der Herrschaft wird damit gerechnet, daß die Dauer sich nach den Leistungen und dem Betragen des Gesindes

richten werde, und die Dienstboten pflegen ihre späteren Entschlüssen davon abhängig zu machen, wie ihnen die Stelle gefällt. Hat dementsprechend keine Verabredung stattgefunden, so ist anzunehmen, daß das Gefinde **auf ein halbes Jahr** gemietet ist. Nur bei den landwirtschaftlichen Dienstboten und den Livree-Bedienten (§. 30) gilt die Dienstzeit solchenfalls als mindestens ein Jahr lang dauernd.

Es kann aus der Natur der Sache und der ganzen Art der zu leistenden Dienste deutlich hervorgehen, daß eine stillschweigende Verlängerung des Verhältnisses dem Willen der Parteien bei Abschluß des Vertrages nicht entsprechen würde, z. B. wenn eine Familie, die sich während der Schulkferien in **Harzburg** aufhält, dort ein Kindermädchen annimmt, oder wenn für einen auf 6 Wochen zum Militär eingezogenen Diener ein Erbsagmann eintritt. In beiden Fällen endet der Dienst, sofern von Anfang an der Zweck und die Dauer der zu leistenden Muthülfe genügend zum Ausdruck gekommen ist, mit dem dafür im voraus bestimmten Zeitpunkte, weil dabei auf stillschweigende Verlängerung verzichtet ist.

Kündigungsfrist. (§ 28 Ges.O.)

Wo derartige Ausnahmefälle nicht vorliegen, da gilt bei Ablauf des ersten halben (oder vollen) Dienstjahres das Verhältniß nicht als gelöst, sondern es findet Verlängerung des Vertrages um denselben Zeitraum statt, für den zuerst gemietet wurde (Absatz 1), und der gewissermaßen als eine Art Probezeit anzusehen ist. Wer aber den Vertrag lösen will, muß **drei Monate** vor Ablauf des ersten Halbjahres (bei Land- und Livreegefinde des ersten Jahres) kündigen. Ist **monatsweise** gemietet, so genügt eine Aufkündigungszeit von **14 Tagen**. Ist auf **ein Vierteljahr** der Vertrag geschlossen, so beträgt die Frist **vier Wochen** (nicht einen vollen Monat, wie oft angenommen wird). Es steht aber beiden Theilen frei, anderweitig Zeiträume für die Aufkündigung zu vereinbaren. Ebenso ist es dem Belieben der Parteien überlassen, bestimmte **Ziehzeiten** zu verabreden, da eine rechtliche Verpflichtung zur Einhaltung der gebräuchlichen Termine (1. April, 1. Juli, 1. Oktober, 2. Januar, (vergl. S. 14) nicht besteht und die Ortsüblichkeit Schwankungen unterworfen ist.

Wer die geschehene **Aufkündigung** behauptet und Rechte für sich daraus ableiten will, muß dieselbe beweisen. Eine

unbestimmte ausweichende Antwort auf die Frage der Herrschaft, ob das Gefinde über den betreffenden Zeitpunkt hinaus im Dienste bleiben wolle, ist nicht als Aufkündigung aufzufassen, sondern als Vorbehalt einer endgültigen Entschliebung, sie steht also der Annahme nicht entgegen, daß der Vertrag stillschweigend fortgesetzt werden solle.⁴⁰⁾

Es genügt dagegen für die Erklärung der Kündigungsabsicht jede dem andern Teil gegenüber vorgenommene Handlung, die einen sichern Schluß auf die Absicht gestattet, den Vertrag nicht weiter zu verlängern. Wenn z. B. der seit Neujahr 1900 auf ein Vierteljahr gemietete Diensthote am 1. März, also rechtzeitig, der Herrschaft mitteilt, daß er sich zum 1. April dess. Js. auf einer anderen Stelle vermietet habe, so liegt darin ausgedrückt, daß er an diesem Tage den bisherigen Dienst verlassen wolle⁴¹⁾. Nicht ganz so sicher ist der Schluß im umgekehrten Falle, da es auch denkbar ist, daß die Herrschaft zu dem bisherigen einen neuen Diensthoten annehmen wollte. In der Äußerung: „Sehen Sie sich sobald als möglich nach einer anderen Stelle um!“ wird regelmäßig die Auffage zum nächsten Termin zu erblicken sein.

Auch **Minderjährige** können selbständig die Kündigung aussprechen und entgegennehmen, wenn ihnen von ihrem gesetzlichen Vertreter die Ermächtigung zur Eingehung von Dienstverhältnissen gegeben ist, vgl. §. 11 (§ 113 BGB.).

Die Übergangsvorschrift des § 40 Gef.O. (§. 97) hat inzwischen wohl fast alle Dienstverhältnisse dem neuen Rechte unterstellt oder wird diese Wirkung in der nächsten Zeit haben, sodaß ein Eingehen auf die Bestimmung nicht mehr erforderlich ist.

Weil die Dauer des Dienstvertrages der freien Vereinbarung unterliegt, steht nichts entgegen, wenn die Parteien zu beliebiger Zeit sich über **sofortige** Aufhebung des Dienstverhältnisses verständigen, einerlei ob dafür genügende Gründe vorhanden sind (§. 53, 67 ff.) oder nicht. Es bedarf aber der sorgfältigsten Prüfung aller obwaltenden Umstände, um

⁴⁰⁾ Entscheidung des Kreisgerichts Wolfenbüttel v. 23. April 1868 i. S. Luidde gegen Gebhardt.

⁴¹⁾ Entsch. des Preuß. Obergerm. Gerichts Bd. 15 S. 438; Lindenberg S. 130.

festzustellen, ob wirklich ein beiderseitiger Verzicht auf fernere Beschäftigung und auf die Entschädigungsansprüche vorliegt, welche an sich dem einen oder andern Teile zustehen würden. Ein Verhalten, das nach Treu und Glauben und nach der Verkehrs-sitte zu der Annahme berechtigt, es sei über die sofortige Vertragsauflösung ohne Schadenersatz ein Einverständnis erzielt, schließt die Geltendmachung fernerer derartiger Ansprüche aus.

Beispiel. Die Herrschaft hat dem Dienstmädchen wegen irgend eines Vergehens Vorhalt gemacht und nach einigem Wortwechsel erklärt: „Wenn Ihnen das nicht paßt, können Sie sofort aufhören!“ Verläßt das Dienstmädchen daraufhin ohne weiteren Widerspruch den Dienst, so kann es nicht nachträglich Entschädigungsforderungen stellen, denn der Verlauf der Verhandlung ergibt, daß beide Teile ohne Vorbehalt damit einverstanden gewesen sind, auf der Stelle das Verhältnis zu lösen.

6. Wann ist einseitig die vorzeitige Vertragsaufhebung zulässig?

A. Seitens der Herrschaft.

Die Regel, daß der Dienstvertrag von der Herrschaft wie vom Gesinde bis zum Ablaufe der vereinbarten oder bedingenen Zeit ausgehalten werden muß, und daß nur mit **beiderseitiger** Zustimmung eine Abweichung hiervon zulässig ist, erfährt durch Zweckmäßigkeitsrück-sichten, die der Gesetzgeber anerkannt hat, eine Reihe von Einschränkungen zu Gunsten beider Teile.

Dabei unterscheidet das Gesetz zwischen denjenigen ausdrücklich aufgezählten Gründen, welche die Aufhebung **nicht** sofort, aber **nach vorhergegangener Aufkündigung** innerhalb kurzer Frist gestatten, und den Fällen, in welchen **sogleich** der Vertrag aufgelöst werden darf.

a) Aufhebung nach vorgängiger Aufkündigung.

In einigen Fällen ist die Herrschaft berechtigt, dem Diensthöten **unter Stellung der kürzesten Aufkündigungsfrist**, die das Gesetz kennt (§§ 28, 29 Abs. 2 Ges.D., vgl. S. 49),

die Mitteilung zu machen, daß er mit dem Schlusse des laufenden Monats oder Vierteljahres aufzuhören habe, je nachdem monatsweise oder auf ein Vierteljahr und länger gemietet war. Eine besondere Entschädigung (§ 34) kann alsdann nicht beantragt werden.

Es ist aber in diesen Fällen erforderlich, daß bei monatsweise angenommenem Gesinde **vierzehn Tage** vor Ablauf des Monats, bei vierteljährlich und länger gemieteten Dienstboten **vier Wochen** vor diesem Zeitpunkte die Kündigung ausgesprochen wird. Der Grund für diese Einschränkung liegt darin, daß die Gelegenheit zum Abschluß eines anderen Dienstvertrages beiden Teilen durch die Beobachtung der Frist erleichtert werden soll.

Ein am 1. Januar 1900 auf ein halbes Jahr eingestelltes Dienstmädchen kann am 4. März zum 1. April dess. Jrs. unter folgenden Voraussetzungen gekündigt werden:

§ 29 Nr. 1 Gef.D.

1. wenn ihm die nötige Geschicklichkeit zur **Bejorgung der ihr nach Bestimmung der Herrschaft obliegenden Geschäfte** fehlt, z. B. wenn ein Haus- und Küchenmädchen nichts vom Kochen versteht und begreift.

Gleichgültig ist es, ob dieser Mangel die Folge eigenen Verschuldens ist oder auf Zufall beruht, ferner ob er von Anfang an vorhanden war oder erst später eintritt.

Hat das Gesinde bei der Vermietung **ausdrücklich auf Befragen** erklärt, es besitze irgend eine bestimmte Fähigkeit, auf die es der Herrschaft ganz besonders ankam, (z. B. die Eigenschaft „perfekt“ kochen zu können), so berechtigt der sich später herausstellende gänzliche Mangel dieser Fertigkeit die Herrschaft sogar zu der **sofortigen Entlassung** (§ 31 Nr. 14, vgl. S. 62).

§ 29 Nr. 2 Gef.D.

2. wenn sich das Gesinde mit der ihm verabreichten Kost ohne genügenden Grund und trotz wiederholter, deshalb von der Herrschaft erteilter Zurechtweisungen unzufrieden zeigt und diese Stimmung in einer verächtlichen Weise zu erkennen giebt.

Es genügt also nicht irgend eine abfällige

Äußerung über mangelhaftes Essen, sei es, daß sie gegen die Herrschaft, gegen das Mitgesinde oder dritte Personen gebraucht wird, sondern es muß mehrfach, mit einer gewissen Hartnäckigkeit, ohne ausreichende Veranlassung an dem gesund, genießbar und hinreichend gewährten Essen (§ 21 Abs. 1 Ges.D., vgl. S. 30) eine tadelnde Kritik geübt, und das wiederholte Verbot dieser Ungehörigkeit seitens der Herrschaft muß unbeachtet geblieben sein. Es ist also erst bei dem **dritten** Verstoße die Aufkündigung statthaft.

Man wird sich kaum der Empfindung erwehren können, daß die Langmut der Herrschaft damit auf eine etwas harte Probe gestellt wird. Es darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß das Gesinde **auf der Stelle** entlassen werden kann, sobald es zu ehrenrühriger Nachrede, zu Schimpf- oder Schmähworten gegen die Herrschaft übergeht (§. 54, § 31 No 1 Ges.D.) Andererseits giebt gänzliche Verweigerung der Kost zur bestimmten Zeit durch die Herrschaft dem Gesinde das Recht, sogleich aufzuhören (§ 69, § 32 Nr. 5 Ges.D.)

§ 29 No. 3 Ges.D.

- 3. wenn das Gesinde in Bezug auf Kleidung einen seinen Verhältnissen nicht angemessenen Aufwand treibt und wiederholten, hierauf gerichteten Zurechtweisungen der Herrschaft keine Folge leistet.** (S. 19).

Es ist zweifelhaft, ob trotz der Vorliebe mancher Dienstboten für Putz und auffällige Tracht diese Bestimmung jemals Anwendung gefunden hat.⁴²⁾ Bei beharrlichem Ungehorsam ist übrigens sofortige Entlassung nach § 31 Nr. 2 statthaft (S. 55).

b) Aufhebung ohne vorgängige Aufkündigung.

Die ganz allgemein gehaltene Vorschrift des § 626 BGB., wonach ein Dienstverhältnis von jedem Teile sofort gelöst werden kann, wenn ein **wichtiger Grund** vorliegt, ist

⁴²⁾ Die Landtagskommission (vgl. Anm. 16) hat schon 1864 die Streichung empfohlen, die Vorschrift hat sich indes selbst in die abgeänderte Gesindeordnung noch hinüber gerettet.

von der Gefindeordnung übernommen. Es ist aber gleichzeitig für eine Anzahl von Fällen der Zweifel darüber ausgeschlossen, ob sie unbedingt als Auflösungsgrund anzusehen sind, auch wenn etwa gewisse Milderungsgründe vorhanden sein sollten.⁴³⁾

Die nachfolgenden Gründe, deren Aufzählung also eine Richtschnur giebt, die aber im Wege der Analogie ergänzt werden können, rechtfertigen unter allen Umständen die sofortige Entlassung:

1. **Das Gefinde hat die Herrschaft oder deren Familie durch Thätlichkeiten, Bedrohung mit solchen, durch Schimpf- und Schmähworte oder ehrenrührige Nachrede beleidigt oder durch böshafte Aufhebungen Zwistigkeiten in der Familie anzustiften gesucht.**

Daß eine **grobe** Beleidigung vorliegen muß, ist in der Bestimmung nicht zum Ausdruck gebracht (vgl. dagegen z. B. § 123 Nr. 5 R.Gewerbe-Ordnung). Immerhin wird auf die Standesverhältnisse der Herrschaft, auf das Alter der etwa beleidigten Angehörigen derselben, auf die Form und die Umstände der Kundgebung des Gefindes Rücksicht zu nehmen sein (s. Urteil des Landgerichts Braunschweig, 1. Civilkammer, v. 11. Okt. 1897 in S. von Pöllnitz gegen Menz). Symbolische Beschimpfung (durch Geberden und dgl.) wird als „wichtiger Grund“ in ähnlicher Weise die sofortige Entlassung möglich machen.

Zur „Familie“ der Herrschaft gehören nicht nur diejenigen Personen, welche in die Hausgemeinschaft aufgenommen sind und Familienanschluß genießen, sondern auch die außerhalb derselben lebenden nächsten Angehörigen der Herrschaft (Eltern, Schwiegereltern, Geschwister, Kinder).

Das Nebengefinde gehört zwar mit zur Hausgemeinschaft, aber nicht zur Familie im obigen Sinne. Die Aufhebung des Nebengefindes zum Ungehorsam kann

⁴³⁾ Anders die Anhaltische Gefindeordnung v. 21. April 1899 §§ 34, 35: „sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen“ (Mühlenbein S. 28; vgl. auch das neue Handelsgesetzbuch v. 10 Mai 1897 §§ 71, 72). Die Preussische Gef.O. beschränkt sich auf die Aufzählung bestimmter Fälle, §§ 117 ff.

aber ebenfalls ein „wichtiger Grund“ für die Entlassung sein, was bisher zweifelhaft war (Braunschw. Zeitschr. f. Rechtspf. Bd. 22 S. 186.)

Eine Strafvorschrift bei gröblicher Verletzung der Ehrerbietung gegen die Herrschaft oder deren Stellvertreter enthält § 14 Nr. 6 PStrGV., vergl. dazu die nächsten Absätze; auch Beleidigungen *nach* der Entlassung sind bei der Entscheidung zu berücksichtigen (S. 65).

2. Das Gefinde zeigt beharrlichen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft.

Es kommt darauf an, ob das Gefinde innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit mehrfach Befehle der Herrschaft mit dem Bewußtsein der Zuwiderhandlung⁴⁴⁾ und in der Absicht, nicht zu gehorchen, unbeachtet gelassen hat. Dies kann entweder geschehen, wenn ein und derselbe Befehl wiederholt von der Herrschaft gegeben und andauernd nicht befolgt ist, oder wenn zwei verschiedene Aufträge hinter einander keine Berücksichtigung gefunden haben. — Bei der „Widerspenstigkeit“ wird kein wiederholter Befehl der Herrschaft vorausgesetzt, wohl aber der hartnäckig bekundete Entschluß, dem Geheiß der Herrschaft gegenüber den eigenen Willen zur Geltung zu bringen. Unrichtig ist die Auffassung, daß mindestens drei Fälle des Ungehorsams oder der Widerspenstigkeit festgestellt sein müßten, bevor die Entlassung angängig sei⁴⁵⁾

Auch den Vertretern der Herrschaft, die als solche dem Gefinde bekannt sind, ist es Gehorsam schuldig. Verstößt es gegen diese Pflicht, z. B. bei Befehlen der Hausdame, des Gutsinspektors usw., so hat es ebenfalls sofortige Verabschiedung zu gewärtigen.⁴⁶⁾

Dies führt zur Besprechung des nächsten Falles:

⁴⁴⁾ Goldammer's Archiv Bd. 41 S. 319. Auch das Reichsgericht hält in einem Urteile v. 11. Juni 1891 nicht bloße Nachlässigkeit, sondern beharrlichen bösen Willen für ausschlaggebend, vergl. „Selbstverwaltung“ v. 1891 S. 616.

⁴⁵⁾ Erkenntnis des 1. Senats des Obergerichts Wolfenbüttele vom 7. Sept. 1869 i. S. Wendt gegen Ventnagel.

⁴⁶⁾ Juristische Wochenschrift v. 1891 S. 37.

3. Das Gefinde widersezt sich den Verwaltern, Hofmeistern und andern von der Herrschaft zur Aufsicht über das gewöhnliche Gefinde bestellten Personen mit Thätlichkeiten oder groben Schimpf- und Schmähreden bei Ausübung ihres Dienstes.

Diese Bestimmung ist nicht nur für das **landwirtschaftliche** Gefinde, wie man aus der Bezeichnung der Aufsichtspersonen schließen könnte, sondern auch bei dem **Hausgefinde** im engeren Sinne von Bedeutung, z. B. bei Beleidigungen gegenüber einer „Stütze der Hausfrau“, welche die Wirtschaft leitet. Ausgeschlossen sind die Fälle, in denen nur **vorübergehend** eine Beaufsichtigung stattfindet, insbesondere durch solche Personen, die selbst zum gewöhnlichen Gefinde rechnen und nach dem Dienstvertrage nicht eine mehr geistige Thätigkeit, sondern gemeine Dienstleistungen mit eigenen Händen zu verrichten haben (Lindenberg S. 10).

Der Unterschied mit Nr. 1 (Ehrenkränkung der Herrschaft) liegt hauptsächlich in zwei Punkten: nur **Thätlichkeiten**, nicht auch Bedrohung mit solchen⁴⁷⁾, und nur **grobe**, nicht einfachere Schimpf- und Schmähreden rechtfertigen schlechthin die Entlassung. Außerdem muß durch dieselben dem Aufsichtführenden **in Ausübung seines Amtes**, also im dienstlichen Verhältnis Widerstand entgegengesetzt sein. Eine **außerdienstliche** Thätlichkeit fällt nicht unter die Bestimmung des § 31 Nr. 3. Ich halte es aber für zweifellos, daß z. B. ein Dienstknecht, der seinen Hofmeister im Dorfwirtshause ohrfeigt, damit regelmäßig einen „wichtigen Grund“ zur sofortigen Entlassung gegeben hat, da es Zucht und Ordnung untergraben und zu erheblichen Unzuträglichkeiten führen würde, wenn noch Monate hindurch die Beschäftigung stattfinden müßte.

Selbstverständlich wird bei Prüfung der Sachlage auf die begleitenden Umstände Gewicht zu legen sein, insbesondere darauf, ob der Vorgesetzte sich in recht-

⁴⁷⁾ Die Bedrohung mit Thätlichkeiten gegenüber der Herrschaft ist erst von der Landtagskommission in die abgeänderte Gefindeordnung als unbedingter Entlassungsgrund eingeschaltet (Anl. 264 der Verhandlungen v. 1899).

mäßiger Ausübung seines Dienstes befand, und ob er nicht durch eine vorangegangene Beleidigung den Untergebenen zu augenblicklicher Aufwallung gereizt hatte; eine an sich grobe Aeußerung kann danach in manchem Falle milder zu beurtheilen sein⁴⁸⁾.

4. Das Gefinde verleitet die Kinder der Herrschaft zum Bösen oder pflegt verdächtigen Umgang mit ihnen.

Hierbei sind nicht nur Sittlichkeitsvergehen und Verbrechen (§§ 175 ff. RStGB.), sondern auch sonstige nach dem Strafgesetze oder nach den Vorschriften der Moral verwerfliche Handlungen zu berücksichtigen, ähnlich wie im § 123 Nr. 7 R.Gewerbeordnung, wonach die sofortige Entlassung gewerblicher Arbeiter erfolgen kann, wenn sie Familienangehörige des Arbeitgebers oder seiner Vertreter oder Mitarbeiter (s. unten Nr. 6) zu Handlungen verleiten oder zu verleiten versuchen oder mit Familienangehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter Handlungen begehen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten verstoßen.

Die gewerberechtliche Vorschrift ist dem Wortlaute nach weitergehend. Bei dem engeren Verhältnis aber, das die Gefindeordnung zwischen der Familie der Herrschaft und dem Diensthoten voraussetzt, wird man nicht fehlgehen, wenn man je nach der Schwere des Falls auch den Versuch der Anstiftung zu verwerflichen Handlungen und die Verleitung von andern zur Haushaltungsgemeinschaft gehörigen Personen als hinreichenden Grund für die Verabschiedung ansieht.

5. Das Gefinde macht sich des Diebstahls oder der Veruntreuung schuldig.

Ein Diebstahl liegt vor, wenn das Gefinde eine fremde bewegliche Sache jemandem in der Absicht rechtswidriger Zueignung wegnimmt (§ 242 RStrGB.). Eine Unterschlagung⁴⁹⁾ wird begangen durch die rechts-

⁴⁸⁾ Entsch. des Reichsoberhandelsgerichts Bd. 9. S. 310 ff.; Jurist. Wochenschrift v. 1892 S. 275.

⁴⁹⁾ Als solche ist die „Veruntreuung“ in der Regel zu betrachten, vgl. Striethorst, Archiv Bd. 97 S. 99; auch Fehlerei kann in Frage kommen, eventl. als „wichtiger Grund“.

widrige Zueignung eines jemand anders gehörenden beweglichen Gegenstandes, den der Diensthote in Besitz oder Gewahrsam hat (§ 246 daf.; wegen der Livree vgl. S. 31 Anm. 26).

Es ist vollkommen gleichgültig, ob die strafbare Handlung gegen die Herrschaft selbst, gegen deren Angehörige, das Mitgefinde oder dritte Personen gegangen wird. Mit Recht ist diese Abweichung von dem preussischen Muster durch die Landesversammlung bei der Beratung der Gefindeordnung von 1832 eingefügt⁵⁰⁾, weil die bewiesene Unehrllichkeit in jedem Falle zur sofortigen Vertragslösung berechtigen müsse.

Der **Versuch**, die **Anstiftung** und die **Beihilfe** sind gesetzlich nicht ausdrücklich gleichgestellt, wie es die Landtagskommission von 1864 unter Nr. 17 vorge schlagen hatte, indes wird in den meisten Fällen auch bei ihnen die Entlassung erfolgen dürfen, da das Vertrauensverhältnis die Fortsetzung des Dienstes nicht wohl gestattet.

Die Bestrafung des Gefindes wegen Diebstahls oder Unterschlagung einer Sache **von unbedeutendem Werte** tritt nur **auf Antrag** der geschädigten Herrschaft ein (§ 247 RStGB.). Der Strafantrag kann zurückgenommen werden, bis ein Urteil vom Gericht verkündet ist (§ 64 daf.).

Nicht ein Diebstahl, sondern nur ein sog. „Mundraub“ (§ 370 Nr. 5 daf.) liegt vor, wenn das Gefinde Nahrungs- oder Genußmittel von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbrache verwendet. Die Herrschaft kann also **nachhafte** Diensthoten nicht auf der Stelle entlassen, sie ist aber neben dem Rechte, durch entsprechenden Antrag ihre Bestrafung herbeizuführen, dazu befugt, den Diensthoten, der eine ernstliche Verwarnung wegen dieser Untugend erhalten hat und diese beharrlich außer Acht läßt, auf Grund von Nr. 2 (i. oben S. 55) sogleich zu verabschieden.

Die Herrschaft kann bei hinreichenden Verdachtsgründen die Habseligkeiten des Gefindes durch polizei-

⁵⁰⁾ Verhandlungen Nr. 63 und 91.

liche Beamte untersuchen lassen, wobei im Notfalle Aufbrechen verschlossener Behälter statthaft ist. Sollte Gefahr im Verzuge sein, so darf die Herrschaft die Durchsuchung auch auf eigene Hand vornehmen.

6. Das Gefinde verleitet die mit ihm beschäftigten Dienstboten „zu dergleichen Lastern“.

Hierunter sind nicht nur Diebstähle und Unterschlagungen, sondern auch die übrigen Verstöße zu verstehen (Nr. 1—4)⁵¹⁾. Vom **Versuche** und der **Beihülfe** gilt wie bei Nr. 4, daß sie in geeigneten Fällen zur Rechtfertigung der Entlassung hinreichend sind.

7. Das Gefinde nimmt auf der Herrschaft Namen ohne deren Vorwissen Geld oder Waren auf Borg.

Nach § 37 Absatz 1 Ges.D. haftet die Herrschaft nicht für Bezahlung der auf ihren Namen vom Gefinde gekauften Waren und geliehenen Gelder, falls sie nicht dem Dienstboten entweder einen Kredit bei dem betreffenden Gläubiger eröffnet oder das Kontobuch anvertraut hatte, welches sie mit dem Verkäufer zur Eintragung der abzugebenden Waren und Preise hält. Wenn also jemand ohne derartige Ermächtigung dem Dienstboten Kredit gewährt, so geschieht dies auf sein Risiko und die Herrschaft kann es, falls sie nicht durch Empfang der Waren u. s. w. bereichert ist, allenfalls auf einen Prozeß ankommen lassen. Da indes hierdurch immerhin Weiterungen entstehen können, durch welche das Ansehen der Herrschaft leidet, so ist dem unbefugt borgenden Gefinde die Entlassung angedroht.

Nicht erforderlich ist für deren Zulässigkeit eine **betrüglige Handlungsweise** (Entnahme von Waaren, Kleidungsstücken u. s. w. in **eigenem Interesse** auf den Namen der Herrschaft).

Die Erlaubnis, auf Borg zu entnehmen, kann stillschweigend erteilt sein, z. B. wenn es bisher üblich war, die Waren sich auf Kredit geben zu lassen, ohne daß die Herrschaft dies verboten hatte. Auch bringt es selbstverständlich die nützliche Geschäftsführung mit sich, wenn ein Dienstmädchen, das durch irgend ein

⁵¹⁾ Lindenberg S. 138; Jacobi S. 180.

Versehen, durch Preisausschlag u. dgl. nicht genug Geld zur sofortigen Bezahlung der eingekauften Waaren mitgenommen hat, den fehlenden Betrag anschreiben läßt. Nur das **unbefugte**, leichtsinnige oder arglistige Kreditnehmen soll durch die Vorschrift getroffen werden.

8. Das Gesinde ist wiederholt ohne Wissen und Erlaubnis der Herrschaft über Nacht aus dem Hause geblieben.

Ein einmaliges Fortbleiben berechtigt die Herrschaft nicht zur Entlassung, es müßte denn zugleich eine Widerspenstigkeit oder ein beharrlicher Ungehorsam darin enthalten sein (S. 55, Nr. 2). — Es kommt nicht darauf an, ob der Diensthote während der **ganzen** Nacht ausgeblieben ist, aber eine gewisse Dauer der Abwesenheit wird allerdings vorausgesetzt: es reicht hin, wenn das Ausbleiben während eines **erheblichen** Theils der Nacht zu einer Zeit erfolgte, in der die Herrschaft das Zuhausesein des Gesindes nach der Sitte und der Hausordnung erwarten konnte.⁵²⁾

Unter dem Begriffe „Haus“ ist die Wohn- oder Schlafstätte zu verstehen. Bei einem **Schäferknecht**, der mehrmals des Abends die seinem Schutze anvertraute, im Felde befindliche Herde verlassen hat, um erst am folgenden Tage zurückzukehren, ist die Bestimmung für anwendbar gehalten.⁵³⁾

Unbefugte Entfernung aus der Behausung über Nacht ist strafbar nach § 14 Nr. 6 PStGB.

9. Das Gesinde geht mit Feuer und Licht trotz vorangegangener Warnungen unvorsichtig um.

Es braucht nach dieser Vorschrift (vgl. auch § 123 Nr. 4 R.Gew.Ordn.) keineswegs abgewartet zu werden, bis irgend ein Brandschaden kleinerer oder größerer Art durch die Fahrlässigkeit des Diensthboten verursacht ist, es ist aber, abweichend vom Gewerberechte, eine **mehrmalige** Verwarnung die Voraussetzung.

10. Das Gesinde hat, auch ohne gewarnt zu sein, durch sein Verschulden einen Brandschaden hervorgerufen.

⁵²⁾ Striethorst, Archiv Bd. 44 S. 324. Dernburg, Privatrecht Bd. 2 § 197 Anm. 9; vgl. ferner Nr. 12, unten S. 61.

⁵³⁾ Braunschw. Zeitschrift f. Rechtspflege Bd. 9 S. 175.

Die Herrschaft ist dritten Personen bei entstehendem Brandungslied für die Handlungen des Gefindes haftbar nach §§ 273, 840 Abs. 2 BGB., vgl. § 37 Abs. 2 Gef.D.

11. Das Gefinde zieht sich durch liederliche Aufführung ansteckende oder ekelhafte Krankheiten zu.

Die liederliche Aufführung des Gefindes ist an und für sich nicht ausdrücklich gleichgestellt, sie kann aber als „wichtiger Grund“ in Betracht zu ziehen sein, insbesondere bei Aufnahme von männlichen Personen in das Schlafzimmer des Dienstmädchens.⁵⁴⁾ Auch bildet liederliches Verhalten gegen die Hausgenossen und Angehörigen der Herrschaft, sowie Schwangerschaft einen selbständigen Entlassungsgrund (Nr. 4, 6 und 16).

War eine Geschlechtskrankheit schon beim Dienstantritt vorhanden, so darf die Herrschaft die Annahme des Gefindes verweigern (§ 11 Nr. 3 Gef.D., oben S. 24 Nr. 3.⁵⁵⁾

Die Landtagskommission von 1864 wollte bei jeder ansteckenden oder ekelerregenden Krankheit, die durch eigene Schuld des Gefindes eingetreten ist, die sofortige Entlassung gestatten. Für derartige Fälle behält es indes bei Nr. 18 (unten S. 63) sein Verwenden.

12. Das Gefinde, das sich ohne Erlaubnis der Herrschaft seines Vergnügens halber aus deren Hause entfernte, über die erlaubte oder zu dem Geschäfte erforderliche Zeit ausblieb oder sonst den Dienst mutwillig vernachlässigte, hat diese Fehler trotz wiederholter Verwarnung nicht abgelegt.

Es muß in diesen Fällen also eine mindestens zweimalige Ermahnung erfolgt sein, bevor ein folgender Verstoß die Entlassung rechtfertigt (vgl. Nr. 8 S. 60).

13. Der Diensthote, der dem Trunke oder Spiele ergeben ist oder durch Bänkereien oder Schlägereien mit seinem

⁵⁴⁾ Strafvorschrift in § 14 Nr. 6 PSiGB. (unten S. 112); Jacobi S. 186.

⁵⁵⁾ Nach § 8 Nr. 5 PSiGB. wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bedroht, wer, wissentlich an einem ansteckenden Übel leidend, mit Verheimlichung desselben sich als Diensthote verdingt, oder wer, im Dienste von einem solchen Übel befallen, solches der Herrschaft verheimlicht (S. 24 Nr. 3, S. 97).

Mitgefinde den Hausfrieden stört, ändert dies Betragen trotz Verwarnung nicht.

Hier ist eine einmalige Vermahnung ausreichend, sie gilt aber als Voraussetzung nicht nur für zänkisches, sondern auch für trunt- oder spielsüchtiges Gefinde.

14. Dem Diensthoten fehlt die Fähigkeit vollständig, wegen deren besonders die Herrschaft ihn mieten wollte, und deren Besitz er auf Befragen bei der Vermietung ausdrücklich beteuert hat.

Die Entlassung ist also nur statthaft, wenn das im Hinblick auf bestimmte, zugesicherte Fähigkeiten angenommene Gefinde völlig diese Eigenschaften entbehrt, während die Aufkündigung zum nächsten Termine (§. 52 Nr. 1, Gef.D. § 29 Nr. 1) schon bei dem Mangel der nötigen Geschicklichkeit erfolgen kann.

15. Der Diensthote wird auf länger als acht Tage von der Obrigkeit (Polizeibehörde, Staatsanwaltschaft, Gericht) gefänglich eingezogen.

Es kommt nichts darauf an, ob es sich um Untersuchungs-, Straf-, Zwangs- oder sonstige Haft handelt, ob die Haft verschuldet oder unverschuldet war.

Bei einer selbstverschuldeten Haft, die kurze Zeit dauert, kann die Herrschaft zweifellos auch den Lohn wegen der fehlenden Gegenleistung kürzen, da § 616 BGB. (§. 31) nicht zutrifft; auch ist sie berechtigt, auf Kosten des Diensthoten für Stellvertretung zu sorgen.

16. Weibliche Diensthoten, die schwanger werden, können sogleich entlassen werden. (§. 61, § 11 Nr. 4 Gef.D.).

Falls indes die sofortige Entlassung mit Gefahr für Leben oder Gesundheit des Gefindes verbunden ist, so muß die Herrschaft dasselbe, auch wenn Krankenversicherungspflicht und Rassenmitgliedschaft besteht, so lange bei sich behalten, bis von der Polizeibehörde für ein anderes Unterkommen gesorgt ist (§. 34 Num. 29, § 22 Abf. 3 Gef.D.).

Uebrigens gilt der Krankenkasse gegenüber die Schwangerschaft und das Wochenbett bei gewöhnlichem Verlaufe nicht als Krankheit. Tritt aber eine Erkrankung (Kindbettfieber oder dgl.) hinzu, so hat die Krankenkasse die Fürsorge zu übernehmen. Wochen-

bettunterstützung in Höhe des 4—6 wöchentlichen Krankengeldes wird nicht von der Gemeindefrankenversicherung, wohl aber von den Ortskrankenkassen gezahlt (§ 20 Kr.Verf.Ges.).

Hat der Dienstherr selbst die Schwangerschaft verursacht, so steht ihm kein Entlassungsrecht zu.⁵⁶⁾

17. Die Herrschaft ist von dem Gesinde bei der Annahme durch Verfälschung der in dem Dienstbuche enthaltenen oder sonst beigebrachten Zeugnisse hintergangen.

Die Dienstboten sind in derartigen Fällen nach § 363 RStrGB. strafbar (Haft bis zu 6 Wochen, Geldstrafe bis zu 150 M.). Der Verfälschung ist die fälschliche Anfertigung oder der wissentliche Gebrauch gefälschter Zeugnisse gleichgestellt, ebenso die Benutzung der für jemand anders ausgefertigten, an sich echten Urkunden.

18. Das Gesinde wird durch eine langwierige, die Dauer von vier Wochen übersteigende Krankheit an der Fortsetzung des Dienstes verhindert.

Dieser Entlassungsgrund, der in der preussischen Gesindeordnung fehlt⁵⁷⁾, kann sich unter Umständen schon bei Beginn der Krankheit als gegeben herausstellen. Ist es alsdann mit Sicherheit anzunehmen, daß der Dienstbote über 4 Wochen zur Arbeit außer Stande sein werde, so kann sofort die Entlassung erfolgen, und es ist nicht nötig, den Ablauf der 4. Woche abzuwarten. (S. 33).

Die aufgezählten 18 Fälle gelten nach dem, was S. 53 f. über die allgemeine Zulassung wichtiger Gründe gesagt ist, nur als Beispiele. Trifft ihr Thatbestand zu, oder sind aus anderen Gründen von einer Fortsetzung der Haushaltsgemeinschaft und des Dienstverhältnisses erhebliche Unzuträglichkeiten für die Herrschaft zu erwarten, so ist die sofortige Aufhebung des Vertrages ohne weitere Entschädigung gestattet.

⁵⁶⁾ Braunschw. Zeitschrift f. Rechtspflege Bd. 19 S. 231 ff.

⁵⁷⁾ Er ist auf Anregung der Landtagskommission eingeschaltet, vgl. Protokoll vom 12. und 14. September 1832, Verhandlungen Nr. 64.

Beispiel. Die Dienstherrschaft erfährt erst nach der Annahme und dem Eintritt des Gesindes, daß daselbe bei der vorigen Herrschaft Diebereien begangen, welche von jener aus falschem Mitleid im Dienstbuche der Wahrheit zuwider nicht als Grund des Austritts bezeichnet und überhaupt nicht erwähnt sind.

Fernere Beispiele: Das Gesinde macht sich vorzüglich erheblicher Beschädigungen von Sachen der Herrschaft schuldig, oder es ist in hohem Grade mit Ungeziefer behaftet, oder es verrät absichtlich wichtige Dienst-, Geschäfts-, Familiengeheimnisse, die es vermöge seiner Vertrauensstellung in Erfahrung gebracht hatte und deren Geheimhaltung ihm zur Pflicht gemacht war, aus Rache, aus Gewinnsucht und dgl. an dritte Personen.

Bei den Fällen, in welchen nach § 29 (S. 52) die Aufkündigung **innerhalb kurzer Frist** der Herrschaft gestattet ist, wird man die sofortige Entlassung für ausgeschlossen halten müssen, ebenso bei Tod, Konkurs, Wirtschafsaufgabe der Herrschaft (S. 45—47).

Will die Herrschaft von der gesetzlichen Befugnis, den Dienstvertrag sogleich zu beenden, Gebrauch machen, so empfiehlt es sich dringend, **alsbald** eine entsprechende Erklärung dem Dienstboten abzugeben, damit nicht ein längere Zeit hindurch fortgesetztes Unterlassen der Vertragsauflösung als Verzeihung und Verzicht gedeutet werden kann⁵⁸⁾. Selbstverständlich steht auch nichts entgegen, daß Herrschaft und Gesinde sich darüber verständigen, es solle die Auflösung des Vertrages nicht sofort, sondern etwa unter Beobachtung der gesetzlichen oder einer anderen Frist (§ 29, oben S. 52) erfolgen. Gelingt aber diese Vereinbarung nicht, so darf die Herrschaft nicht **einseitig** statt der sofortigen Entlassung die Aufkündigung zu einem beliebigen späteren Termin ausführen⁵⁹⁾. Zulässig und sogar der Billigkeit entsprechend ist es dagegen, eine kurze Frist, z. B. von drei Tagen, zu setzen, **binnen**

⁵⁸⁾ Reichsgerichtsentscheidungen Bd. 38 S. 161; vgl. § 123 Absatz 2 der H.Gewerbe-Ordnung, wo die Frist von einer Woche gestellt ist.

⁵⁹⁾ Braunschw. Zeitschrift für Rechtspflege Bd. 10 S. 69.

welcher das Gefinde den Dienst zu verlassen hat. Will es dann sofort gehen, so soll man ihm nichts in den Weg legen.

Polizeiliche Anzeige der Entlassung (§ 31, Schlußsatz, Gef.D.).

In allen derartigen Fällen hat nach § 31 (Schlußsatz) Gef.D. die Herrschaft, bevor sie den Diensthoten wirklich fortgehen läßt, hiervon und von der Ursache der beabsichtigten Entlassung Anzeige bei der Polizeibehörde zu machen.

Wird diese Bestimmung, deren Erfüllung wegen der meldepolizeilichen Vorschriften ohnehin erforderlich ist, von der Herrschaft unbeachtet gelassen, so besteht die an sich begründete Entlassung gleichwohl zu Recht⁶⁰⁾, und eine Strafvorschrift ist hier nicht gegen die Herrschaft gegeben, während sie für das Gefinde besteht (§. 70, § 32 Abs. 2 Gef.D.).

Tritt nach der sofortigen, an sich nicht genügend gerechtfertigten Entlassung ein Fall ein, der als gesetzlich vorgesehener oder sonst „wichtiger“ Grund anzusehen sein würde, so kommt dies zu Gunsten der Herrschaft in Betracht, z. B. wenn das Gefinde sich nach der Auffage in gröblichen Schmähreden ergeht.

B. Wann kann das Gefinde vorzeitig den Dienstvertrag aufheben?

a) Nach vorgängiger Aufkündigung.

Auch dem Gefinde ist aus Erwägungen der Zweckmäßigkeit und Billigkeit das Recht eingeräumt, unter gewissen Voraussetzungen das Dienstverhältnis vorzeitig zu lösen.

Zum nächsten gesetzlichen Termine, d. h. bei monatsewige geschlossenem Verträge mit Ende des laufenden Monats, bei vierteljährlichen oder längeren Abmachungen mit Schluß des Vierteljahres (vergl. §. 52) ist die Auflösung nach zweis- bzw. vierwöchentlicher Aufkündigung statthaft:

⁶⁰⁾ Urteil des I. Senats des Oberlandesgerichts Wolfenbüttel v. 14. Mai 1869 i. S. Bahldiel gegen von Henninges.

§ 30 Gef.D.

1. wenn der Lohn nicht regelmäßig und vollständig gezahlt wird.

Über die Höhe und Fälligkeit des Lohnes entscheidet die Vereinbarung (§. 27). Auch Abzüge, die ungesetzlich sind, z. B. ein größerer Betrag an Krankenkassen- oder Invalidenbeiträgen, als er dem Gesinde nach (§. 21—22, 42) zur Last fällt, oder eine zur Deckung fremder Forderungen vom Lohne abgesetzte Summe, berechtigen den Dienstboten zur Aufkündigung, wenn die Herrschaft trotz Widerspruchs auf der Maßregel beharrt.

Unzutreffend ist es, wenn angenommen wird⁶¹⁾ daß kleine Verzögerungen überhaupt nicht in Betracht kämen. Voraussetzung ist aber, daß die Herrschaft sich vergeblich hat mahnen lassen. Wollte man ihr bei Säumnigkeit noch mehr Nachsicht gewähren, so würde die Grenze zwischen geringen und größeren Verzögerungen schwer zu finden sein und der Willkür überlassen bleiben.

Wird der Lohn zur bestimmten Zeit **gänzlich** verweigert, so darf das Gesinde sogleich aufhören (§ 69, § 32 Nr. 5 Gef.D.).

§ 30 Gef.D.

2. wenn der Dienstbote durch Heirat oder anderwärts zur Übernahme oder Errichtung einer eigenen Wirtschaft Gelegenheit findet und erweislichen Schaden durch verzögerte Benützung dieser Möglichkeit haben würde.

Diese Bestimmung gilt ebenso wie die ähnliche Vorschrift in § 12 Nr. 4 Gef.D. (§. 16 Nr. 3), für männliche und weibliche Dienstboten gleichmäßig.⁶²⁾

Einen sehr selten vorkommenden Fall bespricht § 30 Nr. 3 Gef.D. Die Aufhebung des Vertrages vor Ablauf der Mietzeit ist nach der Bestimmung in § 624 BGB., welche laut Art. 95 Abs. 2 des Einführungsgesetzes auf den Gefindedienst anwendbar sein soll, auch

⁶¹⁾ Lindenberg S. 148 bei § 145 Preuß. Gef.D.

⁶²⁾ Jacobi S. 195 § 147 Anm. 2.

dann zulässig, wenn das Dienstverhältnis für die Lebenszeit des Diensthboten oder für länger als 5 Jahre eingegangen ist. In diesem Falle darf der Diensthbote (nicht auch die Herrschaft) das Verhältnis nach dem Ablauf der 5 Jahre mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist aufheben.

§ 32 Gef.D.

b) Wann darf das Gesinde sofort aufhören?

Auch dem Gesinde erlaubt das Gesetz, ohne vorgängige Aufkündigung sogleich den Vertrag aufzulösen, wenn ein **wichtiger Grund** vorliegt⁶³), und als eine Reihe von Beispielen, welche die Aufhebung ohne weiteres gestatten, sind folgende aufgeführt:

1. Das Gesinde wird durch Mißhandlungen seitens der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit verletzt.

Daß die Herrschaft ein Züchtigungsrecht nicht hat, ist §. 18, 25 ausgeführt.

Es genügt aber nicht irgend eine leichtere Thätlichkeit der Herrschaft, sondern nur eine **gefährliche** oder **erhebliche** Mißhandlung. Wenn Angehörige der Herrschaft das Gesinde mißhandeln, so kann dasselbe deshalb nicht in jedem Falle aufhören (Entsch. des Preuß. Obergerwaltungsgerichts Bd. 30 S. 435), es sei denn, daß die Mißhandlung mit Wissen und Willen der Herrschaft erfolgt wäre oder sonst ihrer Art und Schwere nach einen „wichtigen Grund“ abgäbe. Das Gesinde darf unbedingt verlangen, daß es gegen derartige Mißhandlungen nachdrücklich durch die Herrschaft geschützt werde, und wenn diese sich solcher Verpflichtung entzieht, wird man die sofortige Aufhebung zulassen dürfen.

2. Die Herrschaft hat das Gesinde mit ungewöhnlicher Härte behandelt.

⁶³) Die soeben unter a (§. 65 ff., § 30 Gef.D.) aufgeführten Fälle geben einen wichtigen Grund zur sofortigen Auflösung nicht ab, da sie nur nach Aufkündigung in gesetzlicher Frist das Aufhören gestatten.

Gefahr für Leben oder Gesundheit bildet dabei nicht Voraussetzung; jede auffällige Härte der Gefinnung kommt in Betracht.

Beispiele. Die Herrschaft untersagt es dem Dienstmädchen trotz dessen dringender Bitte beharrlich, auf kurze Zeit die schwerkranken Eltern zu besuchen oder an deren Begräbnis teilzunehmen, oder sie handelt hartnäckig den sonstigen Vorschriften (§. 25 ff., § 20 Gef.D.) entgegen, welche ihr die Rücksichtnahme auf die Religion, Gesundheit, Sittlichkeit, auf die nötige Erholung und auf Beforgung der eigenen Angelegenheiten des Gefindes zur Pflicht machen;⁶⁴⁾ auch schwere Ehrverletzungen fallen unter die Bestimmung.

3. Die Herrschaft hat das Gefinde zu Handlungen, welche wider die Gesetze oder die guten Sitten gehen, verleiten wollen.

Es sind (wie §. 57 Nr. 4, § 31 Nr. 4 Gef.D.) hierbei strafbare oder unmoralische Handlungen aller Art zu berücksichtigen, z. B. ein Befehl, dessen Ausführung eine der Herrschaft bekannte Verletzung der Vorschriften über die Heilighaltung des Sonntages in sich schließen würde (Goldammer, Archiv Bd. 37 Nr. 46). Der Versuch der Herrschaft muß aber erfolglos geblieben sein: hat sich das Gefinde auf die Begehung der betreffenden Handlung eingelassen und sich zum Mitschuldigen gemacht, so darf es daraus nicht nachträglich einen Grund zur sofortigen Auflösung des Vertrages entnehmen (Vindenberg, S. 145 Anm. 2 bis § 138).

4. Die Herrschaft hat das Gefinde vor derartigen unerlaubten Zumutungen seitens der Personen, die zur Familie gehören oder sonst im Hause aus- und eingehen, nicht in Schutz nehmen wollen.

Die sittlichen Pflichten der Herrschaft gegen das Gefinde fordern, daß auch gegenüber dritten dem gemeinschaftlichen Haushalte angehörenden oder im Hause

⁶⁴⁾ Vindenberg, S. 144. Der § 137 der Preuß. Gefindeordnung spricht von Behandlung „mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte“, mit dem Sinne unserer Vorschrift wird sich dieser Begriff decken.

häufig verkehrenden Personen die Diensthoten vor der Verführung zu gesetzwidrigen oder unsittlichen Handlungen nötigen Falles wirksam in Schutz genommen werden.

Auf schlechte Behandlung (§ 32 Nr. 1 u. 2) bezieht sich die Vorschrift nicht mit.⁶⁵⁾ — Hat die Herrschaft alles gethan, was in einem ordentlichen Haushalte zum Schutze des Gefindes zu erwarten war, so kann ihr kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sich trotzdem der Schutz als unzulänglich erweist (anderer Meinung Lindenbergh, S. 145 Anm. 2 zu § 139).

5. Die Herrschaft verweigert zur bestimmten Zeit gänzlich den verdienten Lohn oder die Kost.⁶⁶⁾

Es steht der Verweigerung nicht gleich, wenn die Herrschaft es einfach unterläßt, Lohn oder Kost zur richtigen Zeit zu gewähren. Es muß die Absicht der Herrschaft, den fraglichen Anspruch des Gefindes vollständig unbefriedigt zu lassen, mit einiger Bestimmtheit zu Tage getreten sein. Eine beharrliche Verweigerung ist nicht erforderlich.

Wenn wiederholte Mängel in der Beföstigung zu Tage getreten sind und trotz der berechtigten Vorstellungen des Gefindes nicht Abhilfe erfahren, so kann eine dabei befundene Hartnäckigkeit der Herrschaft unter Umständen als wichtiger Auflösungsgrund zu behandeln sein.

6. Die Herrschaft verändert ihren Wohnsitz dauernd⁶⁷⁾. Vorübergehender Aufenthalt der Herrschaft an anderen Orten, z. B. eine Badereise, ein längerer Besuch bei Verwandten, berechtigen das Gefinde nicht zum sofortigen Austritt, dasselbe ist sogar verpflichtet, auf Verlangen die Herrschaft nach dem fraglichen Orte zu begleiten, es müßte denn sein, daß es sich um eine außergewöhnlich weite, lange oder beschwerliche Reise (etwa in einen fernen Erdteil) handelt.

⁶⁵⁾ Entsch. d. Preuß. Obergerwaltungsgerichts Bd. 30 S. 437.

⁶⁶⁾ Vgl. § 30 Nr. 1 Ges.D., oben S. 53.

⁶⁷⁾ Bei Veränderung des Wohnsitzes vor dem Dienstantritte f. § 12 Nr. 3 Ges.D. oben S. 16 Nr. 2.

7. Der Diensthote wird durch schwere Krankheit zur Fortsetzung des Dienstes unfähig.

Das Gesetz sagt nichts davon, daß nur bei unheilbarer Krankheit oder, was ungefähr gleichbedeutend ist, bei **dauernder** Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) der Vertrag gelöst werden kann. So weit wird man also nicht gehen dürfen, mindestens aber wird die Krankheit eine langwierige sein müssen, die ihrer Dauer nach auf mehr als 4 Wochen zu schätzen ist (S. 63; § 31 Nr. 18 Ges.D.).

Wie die Herrschaft (S. 65, § 31 am Ende), so ist auch das Gesinde bei einer sofortigen Vertragsauflösung seinerseits verpflichtet, von der bezüglichen Absicht und dem Grunde des Fortgangs bei der Polizeibehörde Anzeige zu machen (§ 32 Abs. 2 Ges.D.). Es genügt, wenn beim Abgange die Anzeige erfolgt, andernfalls tritt Bestrafung ein (§ 14 Nr. 5 PStrGB.). Der Erlaubnis der Behörde bedarf es nicht.

V. Folgen der Aufhebung.

1. Entschädigungsansprüche.

A. Seitens der Herrschaft.

a) Bei Kontraktbruch des Gesindes (§ 33 Ges.D.).

Verläßt das Gesinde vorzeitig ohne gesetzlichen Grund den Dienst, so kann die Herrschaft, falls sie sich nicht an die Polizeibehörde (S. 77; § 38 Ges.D.) wenden, Anwendung von Zwangsmitteln zur Fortsetzung des Dienstes seitens der Landespolizeibehörde beantragen und sich zur Wiederannahme des Gesindes verstehen will, an Stelle des fortgegangenen Diensthoten einen andern annehmen und die Mehrkosten (z. B. Insertions-, Portokosten, den Mietsthaler, den Mehrbetrag des Lohnes, den der neue Diensthote für den Rest der Dienstzeit bezieht) von dem bisherigen Gesinde fordern. Nach § 19 Ges.D. ist Abzug dieser Forderung von dem etwa noch rückständigen Lohne zulässig (S. 27),

nicht aber Beschlagnahme des Dienstlohnes an einer neuen Dienststelle; auch darf die Herrschaft nicht, wie häufig versucht wird, durch Zurückbehaltung der Quittungskarte eine Art Druck auf das Gefinde ausüben, der ihm die Erlangung anderer Beschäftigung erschwert⁶⁷⁾.

Sehr bestritten ist die Frage, ob nicht die **Habesigkeiten** des Gefindes **zurückbehalten** werden dürfen, um dasselbe zur Rückkehr in den Dienst oder zur Leistung von Schadenersatz zu zwingen.⁶⁸⁾ Da dem braunschweigischen Gefinderecht ein **Klageanspruch** der Herrschaft auf Erfüllung bei Kontraktbruch der Dienstboten fremd ist⁶⁹⁾, so wird es auch nicht angängig sein, auf die tatsächliche Erzielung der Rückkehr durch Retention der Sachen hinzuwirken. Anders steht es dagegen mit derjenigen Zurückbehaltung, welche zur Sicherung wegen des der Herrschaft durch den Kontraktbruch verursachten **Schadens** erfolgt. Hier ist, obgleich Art. 95 Abs. 2 des Einführungsgesetzes keine ausdrückliche Anordnung in dieser Richtung enthält, das allgemeine Recht des BGB. (§ 273) maßgebend, da die abgeänderte Gefindeordnung dessen Anwendung nicht ausgeschlossen hat. Die Herrschaft kann, wie bei den Schadenersatzansprüchen während des Dienstverhältnisses (§. 20) erwähnt ist, die Herausgabe der in ihrem Gewahrsam befindlichen Sachen des Gefindes so lange verweigern, bis dasselbe ihr die aus demselben rechtlichen Verhältnisse gebührende Leistung der Entschädigung erfüllt. Dabei ist es einerlei, ob es sich um pfändbare oder unpfändbare (unentbehrliche) Kleidung, Wäsche usw. handelt oder nicht, da § 811 CPO. nicht bei § 273 BGB. einschränkend in Bezug genommen ist.

⁶⁷⁾ § 139 Abs. 3. Zw.Vers.Ges.; Jacobi S. 118 Nr. 4.

⁶⁸⁾ Hierzu s. Lindenberg S. 78, Jacobi S. 117 ff., Ude S. 179 Anm. 14, Seuffert Archiv Bd. 31 Nr. 7. Entsch. des Reichs-Gerichts in Strafsachen Bd. 23. S. 356. Braunschw. Zeitschrift f. Rechtspflege Bd. 16 S. 123.

⁶⁹⁾ Br. Ausführungsgesetze S. 387 bei § 13; die Möglichkeit der polizeilichen Zurückführung ändert hieran nichts; vergl. auch § 888 Abs. 2 der Civilprozeßordnung.

Das Zurückbehaltungsrecht erstreckt sich indes nur auf diejenigen Sachen, welche wirklich **im Gewahrsam der Herrschaft** sind, welche also das Gefinde ihr übergeben hat. Eigenmächtige Wegnahme ist nicht gestattet, auch dann nicht, wenn das Gefinde aus dem Dienste gegangen ist, denn die vorübergehende Aufhebung der Ausübung der thatsächlichen Gewalt hebt den Besitz nicht auf (§ 856 BGB.). Pfändung wird auf Schwierigkeiten nach § 811 C.P.D. stoßen.

Die Prüfung ergibt also, daß nur in ziemlich beschränktem Umfange die Herrschaft im Stande ist, durch Zurückbehaltung der rechtmäßig in ihre thatsächliche Gewalt gekommenen Habseligkeiten des Diensthofen sich für den Schaden zu decken, der ihr durch plötzlichen, grundlosen Austritt entsteht, daß sie aber die Rückkehr des Kontraktbrüchigen damit überhaupt nicht zu erzwingen vermag.

b) Bei rechtmäßiger vorzeitiger Entlassung (§ 34 Abs. 1 Gef.D.).

Hebt die Herrschaft **rechtmäßig vor der Zeit** den Dienstvertrag aus einem Grunde auf, betreffs dessen das Gefinde ein Verschulden trifft, so braucht sie Lohn und Kost nur bis zum letzten Tage, an dem thatsächlich Dienste geleistet wurden, zu zahlen.

Kann sie nicht daneben Entschädigung fordern?

Diese Frage ist zu **verneinen**, obgleich die Entscheidung zweifelhaft sein mag. Würde die Vorschrift des § 628 Abs. 2 BGB. auf den Gefindevertrag anwendbar sein, so müßte das Gefinde als derjenige Teil, welcher dem andern durch sein vertragswidriges Verhalten zur Entlassung Ursache gab, für allen hieraus entstehenden Schaden aufkommen. Da indes die abg. Gef.-D. gerade diesen Fall nicht erwähnt, während andere Fälle der Ersatzpflicht bei Vertragsaufhebung von ihr geregelt sind (§§ 6, 13, 14, 23—26, 33—35), so wird man hieraus folgern dürfen, daß kein Ersatzanspruch neben der Geldentmachtung des Entlassungsrechts besteht ⁷⁰⁾.

⁷⁰⁾ So nach dem früheren Rechte Erkenntnis des Stadtgerichts Braunschweig v. 19. 2. 1859 i. S. Vogel gegen Haars. Die An-

B) Entschädigungsansprüche seitens des Gefindes.

a) Bei vorzeitiger unrechtmäßiger Entlassung.

Entläßt die Herrschaft **vorzeitig**, aber ohne genügenden Grund, also **unrechtmäßig** einen Diebstoten, so muß dieser, bevor er Schadenersatz fordern kann, sich zunächst zum **Wiederautritt** in den Dienst melden. Hat die Herrschaft ihm, wie vielfach in solchen Fällen geschieht, das Betreten des Hauses verboten, so würde er sich durch einen Verstoß hiergegen des Hausfriedensbruchs schuldig machen (§ 123 RStGB.). Überhaupt wird es zweckmäßiger sein, schriftlich oder durch Vermittlung der Polizeibehörde (§. 77, § 38) die Herrschaft zur Wiederannahme aufzufordern und ihr eine bestimmte kurze Frist zur Erklärung zu setzen, nach deren Ablauf die Annahme als verweigert gelten solle.

Wird seitens des Gefindes die Aufforderung der Herrschaft veräunnt, so kann der Entschädigungsanspruch nicht mit Erfolg eingeklagt werden⁷¹⁾.

Wenn das Gefinde aber ordnungsmäßig und vergeblich die Herrschaft zur Wiederannahme aufgefordert hat, so kann es bis zum Ende der Dienzeit, indes höchstens für ein volles Vierteljahr, Lohn und Kostgeld (von 1,50—3 M. wöchentlich) fordern. Für die entgehende Wohnung braucht kein besonderer Ersatz geleistet zu werden, da das Gesetz hierüber nichts besagt⁷²⁾. (§ 34 Abj. 2 Gef.D.)

Wird es dem Gefinde möglich, sich **anderweit** für den Rest der Vertragszeit zu vermieten, so muß es sich

haltische Gefindeordnung v. 21. April 1899 hat sich dagegen dem § 628 Abj. 2 BGB. angeschlossen. Sie schreibt in § 37 Abj. 1 vor: „Wird die Kündigung nach § 33 durch vertragswidriges Verhalten des anderen Teiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatz des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstandenen Schadens verpflichtet.“ Im umgekehrten Falle ist also dort folgerichtig die Herrschaft verantwortlich, vgl. Mühlenbein S. 33, 64 f.

⁷¹⁾ Urteil des Landgerichts Braunschweig, 1. Zivilkammer v. 11. Oktober 1897, in der Berufungssache v. Poellnitz gegen Menz.

⁷²⁾ Hampe S. 457 Anm. 49; anderer Meinung Lindenbergl S. 158 Anm. zu § 162.

den Wert desjenigen anrechnen lassen, was es sich durch diese Verwertung seiner Arbeitskraft erworben oder zu erwerben **böswillig** unterlassen hat⁷³⁾. Andernfalls würde nicht von einem **Entschädigungsanspruch**, sondern von einer **Buße** (vergl. § 124b R.Gew.Ordn.) zu sprechen sein, die selbst dann voll zu zahlen wäre, wenn alsbald nach der sofortigen Entlassung und der verweigerten Wiedereinstellung der Tod des Dienstboten einträte.

Man wird überhaupt die Herrschaft nur insoweit und für so lange entschädigungspflichtig zu erachten haben, als sie zur Erfüllung des Dienstvertrages verbunden gewesen wäre: es kann also z. B. auch eine schwere Erkrankung des Gefindes, die demselben nach der Entlassung innerhalb des Rests der Dienstzeit die Möglichkeit der Lohnarbeit nimmt, und irgend ein Verstoß, der die sofortige Entlassung gerechtfertigt haben würde (Ehrverletzung der Herrschaft, Diebstahl u. dergl.) nachträglich der Herrschaft derart zu statten kommen, daß sie nur von der eigenmächtigen Entlassung bis zu jenem Ereignisse Entschädigung zu zahlen braucht (S. 55).

Beispiel. Ein Dienstmädchen wird auf irgend eine Verleumdung hin von der Herrschaft in der Übereilung entlassen und begeht eine Woche darauf einen Diebstahl; die Herrschaft hat in diesem Falle nur für die erste auf die Entlassung folgende Woche Lohn und Kostgeld zu zahlen.

b) Bei vorzeitigem rechtmäßigen Aufhören.

- 1.) Hat das Gefinde **vorzeitig**, aber befugter Maßen den Dienst nach vorgängiger Aufkündigung verlassen (S. 65 ff., § 30), so kann es Lohn und sonstige Vergütung nur für die **wirkliche Dienstzeit** fordern, auch selbst dann, wenn die Herrschaft durch unregelmäßige und unvollständige Lohnzahlung Ursache zum Aufhören

⁷³⁾ Vergl. S. 23; § 21 Schlußsatz der Ges.D. nimmt ausdrücklich § 615 BGB. in Bezug, der diese der Billigkeit entsprechende Vorschrift enthält.¹ Für das frühere Recht abweichend: Braunschw. Zeitschrift Bd. 4 S. 16. Vergl. ferner J ü r n, Preuß. Gefinderecht S. 125, a. M. L i n d e n b e r g S. 151, J a c o b i S. 199 Anm. 3.

gab (§§ 30 Nr. 1, 34 Abs. 1), obwohl in diesem Falle die Zulassung einer Entschädigungsforderung billig sein und dem allgemeinen Rechte entsprechen würde (vergl. § 628 Abs. 2 BGB.).

Bei **sofortiger** rechtmäßiger Vertragsaufhebung durch das Gefinde kann dasselbe von der Herrschaft Lohn- und Kostgeld (nicht Wohnungsentzündung besonders, vergl. S. 73 Anm. 72) für den Rest der Mietzeit, höchstens aber für ein Vierteljahr fordern. (§ 34 Abs. 2 Gef.-D.)

2. Zeugniserteilung.

§ 4 Abs. 4 (Gef.-D.)

Die Herrschaft muß dem Gefinde bei der Entlassung, auf Verlangen auch schon früher, ein Zeugnis über die Dauer und das Betragen in das Dienstbuch schreiben. Dabei sind der volle Name des Dienstboten und der Herrschaft sowie die Art der Beschäftigung anzugeben, und es müssen, dem Vor- drucke entsprechend, die Fragen nach der Treue und Redlich- keit, der Wahrheitsliebe (die im Gesetze nicht erwähnt ist), nach dem Fleiße, der Ordnungsliebe und dem sittlichen Ver- halten beantwortet werden. Die wahrheitsgemäße Ausstellung ist von der Herrschaft (dem Hausherrn oder der Hausfrau, bezw. deren Vertretern in Behinderungsfällen) mit Datum und Unterschrift zu bescheinigen.

Es versteht sich von selbst, daß die Herrschaft nicht ver- einzelte kleine Verstöße zum Gegenstande einer abfälligen Beurteilung im Zeugnisse machen darf, das einen Überblick über das Gesamtverhalten des Gefindes geben soll.

Andererseits ist **Vorsicht bei der Ausstellung geboten**, und falsches Mitleid mit unehrlichem oder unordentlichem Gefinde erscheint sehr übel angebracht, denn nach § 4 Abs. 8 Gef.-D. begründet ein von der Herrschaft wesentlich ausgestellt **falsches Zeugnis gegen den Aussteller die Klage auf Schaden- ersatz**, z. B. dann, wenn ein bei Diebereien ertapptes, trotzdem mit dem Zeugnis „Redlichkeit gut“ entlassenes Dienstmädchen eine neue Herrschaft, die sich auf das Zeugnis verließ, be- stohlen hat (Art. 95 Einf.-Gef. zum BGB.).

Trägt die Herrschaft Bedenken, das Zeugnis so einzu- tragen, wie es ihrer Überzeugung entsprechen würde, z. B.

bei dem Verdachte eines Diebstahls, für den es an Beweisen noch mangelt, so bietet die Gefindeordnung einen ziemlich praktischen Ausweg: die Herrschaft kann der Polizeibehörde ein besonderes, verschlossenes Schriftstück mit dem Antrage vorlegen, nach Ermessen die Eintragung im Dienstbuche amtlich auszuführen. Es ist dabei die Möglichkeit gegeben, durch behördliche Nachforschungen den zweifelhaften Sachverhalt vorher aufzuklären.

Derjelbe Weg ist einzuschlagen, wenn das Gefinde (heimlich) aus dem Dienste gegangen ist, ohne das Dienstbuch zurückzulassen, oder es nicht vorlegen will oder behauptet, es sei verloren gegangen.

Unterläßt die Herrschaft die Eintragung ins Dienstbuch oder die Einsendung des Schreibens an die Polizeibehörde, so ist sie von dieser zur Nachholung anzuhalten.

Glaubt das Gefinde durch das Zeugnis in seinen Rechten verletzt zu sein, oder will die Herrschaft ein Zeugnis nicht ausstellen, dann hat die Polizeibehörde nach Untersuchung der Sache entweder das Zeugnis ihrerseits zu ergänzen oder den Beteiligten den Austrag des Streits im Prozeßwege (§. 79) zu überlassen, derart, daß das Urteil des anzurufenden Gerichts maßgebend ist und demnächst polizeilich in das Dienstbuch eingetragen wird.

Eine Herrschaft, die bei der Entlassung des Gefindes oder auf Verlangen desselben schon während der Dienstzeit die Ausstellung eines Zeugnisses oder die Einreichung einer Bescheinigung an die Polizeibehörde verweigert, wird nach § 14 Nr. 8 PStGB. mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Gleiche Strafe trifft nach Nr. 9 daselbst die Dienstherrschaft, welche in dem Dienstbuche oder der Bescheinigung dem Gefinde zu dessen Gunsten oder Ungunsten wider besseres Wissen die Unwahrheit bezeugt. Auch ist die Herrschaft dem Gefinde für allen Schaden verantwortlich, der sich dann aus der ungünstigen Ausstellung ergibt, insbesondere für die Vereitelung oder Erschwerung der Gelegenheit zur Erlangung einer anderen Stelle.

VI. Streitverfahren in Gefindesachen.

Die Eigenart des Verhältnisses zwischen Herrschaft und Gefinde bringt es mit sich, daß möglichst schnell wenigstens eine vorläufige Entscheidung der entstehenden Streitigkeiten erstrebt werden muß.

Zuständigkeit der Ortspolizeibehörde. (§ 38 Gef.D.)

Deshalb ist bestimmt, daß derartige Streitigkeiten, die während der Dienstzeit aus dem Dienstverhältnisse entstehen, sowie Anträge und Beschwerden, die sich auf den Antritt oder die Aufhebung des Dienstverhältnisses beziehen, vor der **Ortspolizeibehörde**⁷⁴⁾ angebracht und von dieser durch eine vorläufig zu vollstreckende Verfügung erledigt werden können, wobei die endgültige Entscheidung im Wege des ordentlichen Prozesses vorbehalten bleibt (§ 38 Gef.D., § 14 Abs. 2 PStGB.). Es ist indes dem Belieben des Klägers überlassen ob er sich sofort an das zuständige **Amtsgericht**⁷⁵⁾ wenden, oder vorher bei der Polizeibehörde Beschwerde führen will.⁷⁶⁾ Auch ist es zulässig, gleichzeitig mit der Einreichung der Klage bei Gericht die einstweilige Regelung bei der Polizeibehörde zu beantragen.

Im allgemeinen wird es zur Beschleunigung dienen, zunächst die Polizeibehörde in Anspruch zu nehmen, deren Erfahrung in Gefindeangelegenheiten häufig zu einer gütlichen Einigung der Parteien oder einer baldigen anderen Regelung führt, bei der sich die meisten Streitenden zu beruhigen pflegen.

Daß **vermögensrechtliche** Streitigkeiten bei der polizeilichen Entscheidung ausgeschlossen sein sollen, geht aus dem Gesetze nicht hervor. Die Fassung der Bestimmung ist so,

⁷⁴⁾ In der Stadt Braunschweig die Herzogl. Polizei-Direktion, in Wolfenbüttel das Polizeiamt, in den übrigen Städten die Stadtpolizeibehörde (der Bürgermeister), in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher.

⁷⁵⁾ § 23 Nr. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes; Gefindestreitigkeiten werden auch in den Gerichtsferien erledigt, § 202 Nr. 4 a daselbst.

⁷⁶⁾ Mansfeld, Ausführungsgeetze zu den Reichsjustizgesetzen, S. 142—3.

daß darunter beiderseitige Ansprüche auf Antritt des Dienstes oder Entschädigung wegen Verweigerung desselben, auf ordnungsmäßige Gewährung von Lohn, Kost, Wohnung und sonstigen Gebühren während der Dienstzeit, sowie auf Fortsetzung oder Auflösung des Dienstvertrages und auf Leistung der entsprechenden Entschädigung fallen. Nach den auf Anregung und unter Zustimmung des Regierungsvertreters im Landtage abgegebenen Erklärungen des Kommissionsberichterstatters bestand allerdings die Absicht, **vermögensrechtliche** Streitigkeiten, z. B. auf Schadenersatz wegen sofortiger Entlassung, dabei auszuschließen⁷⁷⁾

Nicht zuständig ist die Polizeibehörde für Streitigkeiten zwischen Personen, die nicht zum Gefinde gehören (§. 7 ff.), mit ihren Arbeitgebern. Ueber Prozesse der Herrschaft mit Ausgeherinnen, Waschfrauen, Näherinnen u. s. w. ist das ordentliche Gericht zur Entscheidung befugt, ebenso bei Angestellten höherer Art (Gesellschafterinnen, Gouvernanten, Stützen der Hausfrau). Gewerbliche Arbeiter, Gesellen und Gehülfen haben sich an das Gewerbegericht oder das Innungsschiedsgericht, wo ein solches besteht, andernfalls an das Amtsgericht, Lehrlinge an den Ausschuß ihrer Innung zu wenden. Für Streitigkeiten mit Handlungsgehilfen und Lehrlingen gilt das ordentliche Gericht als zuständig, falls nicht etwa die Parteien sich über ein kaufmännisches Schiedsgericht geeinigt haben.

Sachlich unzuständig ist die Polizeibehörde ferner bei Streitigkeiten, die sich aus dem **Arbeiterversicherungsrecht** ergeben (§. 21, 35 ff.). Über die Verpflichtung zur Leistung von **Krankenkassenbeiträgen** und über deren Anrechnung hat in den Städten ein Mitglied oder Beauftragter des Stadtmagistrats, in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher zu entscheiden, wenn nicht von vornherein das ordentliche Gericht angerufen wird (§ 53a Ar.Verf.Ges., §§ 71, 78 Abs. 3 des Gewerbegerichtsgesetzes vom 29. Juli 1890, RGBl. S. 141). Über die Leistung und Anrechnung der **Invaliden-Versicherungsbeiträge** ist in der Stadt Braunschweig

⁷⁷⁾ Vergl. Ude bei § 14 Abs. 2 PStrGB. Sitzungsbericht Nr. 23 des 24. ordentl. Landtages S. 305—6; Anlage Nr. 257 S. 13 zu § 21 Abs. 3 Gef.D.

der Stadtmagistrat, im übrigen die Kreisdirection zu bestimmen befugt (§ 155 Jnv.Verf.Ges.).

Hält die angerufene Polizeibehörde, die zur Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen das Recht hat, aber weder den Auskunftspersonen noch den Parteien einen Eid abnehmen kann, die Abgabe einer Entscheidung ihrerseits nicht für zulässig oder zweckmäßig, so kann sie die Parteien auf den Rechtsweg verweisen, wie dies in Bezug auf die Ausstellung von Zeugnissen in § 4 Abs. 6 Gef.O. ausdrücklich erwähnt ist (S. 76).

Eine Frist für die Erhebung der Klage bei dem ordentlichen Gerichte ist nicht gegeben. Die vorläufige Entscheidung der Polizeibehörde kann also nach beliebiger Zwischenzeit angefochten werden. In § 196 Nr. 7 und 8 des BGB. ist indes bestimmt, daß **in zwei Jahren** nach der Entstehung die **Verjährung** eintritt für alle Ansprüche derjenigen, welche im Privatdienste stehen, wegen des Gehalts, des Lohnes oder anderer Dienstbezüge, ferner für die Forderungen der Tagelöhner und Handarbeiter wegen des Lohnes und anderer, an Stelle des Lohnes vereinbarter Leistungen. Dabei ist auch die Erstattung von Auslagen mit einbegriffen, desgl. von Vorschüssen der Arbeitgeber, die auf solche Forderungen gemacht sind.



Anhang.

Die wichtigsten landes- und reichsgesetzlichen Bestimmungen, die das Gefinderrecht betreffen.

A. Landesgesetze.

1. Abgeänderte Gefindeordnung

für das Herzogtum Braunschweig vom 16. August 1899
Nr. 69 in der vom 1. Januar 1900 an geltenden Fassung.
(Gesetz- und Verordnungsammlung S. 695).

Auf Grund des Artikel II § 3 des Gesetzes Nr. 45 vom
11. Juni 1899 wird die

„Abgeänderte Gefindeordnung für das Herzogtum
Braunschweig“

mit Zustimmung des Ausschusses der Landesversammlung als Ge-
setz bekannt gemacht, wie folgt.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.
Hartwig.

Erster Abschnitt.

**Von dem Begriffe des Dienstvertrages und den dabei
vorkommenden Personen.**

§ 1.

Das Dienstverhältnis im Allgemeinen.

Das Dienstverhältnis besteht in einer allgemeinen Unter-
ordnung des Gefindes unter die Herrschaft in Ansehung der ge-

meinen häuslichen und wirtschaftlichen Dienste und beruht auf einem Vertrage, wodurch das Gesinde zur Leistung dieser Dienste auf eine durch Verabredung oder durch das Gesetz bestimmte Zeit, die Herrschaft aber zu einer dafür zu gebenden Belohnung sich verpflichtet.

§ 2.

Für die Fähigkeit, Gesinde zu mieten und sich als Gesinde zu vermieten, sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Geschäftsfähigkeit (§§ 104—115) maßgebend.

Ermächtigt der gesetzliche Vertreter einen Minderjährigen, einen Entmündigten oder unter vorläufige Vormundschaft Gestellten, sich als Gesinde zu vermieten (§§ 113, 114 a. a. O.), so ist die Ermächtigung in das im § 4 erwähnte Dienstbuch einzutragen.

§ 3.

Gefrauen sind berechtigt, in Vertretung ihres Mannes weibliche Dienstboten für den gemeinschaftlichen Hausstand zu mieten. Die Vorschriften im § 1357 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Beschränkung oder Ausschließung dieses Rechts bleiben unberührt.

Gefrauen sind berechtigt, sich als Gesinde zu vermieten. Die Vorschriften des § 1358 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Kündigungsrecht des Mannes bleiben unberührt.

Zweiter Abschnitt.

Von Eingehung des Dienstvertrages.

§ 4.

Dienstbuch des Gesindes und Zeugnisse der Herrschaft.

Jedes Gesinde soll mit einem Dienstbuche versehen sein.

Dieses Dienstbuch soll über die Dienstverhältnisse und das Verhalten des Gesindes eine fortlaufende ununterbrochene Übersicht gewähren. Wer daher zuerst in den Dienst treten will, muß bei der Polizeibehörde seines Wohnortes und, wenn er nicht Braunschweiger ist, bei der Polizeibehörde des Dienstortes ein solches Dienstbuch gegen die Gebühr lösen, es sei denn, daß er sich im Besitze eines Gesindebuchs eines anderen Deutschen Bundesstaates befindet. Das Dienstbuch wird mit dem Namen, Geburtsorte und Alter des Dienstboten versehen und von der Behörde, die solches verabreicht, durch Siegel und Unterschrift beglaubigt.

Unterbleibt die Lösung des Dienstbuchs, so wird von der Polizeibehörde dem Gesinde ein Dienstbuch auf dessen Kosten zugestellt.

Jede Dienstherrschaft hat vor dem Abschlusse des Dienstvertrages das Dienstbuch des anzunehmenden Diensthoten sich vorlegen zu lassen und, wenn sie darin Mängel und Unrichtigkeiten entdeckt, davon der Polizeibehörde sofort die nötige Anzeige zu machen.

Hiernächst hat die Herrschaft dem Gefinde bei der Dienstenlassung und, wenn es verlangt wird, auch während des Dienstes ein Zeugnis über die Dienstzeit und das Betragen desselben zu erteilen und in das Gefindebuch einzutragen. In diesem Zeugnisse ist der vollständige Name des Gefindes, die Dienstzeit und die Eigenschaft, in welcher dasselbe gedient, zu bemerken und daneben über die Treue und Redlichkeit, den Fleiß, die Ordnungsliebe und das sittliche Verhalten des Gefindes eine vollständige, der Wahrheit angemessene Nachweisung zu erteilen, wobei die in dem Dienstbuche vorgezeichneten Rubriken zum Leitfaden dienen. Findet die Herrschaft aus besonderen Gründen die Eintragung des Zeugnisses bedenklich, so hat dieselbe der Polizeibehörde ein verschlossenes Zeugnis mit dem Antrage vorzulegen, die Eintragung desselben nach Ermessen zu verfügen. Zur Einsendung eines solchen verschlossenen Zeugnisses ist die Herrschaft auch in dem Falle verpflichtet, wenn das Gefinde den Dienst ohne Zurücklassung des Dienstbuchs heimlich verlassen oder die Vorlegung des Dienstbuchs verweigert oder dasselbe verloren zu haben vorgegeben hat. Unterbleibt die Ausstellung oder Einsendung des Zeugnisses bei der Dienstenlassung, so wird die Herrschaft von der Polizeibehörde zur nachträglichen Ausfertigung des Zeugnisses angehalten.

Wenn das Gefinde durch das Zeugnis der Herrschaft sich beeinträchtigt glaubt oder die letztere solches überall verweigert, so stellt die Polizeibehörde eine summarische Untersuchung deshalb an und ergänzt nach Ergebnis derselben das Zeugnis oder giebt, den Umständen nach, den Beteiligten anheim, eine Entscheidung der Sache im Prozeßwege zu erwirken. Der Inhalt der Entscheidung wird von der Polizeibehörde in das Dienstbuch eingetragen.

Ist das Gefinde eine Zeit lang ohne Herrschaft, so muß für diesen Zeitraum die Polizeibehörde des Aufenthaltsortes die Bescheinigung über die einstweilige Beschäftigung und das Wohlverhalten in das Dienstbuch eintragen.

Ein von der Herrschaft wissentlich ausgestelltes falsches Zeugnis begründet gegen den Aussteller die Klage auf Schadenersatz.

Wird ein Diensthote wegen Verfälschung des Dienstbuchs bestraft, so ist dies in das Dienstbuch einzutragen.

Wird das Dienstbuch verloren, so hat die Polizeibehörde bei Erteilung eines neuen Dienstbuchs für die Erneuerung der verloren gegangenen Zeugnisse so viel als thunlich Sorge zu tragen.

Endlich ist die Polizeibehörde ermächtigt, von dem Gesinde zu jeder Zeit die Vorlegung des Dienstbuches zu verlangen und hat, wenn darin Lücken und Mängel entdeckt worden, für deren Ergänzung thunlichst Sorge zu tragen.

§ 5.

Wann der Dienstvertrag als abgeschlossen zu betrachten ist.

Der Dienstvertrag wird als abgeschlossen angesehen, wenn über die Art der Dienstleistung wenigstens im Allgemeinen eine Bestimmung getroffen und ein Mietpfennig gezahlt und angenommen ist. Der Betrag des Mietpfennigs bleibt der Übereinkunft zwischen der Herrschaft und dem Gesinde überlassen. Im Falle darüber keine Verabredung getroffen und der Dienst dennoch bereits angetreten sein sollte, wird derselbe nach eines jeden Ortes Gewohnheit bestimmt, in zweifelhaften Fällen jedoch der 24ste Teil des jährlichen Lohnes dafür angenommen.

Einer schriftlichen Ausfertigung dieses Vertrages bedarf es nicht, jedoch können besondere Verabredungen über die Art der Dienstleistung und den Lohn, sowie alle etwa getroffenen Nebenbestimmungen, wenn die Herrschaft es für zweckmäßig erachtet oder das Gesinde es verlangt, von der Herrschaft in das Dienstbuch eingetragen werden.

Der Mietpfennig wird in der Regel auf den Lohn nicht abgerechnet, es sei denn, daß der Dienstbote aus eigener Schuld die verabredete Dienstzeit nicht aushält. Eine Abrechnung des Mietpfennigs findet insbesondere dann statt, wenn der Mann das von der Frau eingegangene Dienstverhältnis gemäß § 1358 des Bürgerlichen Gesetzbuches kündigt.

Der Mietpfennig wird nur ein Mal und nicht bei jeder Erneuerung des Vertrages gegeben.

§ 6.

Vermietung bei mehreren Herrschaften auf einen und denselben Zeitraum.

Hat sich ein Dienstbote bei mehreren Herrschaften auf einen und denselben Zeitraum vermietet, so gebührt derjenigen Herrschaft, mit welcher der Dienstvertrag zuerst zustande gekommen ist, der Vorzug. Ein solcher Dienstbote soll zum Ersatz des der nachstehenden Herrschaft daraus erweislich entstandenen Schadens angehalten werden.

§ 7.

Antritt des Dienstes.

Die Zeit des Dienstantritts hängt von der zwischen der Herrschaft und dem Gesinde darüber getroffenen Verabredung ab. Wenn

Anfang oder Ende eines Dienstvertrages auf Ostern, Johannis, Michaelis oder Weihnachten bestimmt wird, so soll unter diesen Ausdrücken jederzeit der Anfang eines Kalendervierteljahres, also der erste April, erste Juli, erste Oktober oder erste Januar und, wenn dieser Tag ein Sonntag oder ein staatlich anerkannter allgemeiner Feiertag ist, der nächstfolgende Werktag verstanden werden, es sei denn, daß der Vertrag ausdrücklich ein Anderes bedingt. Für das Landgesinde, d. h. das zu landwirtschaftlichen Arbeiten angenommene Gesinde, ist der gesetzliche Antrittstag wie bisher auf Martini, für die Schäferknechte jedoch auf den ersten Mai bestimmt. Diese Antrittstage sind zugleich die Abzugstage für das zu entlassende Gesinde.

§ 8.

Gesetzliche Dauer der Dienstzeit.

Die Dauer der Dienstzeit wird, wenn nichts Anderes verabredet worden, bei dem Landgesinde und den Livreebedienten auf ein Jahr, bei dem übrigen Gesinde aber auf ein halbes Jahr angenommen.

§ 9.

Stillschweigende Verlängerung des Mietvertrages.

Die stillschweigende Fortsetzung des Mietvertrages tritt überall ein, wenn beim Eingange desselben darauf nicht besonders verzichtet ist oder eine Dienstauffkündigung (§ 28) nicht stattgefunden hat.

Die Dauer der stillschweigenden Fortsetzung ist dieselbe, welche im vorhergehenden § 8, in Ermangelung anderer Verabredungen, durch das Gesetz bestimmt worden.

§ 10.

Gesinde-Makler.

Die Gesinde-Makler sind verpflichtet, die Dienstbücher des Gesindes sich vorlegen zu lassen und sich nach den Personen, die durch ihre Vermittelung in den Dienst treten wollen, sorgfältig zu erkundigen. Insonderheit müssen sie nachforschen, ob dieselben nach den gesetzlichen Vorschriften berechtigt sind, sich zu vermieten.

Gesinde, welches schon im Dienste steht, dürfen sie unter keinerlei Vorwande zu dessen Verlassung und Annehmung eines anderen Dienstes anreizen.

Sie müssen den Herrschaften, die durch ihre Vermittelung Gesinde annehmen wollen, die Eigenschaften der vorgeschlagenen Personen getreulich und nach ihrem besten Willen anzeigen. — Wenn sie untaugliches oder ungetreues Gesinde wider besseres Wissen als brauchbar oder zuverlässig empfehlen, so haben sie für den durch dergleichen Gesinde verursachten Schaden selbst zu haften. — Im Übrigen be-

stimmt sich ihre Haftung für ein pflichtwidriges Verhalten nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Die Polizeibehörde ist ermächtigt, mit Genehmigung Herzoglicher Kreisdirektion über die Mafsergebühren Normen für streitige Fälle festzusetzen. Diese Normen sind in den Braunschweigischen Anzeigen zu veröffentlichen.

Dritter Abschnitt

Von der Aufhebung des Dienstvertrages vor Antretung des Dienstes.

§ 11.

Gründe, welche die Dienstherrschaft von der Verbindlichkeit, das Gesinde anzunehmen, befreien.

Nach erfolgtem Abschlusse des Dienstvertrages ist die Herrschaft schuldig, das Gesinde zur bestimmten Zeit anzunehmen. — Jedoch kann dieselbe vor dem Antritt des Gesindes von dem Vertrage aus folgenden Gründen wieder abgehen:

1. wenn das Gesinde die in dem Dienstbuche enthaltenen oder sonst beigebrachten Zeugnisse verfälscht und die Herrschaft dadurch beim Abschlusse des Dienstvertrages hintergangen hat;
2. wenn das Gesinde sich erweisliche Veruntreuungen gegen seine bisherige Dienstherrschaft hat zu Schulden kommen lassen, hiervon aber in dem beim Abschlusse des Dienstvertrages vorgelegten Dienstbuche keine Nachricht enthalten gewesen;
3. wenn das Gesinde mit ekelhaften oder ansteckenden Krankheiten behaftet ist;
4. wenn ein Gesinde weiblichen Geschlechts schwanger wird und dieser Umstand der Herrschaft erst nach Abschluß des Dienstvertrages bekannt geworden ist;
5. wenn das Gesinde sich nach abgeschlossenem Mietvertrage verhehlicht;
6. wenn verhehlichtes Gesinde beim Abschlusse des Mietvertrages sich für unverheiratet ausgegeben hat; und
7. wenn das Gesinde zuerst den Dienst anzutreten sich geweigert hat.

In allen diesen Fällen kann die Herrschaft den gegebenen Mietpfennig zurückfordern, jedoch hat dieselbe die Absicht, von dem Vertrage zurücktreten zu wollen, in den sechs ersten Fällen binnen acht Tagen nach erlangter Kenntnis dieser Gründe dem Gesinde bekannt machen zu lassen. In dem siebenten Falle bleibt der Herrschaft das

Recht des Rücktritts so lange vorbehalten, als das Gefinde in seiner Weigerung beharrt.

§ 12.

Gründe, welche das Gefinde von der Verpflichtung zum ordnungsmäßigen Dienstantritte befreien.

Gleichergestalt ist das Gefinde nach abgeschlossnem Dienstvertrage verpflichtet, den Dienst zur bestimmten Zeit anzutreten.

Nur in den nachbemerkten Fällen findet eine Ausnahme von dieser Verbindlichkeit statt:

1. Wird das Gefinde durch einen unverschuldeten Zufall in den Dienst zu treten verhindert, so ist der Dienstvertrag als aufgehoben anzusehen und die Herrschaft muß mit Zurückgabe des Mietpfennigs sich begnügen.
2. Ist das unverschuldete Hindernis nur temporär und übersteigt daselbe bei Mietverträgen auf ein Vierteljahr und darüber nicht die Dauer von 4 Wochen, so ist die Herrschaft verpflichtet, das Gefinde sodann noch anzunehmen, das Gefinde aber ist gehalten, der Herrschaft den Lohn zu vergüten, welchen dasselbe an den inzwischen angenommenen Diensthoten gezahlt hat.
3. Verändert die Herrschaft vor dem Antrittstage ihren Wohnort, so ist das Gefinde, wenn es sich dazu nicht besonders verpflichtete, nicht gehalten, der Herrschaft zu folgen, kann jedoch, außer dem zurückzubehaltenden Mietpfennig, auf weitere Entschädigung keinen Anspruch machen.
4. Erhält das Gefinde vor dem Antritte der Dienstzeit Gelegenheit zu heiraten, oder wird dasselbe durch später eingetretene Umstände zur Uebernahme oder Errichtung einer eigenen Wirtschaft genötigt, so ist dasselbe nur verpflichtet, den Dienst in den Städten auf ein Viertel- und bei Landwirtschaften auf ein halbes Jahr anzutreten und kann, wenn dasselbe eine andere völlig taugliche Person für sich in den Dienst zu stellen vermag, dadurch auch dieser Verbindlichkeit sich entledigen. Die Annahme des Stellvertreters bleibt inbeffen lediglich der Willkür der Herrschaft überlassen.

§ 13.

Folgen der widerrechtlichen Weigerung, das Gefinde anzunehmen.

Weigert sich die Dienstherrschaft ohne genügenden Grund, das Dienstgefinde anzunehmen, so ist das letztere berechtigt, auf Schadloshaltung gegen die Herrschaft zu klagen. In diesem Falle verliert die Herrschaft den Mietpfennig und muß das Gefinde ebenso schadlos halten, als wenn dasselbe während der laufenden Dienstzeit ohne rechtlichen Grund entlassen worden wäre (§ 35).

§ 14.

Folgen des widerrechtlich verweigerten Dienstantritts.

Weigert sich das Gesinde ohne genügenden Grund, den Dienst ordnungsmäßig anzutreten, und besteht die Herrschaft auf Erfüllung des Vertrages, so wird es dazu von der Polizeibehörde durch Zwangsmittel angehalten. Wenn jedoch dieser Zwang nicht anwendbar oder das Gesinde durch eigenes Verschulden zum Dienstantritte unfähig geworden und die Herrschaft deshalb genötigt ist, einen anderen Diensthöten zu mieten, so ist das Gesinde den Schaden, welcher der Herrschaft hierdurch erwächst, zu ersetzen und den Mietpfennig zurückzugeben schuldig.

Vierter Abschnitt.**Von den Pflichten des Gesindes.**

§ 15.

Dienstleistungen.

Das Gesinde, welches nicht ausschließlich zu gewissen Geschäften gebunden worden, muß alle diejenigen erlaubten Dienste verrichten, welche ihm von der Dienstherrschaft anbefohlen werden und welche das Familienhaupt zur Erhaltung der häuslichen Ordnung einzuführen für gut findet. — Diese Dienste müssen jedem Familienmitgliede oder den darin aufgenommenen Personen geleistet werden. Auch ist das gemeinschaftliche Gesinde einer Herrschaft auf deren Anordnung zu gegenseitiger Verpflegung in Krankheitsfällen verpflichtet. Ohne Erlaubnis der Herrschaft darf kein Gesinde in den ihm obliegenden Dienstverrichtungen sich vertreten lassen.

Jedes Gesinde ist gehalten, die Geschäfte seines Mitsdiensthöten nach Kräften zu versehen, wenn dieser durch Krankheit oder einen sonstigen erheblichen Umstand daran verhindert wird. Bei entstehendem Streite hierüber entscheidet der Wille der Herrschaft.

§ 16.

Pflicht des Gehorsams.

Das Gesinde ist während der Dauer der Dienstzeit zur stillen Unterwürfigkeit unter die Hauszucht, die Einrichtungen des Hauswesens und unter die Anordnungen der Herrschaft verbunden. Dasselbe muß die Befehle und Verweise der Herrschaft mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen. Scheltworte, deren sich die Herrschaft bei Zurechtweisung der Diensthöten bedient, begründen, insofern sie nicht den ehrlichen Namen angreifen, keineswegs die Vermutung gegen die Herrschaft, als habe sie die Ehre des Gesindes dadurch kränken wollen.

§ 17.

Pflicht der Treue.

Das Gefinde ist wegen seiner näheren Verbindung mit der Herrschaft zu einer ganz vorzüglichen Treue gegen dieselbe verbunden.

§ 18.

Betragen des Gefindes im Allgemeinen.

Das Gefinde ist schuldig, der Herrschaft Bestes zu befördern, Schaden und Nachtheil aber, soviel an ihm ist, abzuwenden, bemerkte Untreue des Nebengefindes der Herrschaft anzuzeigen und allen häuslichen Einrichtungen und Anordnungen sich zu unterwerfen. Ohne Vorwissen und Genehmigung der Herrschaft darf sich das Dienstgefinde auch in eigenen Angelegenheiten vom Hause nicht entfernen und die dazu von der Herrschaft gegebene Erlaubnis nicht überschreiten. Endlich hat das Gefinde jeden unnützen und seinen Verhältnissen nicht angemessenen Aufwand, besonders auch in der Kleidung, zu vermeiden und den desfallsigen Vorschriften der Dienstherrschaft unbedingt Folge zu leisten.

§ 19.

Leistung des Schadensersatzes, welcher durch das Verschulden des Gefindes veranlaßt ist.

Das Gefinde muß der Herrschaft den Schaden, welchen es durch Untreue, Vorsatz oder geringe Fahrlässigkeit (mit besonderer Rücksicht auf seine Persönlichkeit) anrichtet, ersetzen.

Wegen bloßer Versehen ist ein Diensthote aber nur dann zum Schadensersatz verpflichtet, wenn er gegen den ausdrücklichen Befehl der Herrschaft gehandelt oder sich zu solchen Arten von Geschäften vermietet hat, welche einen vorzüglichen Grad von Aufmerksamkeit oder Geschicklichkeit voraussetzen. — Dieser Schadensersatz geschieht durch Kürzung am Lohne und ergebenden Falls aus des Diensthoten übrigem Vermögen.

Fünfter Abschnitt.**Pflichten der Herrschaft.**

§ 20.

Gute Behandlung des Gefindes.

Da der Diensthote durch den Eintritt in den Dienst ein Theil der Hausgenossenschaft wird, so liegt der Dienstherrschaft eine besondere Aufsicht über denselben ob.

Das Gefinde darf weder zu mehreren noch schwereren Diensten angehalten werden, als solches dessen Leibeskräfte erlauben. Die Herrschaft hat Räume, Vorrichtungen und Gerätschaften, die sie zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten und Dienstleistungen, die unter ihrer Anordnung oder ihrer Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß das Gefinde gegen Gefahr für Leben und Gesundheit so weit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.

Sie hat in Ansehung des Wohn- und Schlafraumes, der Pflege sowie der Arbeits- und Erholungszeit diejenigen Einrichtungen und Anordnungen zu treffen, welche mit Rücksicht auf die Gesundheit, die Sittlichkeit und die Religion des Gefindes erforderlich sind. Insbesondere hat sie dem Gefinde Gelegenheit zum Besuche des Gottesdienstes zu geben, daselbe nötigenfalls dazu anzuhalten und ihm zur Beforgung der eigenen notwendigen Geschäfte sowie dann und wann zu erlaubten Vergnügungen einige Zeit zu gewähren.

Erfüllt sie die ihr in Ansehung des Lebens und der Gesundheit des Gefindes obliegenden Verpflichtungen nicht, so hat sie diesem den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Auf die Ersatzpflicht finden die Vorschriften der §§ 842 bis 846 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechende Anwendung. Die der Herrschaft obliegenden Verpflichtungen können nicht im Voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.

Bei den Zurechtweisungen des Gefindes hat die Herrschaft stets mit möglichstem Glimpfe zu verfahren, anfangs sich nur der Ermahnungen zu bedienen und erst, wenn diese mehrmals fruchtlos geblieben, mit ernststen nachdrücksvollen Worten die Befolgung ihrer Befehle zu verlangen.

Gegen Mißhandlungen von Seiten der Herrschaft hat die Polizeibehörde das Gefinde kräftig in Schutz zu nehmen.

§ 21.

Entrichtung der Kost und des Lohnes.

Die Dienstherrschaft ist verpflichtet, dem Gefinde den Lohn genau und zur bestimmten Zeit zu entrichten, auch demselben gesunde, genießbare und hinreichende Kost zu geben.

Der Lohn wird, wenn eine besondere Verabredung nicht getroffen ist, bei dem Landgefinde (vergl. § 7), welches sich auf ein Jahr von Michaelis bis Michaelis oder von Martini bis Martini vermietet hat, soweit er in barem Gelde besteht, nach Ablauf des ersten und zweiten Vierteljahres nur zu je einem Sechstheile, nach Ablauf des dritten und vierten Vierteljahres zu je einem Drittel ausbezahlt. Die beiden Zwölftheile des Jahreslohnes, die, obwohl in den beiden ersten Vierteljahren verdient, doch erst in den letzten beiden Vierteljahren

fällig werden, dienen einstweilen bis zur Auszahlung der Herrschaft als Sicherheit für ordnungsmäßige Vertragserfüllung.

Diese Bestimmungen kommen, wenn die vorerwähnte Dienstzeit auf länger als ein Jahr verabredet ist oder der einjährige Dienstvertrag fortgesetzt wird, in jedem folgenden Jahre gleichfalls in Anwendung.

Bei Beendigung des Dienstverhältnisses wird der gesamte Dienstlohn, welchen das Landgesinde überhaupt zu fordern berechtigt ist, fällig und zahlbar, — vorbehältlich jedoch der Befugnis der Dienstherrschaft, den Lohn bis zur gerichtlichen Entscheidung einstweilen innezubehalten, wenn das Gesinde den Dienst widerrechtlich verlassen hat (§ 33).

Bei allen übrigen Gefindedienstverträgen wird der Lohn in Ermangelung abweichender Verabredungen vierteljährlich in gleichen Raten, sofern sie aber auf kürzere Zeit als auf ein Vierteljahr geschlossen sein sollten, sogleich nach deren Ablaufe zum vollen Betrage fällig.

Der Betrag des Lohnes hängt von der getroffenen Übereinkunft ab. Ist die Höhe desselben nicht bestimmt, so ist der übliche Lohn als vereinbart anzusehen. Kleidung kann nur auf den Grund einer vorhergegangenen Übereinkunft gefordert werden.

Die Livree ist kein Teil des Lohnes und wird erst durch den Ablauf des zu ihrer Erneuerung bestimmten Zeitraumes von dem Diensthoten erworben. Ist ein solcher Zeitraum nicht ausgemacht, so wird die Dauer eines Jahres dafür angenommen.

Geschenke auf Weihnacht, zur Messe u. können nicht verlangt werden, wenn solche nicht besonders ausbedungen sind. Letzteren Falls nehmen selbige aber die Eigenschaft des Lohnes an.

Die Vorschriften der §§ 615, 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches finden entsprechende Anwendung.

§ 22.

Verpflegung bei Krankheiten.

Die Herrschaft hat dem Diensthoten im Falle der Erkrankung die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von sechs Wochen, jedoch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus, zu gewähren, sofern nicht die Erkrankung von dem Diensthoten vorfänglich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt worden ist. Die Verpflegung und ärztliche Behandlung kann durch Aufnahme des Diensthoten in eine Krankenanstalt gewährt werden. Die Kosten können auf die für die Zeit der Erkrankung geschuldete Vergütung angerechnet werden. Wird das Dienstverhältnis wegen der Erkrankung von der Herrschaft nach § 31 Nr. 18 aufgehoben, so

bleibt die Verpflichtung derselben zur Gewährung von Verpflegung und ärztlicher Behandlung bis zur Dauer von sechs Wochen bestehen.

Die Verpflichtung der Herrschaft kann nicht im Voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.

Die Verpflichtung der Herrschaft besteht nicht hinsichtlich der krankenversicherungspflichtigen Dienstboten.

In allen Fällen muß die Herrschaft den erkrankten Dienstboten so lange bei sich behalten, bis von der Polizeibehörde für ein anderes Unterkommen desselben gesorgt ist.

Sechster Abschnitt.

Von der Aufhebung des Dienstverhältnisses nach Anerkennung des Dienstes.

§ 23.

Durch den Tod des Dienstboten.

Stirbt ein Dienstbote während der Dienstzeit, so können seine Erben Lohn und Kostgeld nur insoweit fordern, als selbiges nach Verhältnis der Zeit bis zum Krankenlager rückständig ist.

§ 24.

Durch den Tod des Familienhauptes.

Stirbt das Haupt der Familie, so sind die Erben nicht gehalten, das nur zu häuslichen Verrichtungen gemietete Gefinde länger als vier Wochen nach des Dienstherrn Tode zu behalten. Es gebührt demselben aber der Lohn des laufenden Vierteljahrs und, wenn die Dienstzeit damit nicht ohnehin zu Ende gegangen wäre, auch noch der Lohn für das nächste Vierteljahr. Dagegen hat dasselbe keinem Anspruch auf Kostgeld. Bei dem Ackergefinde muß der Vertrag seiner ganzen Dauer nach oder wenigstens bis dahin ausgehalten werden, als die Erben die Ackerwirtschaft des Erblassers fortsetzen.

Im letzteren Falle gebührt aber dem Ackergefinde der Lohn für die übrige Zeit, bis zu welcher der Vertrag noch gedauert haben würde, wogegen dasselbe auf Kostgeld gleichfalls keinen Anspruch machen kann.

§ 25.

Durch den Konkurs der Dienstherrschaft.

Im Falle des Konkurses der Herrschaft kann das Dienstverhältnis von jedem Teile gekündigt werden. Die Kündigungsfrist ist, falls nicht eine kürzere Frist bedungen war, die gesetzliche. Kündigt der Konkursverwalter, so ist der Dienstbote berechtigt, Ersatz des ihm durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens nach Maßgabe des § 34 Absatz 2 zu verlangen.

§ 26.

Durch Abgabe des Landhaushalts.

Wenn der Dienstherr den Landhaushalt, zu dessen Führung er Acker- und Hofgesinde gemietet hat, drei Monate vor Martini oder früher abgibt, so werden damit auch die auf eine längere Zeit abgeschlossenen Dienstverträge zu Martini beendet, und das Landgesinde ist nur bis dahin zur Fortsetzung des Dienstes auf dem Gute verpflichtet. Tritt die Abgabe der Wirtschaft aber binnen der letzten drei Monate vor Martini ein, so müssen die Dienstverträge, deren Dauer nicht schon früher beendet ist, bis Martini des nächsten Jahres ausgehalten werden. Bei den Schäferknechten ist die Frage: ob der Dienstvertrag bis zum 1. Mai des laufenden oder des nächsten Jahres fortgesetzt werden müsse, danach zu entscheiden, ob die Abgabe des Landhaushalts vor oder nach dem 1. Februar erfolgt ist.

§ 27.

Durch den Ablauf der bedungenen oder gesetzlichen Zeit.

Der Ablauf der bedungenen Zeit bewirkt nur dann die Aufhebung des Dienstvertrages, wenn bei dem Eingange desselben zum Voraus auf eine stillschweigende Fortsetzung verzichtet ist. Der Ablauf der im § 8 bei unbestimmt abgeschlossenen Verträgen festgesetzten Zeit bewirkt die Aufhebung nur nach vorgängiger Aufkündigung (s. § 9).

§ 28.

Durch Aufkündigung zur ordentlichen Zeit.

Zur ordentlichen Aufkündigungszeit werden vierzehn Tage festgesetzt, wenn der Diensthote monatsweise gemietet, vier Wochen, wenn er auf ein Vierteljahr gebunden, und drei Monate, wenn er auf ein halbes Jahr oder darüber in Dienst genommen war, jedoch bleibt es beiden Theilen unbenommen, in dem einzugehenden Vertrage andere Aufkündigungsfristen zu verabreden.

§ 29.

**Vor Ablauf der Dienstzeit entweder
I. nach vorhergegangener Aufkündigung.****1. Von Seiten der Herrschaft.**

Vor Ablauf der Dienstzeit, aber doch nach vorhergegangener Aufkündigung kann die Herrschaft einen Diensthoten entlassen:

- 1) wenn demselben die nötige Geschicklichkeit zu den nach seiner Bestimmung ihm obliegenden Geschäften ermangelt;
- 2) wenn sich der Diensthote mit der ihm verabreichten Kost ohne hinlänglichen Grund und desfalls von der Herrschaft ihm wiederholt erteilter Zurechtweisungen ungeachtet auf eine verächtliche Weise unzufrieden bezeigt;

- 3) wenn das Gefinde einen seinen Verhältnissen nicht angemessenen Aufwand macht und den Anordnungen der Herrschaft hinsichtlich seiner Kleidung auf wiederholt erteilte Zusatztweisungen keine Folge leistet.

In allen diesen Fällen muß übrigens die Dienstzeit des laufenden Monats oder Vierteljahrs, je nachdem monatweise oder auf ein Vierteljahr und länger gemietet ist, ausgehalten werden.

§ 30.

2. Von Seiten des Gefindes.

Dienstboten können den Dienst vor Ablauf der Mietzeit, jedoch nach vorgängiger Aufkündigung verlassen:

- 1) wenn der Lohn nicht regelmäßig und vollständig bezahlt wird;
- 2) wenn der Dienstbote durch Heirat oder auf andere Art zur Anstellung einer eigenen Wirtschaft Gelegenheit findet und diese Gelegenheit nicht ohne dessen erweislichen Schaden verschoben werden kann. In beiden Fällen muß übrigens die Dienstzeit des laufenden Monats oder Vierteljahres ausgehalten werden;
- 3) wenn das Dienstverhältnis für die Lebenszeit des Dienstboten oder für längere Zeit als fünf Jahre eingegangen ist. In diesem Falle kann das Dienstverhältnis vom Dienstboten nach dem Ablaufe von fünf Jahren gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Monate.

§ 31.

Oder auch

II. Ohne vorhergegangene Aufkündigung.

1. Gründe von seiten der Herrschaft.

Der Dienst kann ohne vorherige Aufkündigung von seiten der Herrschaft aufgehoben werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere:

1. wenn das Gefinde die Herrschaft oder deren Familie durch Thätlichkeiten, Bedrohung mit solchen, Schimpf- und Schmähe worte oder ehrenrührige Nachrede beleidigt oder durch böshafte Aufhegungen Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht;
2. wenn es sich beharrlichen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft zu Schulden kommen läßt;
3. wenn es sich denjenigen, welche von der Herrschaft zur Aufsicht über das gemeine Gefinde bestellt sind, als z. B. den Verwaltern, Hofmeistern zc., mit Thätlichkeiten oder groben Schimpf- und Schmähereden bei Ausübung ihres Dienstes widersezt;

4. wenn es die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt;
5. wenn es sich des Diebstahls oder der Veruntreuung schuldig macht;
6. wenn es sein Nebengesinde zu dergleichen Lastern verleitet;
7. wenn es auf der Herrschaft Namen ohne deren Vorwissen Geld oder Waren auf Borg nimmt;
8. wenn es wiederholt ohne Vorwissen und Erlaubnis der Herrschaft über Nacht aus dem Hause geblieben ist;
9. wenn es mit Feuer und Licht gegen vorhergegangene Warnungen unvorsichtig umgeht;
10. wenn auch ohne vorhergegangene Warnung aus dergleichen unvorsichtigem Betragen schon Feuer entstanden ist;
11. wenn das Gesinde sich durch lieberliche Aufführung ansteckende oder ekelhafte Krankheiten zugezogen hat;
12. wenn das Gesinde ohne Erlaubnis der Herrschaft seines Vergnügens wegen aus dem Hause der Herrschaft sich entfernt oder ohne Not über die erlaubte oder zu dem Geschäfte erforderliche Zeit ausbleibt oder sonst den Dienst mutwillig vernachlässigt und von allen diesen Fehlern auf wiederholte Verwarnung nicht absteht;
13. wenn der Diensthote dem Trunke oder Spiele ergeben ist oder durch Zänkereien und Schlägereien mit seinem Nebengesinde den Hausfrieden stört und von solchem Betragen auf gezeigene Vermahnung nicht abläßt;
14. wenn dem Diensthoten diejenige Fähigkeit gänzlich ermangelt, weshalb besonders die Herrschaft ihn zu mieten beabsichtigt, und welche er auf Befragen bei der Vermietung zu besitzen ausdrücklich angegeben hat;
15. wenn ein Diensthote von der Obrigkeit auf längere Zeit als 8 Tage gefänglich eingezogen wird;
16. wenn ein Gesinde weiblichen Geschlechts schwanger wird, in welchem Falle jedoch, wenn die sofortige Entlassung mit Gefahr für Leben oder Gesundheit des Gesindes verbunden ist, die Vorschrift des letzten Absatzes im § 22 entsprechend zur Anwendung kommt;
17. wenn die Herrschaft von dem Gesinde bei der Annahme durch Verfälschung der in dem Dienstbuche enthaltenen oder sonst beigebrachten Zeugnisse hintergangen worden;
18. wenn das Gesinde durch eine langwierige, die Dauer von vier Wochen übersteigende Krankheit an der Fortsetzung des Dienstes verhindert wird.

In allen diesen Fällen hat die Herrschaft, bevor sie den Diensthoten wirklich entläßt, hiervon und von der Ursache der beab-

sichtigten Verabschiedung bei der Polizeibehörde die nötige Anzeige zu machen.

§ 32.

2. Gründe von seiten des Gefindes.

Das Gefinde kann den Dienst ohne vorhergegangene Aufkündigung verlassen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere:

1. wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden;
2. wenn die Herrschaft daselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ungewöhnlicher Härte behandelt hat;
3. wenn die Herrschaft daselbe zu Handlungen, welche wider die Gesetze oder wider die guten Sitten laufen, hat verleiten wollen;
4. wenn dieselbe das Gefinde vor dergleichen unerlaubten Zumutungen gegen Personen, die zur Familie gehören oder sonst im Hause aus- und eingeht, nicht hat schützen wollen;
5. wenn die Herrschaft dem Gefinde den verdienten Lohn oder die Kost zur bestimmten Zeit gänzlich verweigert;
6. wenn die Herrschaft ihren Wohnort bleibend verändert;
7. wenn der Diensthote durch schwere Krankheit zur Fortsetzung des Dienstes unvernünftig wird.

In diesen Fällen ist der Diensthote ebenmäßig verpflichtet, bevor er den Dienst wirklich verläßt, hiervon und von der Ursache der beabsichtigten Verlassung seines Dienstes bei der Polizeibehörde die nötige Anzeige zu machen.

§ 33.

Folgen der widerrechtlichen Verlassung des Dienstes.

Gefinde, welches vor Ablauf der Dienstzeit ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verläßt, wird durch Zwangsmittel zu dessen Fortsetzung angehalten werden. Will aber die Herrschaft ein solches Gefinde nicht wieder annehmen, so ist sie berechtigt, ein anderes an dessen Stelle zu mieten, und der ausgetretene Diensthote ist schuldig, die dadurch verursachten mehreren Kosten zu erstatten.

§ 34.

Entschädigungs-Ansprüche des Gefindes.

1. Im Fall einer rechtmäßig geschehenen Aufhebung des Dienstvertrages.

In allen Fällen, wo die Herrschaft einen Diensthoten während der Dienstzeit mit oder ohne Aufkündigung zu entlassen berechtigt ist, sowie in den Fällen, wenn der Diensthote nach vorhergegangener

Aufkündigung den Dienst vor Ablauf der Zeit verlassen darf, kann derselbe nur Lohn und Kost nach Verhältnis der Zeit fordern, während welcher er wirklich gedient hat.

In den Fällen hingegen, da der Dienstbote den Dienst ohne Aufkündigung verlassen darf, muß demselben von der Herrschaft Kost und Lohn auf die noch übrige Mietzeit und, wenn diese länger als ein Vierteljahr hinausgeht, wenigstens für ein Vierteljahr Lohn und Kost gegeben werden. Der höchste Betrag des Kostgeldes wird bei streitigen Fällen zu 3 Mk. und der geringste Betrag zu 1 Mk. 50 Pf. wöchentlich. angenommen.

§ 35.

2. Im Fall einer ohne Grund geschehenen Entlassung.

Eine Herrschaft, die aus anderen als gesetzmäßigen Ursachen das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit entläßt und daselbe wieder anzunehmen sich weigert, ist verpflichtet, demselben bis zu Ende der Dienstzeit und, wenn diese länger als ein Vierteljahr hinausgeht, einen vierteljährigen Lohn und Kostgeld zu geben.

Siebenter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 36.

Von dem Vorzugsrechte des Fiedlohns im Konkurse.

Wird über das Vermögen des Dienstherrn oder über dessen Nachlaß das Konkursverfahren eröffnet, so werden von den Konkursforderungen die für das letzte Jahr vor der Eröffnung des Verfahrens oder dem Ableben des Dienstherrn rückständigen Forderungen der Dienstboten an Lohn, Kostgeld oder anderen Dienstbezügen an erster Stelle berichtigt (§ 61 Nr. 1 der Konkursordnung).

§ 37.

Verbindlichkeiten der Herrschaft aus den Handlungen der Dienstboten.

Die Herrschaft haftet nicht für die Bezahlung der auf ihren Namen von dem Gesinde aufgenommenen Waren und Gelder, es sei denn, daß dieselbe dem Dienstboten schriftlich oder mündlich einen Kredit bei dem Verkäufer oder Verleiher eröffnet oder dem Dienstboten das Buch anvertraut hätte, welches dieselbe mit dem Verkäufer über die abzugebenden Waren zc. hält, und in welches die Waren und deren Preise eingetragen werden.

Die Haftung der Herrschaft für den von dem Gesinde einem Dritten widerrechtlich zugefügten Schaden richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Daneben gelten die landesgesetzlichen Bestimmungen über eine weiter gehende Haftung der Herrschaft, soweit sie nach dem Einführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche unberührt bleiben.

Achter Abschnitt.

Verfahren in Gefindesachen.

§ 38.

Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gefinde, welche während der Dienstzeit aus dem Dienstverhältnisse entstehen, sowie Anträge und Beschwerden, welche sich auf den Dienstantritt oder die Aufhebung des Dienstverhältnisses beziehen, können vor der Ortspolizeibehörde angebracht und von dieser durch eine ohne weiteres zu vollziehende vorläufige Verfügung erledigt werden, vorbehaltlich endgültiger Entscheidung im Rechtswege.

Zuständig zur Ausführung der nach den § 14 und 33 zulässigen Zwangsmaßregeln sind die Landespolizeibehörden.

§ 39.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuche in Kraft.

§ 40.

Ein zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehendes Dienstverhältnis bestimmt sich, wenn nicht die Kündigung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für den ersten Termin erfolgt, für den sie nach den bisherigen Gesetzen zulässig ist, von diesem Termine an nach den neuen Vorschriften.

2. Gesetz, die Bestrafung der Polizeiübertretungen betreffend (Polizeistrafgesetzbuch)

vom 23. März 1899 Nr. 27, (Gesetz- und Verordn.-Sammlung S. 219).

§ 8.

Mit Geldstrafen bis zu 150 M. oder mit Haft werden bestraft:
5. wer offensichtlich an einem ansteckenden Uebel leidend mit Verheimlichung desselben sich als Diensthote, Kanne, Gesell oder Lehrling verdingt, oder wer, im Dienste von einem solchen Uebel befallen, solches der Herrschaft oder dem Meister verheimlicht . . .

§ 14.

Gesindebienst.

Mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft:

1. wer zuerst innerhalb des Herzogtums in den Gesindebienst eintritt und es unterläßt, bis zum Dienstantritte ein Dienstbuch bei der Ortspolizeibehörde . . . zu lösen, es sei denn, daß er sich im Besitze eines Gesindebuchs eines anderen deutschen Bundesstaates befindet,
2. derjenige Dienstbote, welcher das erhaltene Dienstbuch verloren zu haben behauptet und den unverschuldeten Verlust weder nachweisen noch wahrscheinlich machen kann, so wie derjenige, welcher das in seinem Besitze befindliche Dienstbuch der Polizeibehörde auf Anfordern vorenthält,
3. derjenige Dienstbote, welcher sich für die nämliche Zeit bei mehreren Herrschaften vermietet,
4. derjenige Dienstbote, welcher ohne gesetzlichen Grund den ordnungsmäßigen Dienstantritt verweigert oder den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit eigenmächtig ohne gesetzliche Ursache verläßt. Die Verfolgung geschieht nur auf den binnen 14 Tagen nach der Übertretung bei dem öffentlichen Ankläger oder der Ortspolizeibehörde zu stellenden Antrag der Herrschaft oder deren Stellvertreter,
5. derjenige Dienstbote, welcher, wenn er den Dienst vor Ablauf der Dienstzeit, wenn auch aus gesetzlichem Grunde verläßt, davon nicht zuvor oder beim Abgange der Ortspolizeibehörde Anzeige macht,
6. derjenige Dienstbote, welcher sich hartnäckigen Ungehorsam oder Widersetzlichkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder deren Stellvertreter zu Schulden kommen läßt oder die Pflicht der Ehrerbietung gegen jene gröblich verletzt; Hausgesinde, welches ohne Erlaubnis der Herrschaft über Nacht entweder aus deren Wohnung sich entfernt oder in dieselbe andere Personen bei sich aufnimmt. Die Verfolgung geschieht nur auf den binnen 14 Tagen nach der Übertretung zu stellenden Antrag der Herrschaft oder deren Stellvertreter,
7. diejenige Dienstherrschaft, welche einen Dienstboten mietet, wissend, daß derselbe bereits für die nämliche Zeit bei einem andern sich vermietet habe, oder welche einen Dienstboten, wissend, daß derselbe noch anderweit verpflichtet ist, in Dienst nimmt,
8. diejenige Dienstherrschaft, welche, insofern nicht das zu mietende Gesinde zum ersten Male in einen Dienst eintritt, sich beim Abschlusse des Dienstvertrages das Dienstbuch nicht

vorlegen läßt, oder von den darin offensichtlich enthaltenen Mängeln oder Unrichtigkeiten der Ortspolizeibehörde nicht sofort Anzeige macht, oder aber bei der Dienstentlassung eines Gefindes oder, wenn es verlangt wird, auch während der Dienstzeit demselben weder ein Zeugnis im Dienstbuche ausstellt, noch ein solches nach § 4 der Gef.O. an die Ortspolizeibehörde einsendet,

9. diejenige Diensthererschaft, welche den Dienstboten entweder in dem Dienstbuche oder in dem an die Ortspolizeibehörde eingesandten Atteste wider besseres Wissen die Unwahrheit bezeugt, sei es zum Vorteile oder zum Nachteile des Dienstboten

3. Gesetz, Fürsorge für erkrankte Dienstboten betreffend,

vom 26. Mai 1896 (Nr. 28), Gesetz u. Verordn.=Samml. S. 173.

. . . . § 1.

Dienstboten, welche gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt werden, und deren Beschäftigung nicht durch den Dienstvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, werden, soweit sie nicht bereits nach dem Gesetze vom 29. Mai 1890 (Nr. 20*) krankenversicherungspflichtig sind, der Krankenversicherungspflicht nach Maßgabe des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 in der Fassung der Novelle vom 10. April 1892 (R.G.B. S. 417 f.) unterworfen

(§ 2 ist aufgehoben, vgl. oben S. 34, Anm. 29.)

§ 3.

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1896 in Kraft.

B. Reichsgesetze.

1. Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18. August 1896.

Art. 95.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Gefinderecht angehören. Dies gilt insbesondere auch von den

*) Das genannte Gesetz unterstellt die in der Land- und Forstwirtschaft gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, soweit sie nach § 1 des Landwirtschaftlichen Unfall-Verf.-Gesetzes vom 5. Mai 1886 gegen Unfälle versichert sind, mit Ausnahme der vorübergehend Angenommenen dem Krankenversicherungszwange, umfaßt also auch das Landgefinde, vgl. oben S. 21.

Vorschriften über die Schadensersatzpflicht desjenigen, welcher Gefinde zum widerrechtlichen Verlassen des Dienstes verleitet oder in Kenntnis eines noch bestehenden Gefindeverhältnisses in Dienst nimmt oder ein unrichtiges Dienstzeugnis erteilt.

Die Vorschriften der §§ 104—115, 131, 278, 617—619, 624, 831, des § 840, Abs. 2 und des § 1358 des B.G.B. finden Anwendung, die Vorschriften des § 617 jedoch nur insoweit, als die Landesgesetze dem Gefinde nicht weitergehende Ansprüche gewähren.

Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstberechtigten dem Gefinde gegenüber nicht zu.

2. Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896.

Geschäftsfähigkeit.

§ 104.

Geschäftsunfähigkeit.

Geschäftsunfähig ist:

1. wer nicht das 7. Lebensjahr vollendet hat;
2. wer sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustande krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befindet, sofern nicht der Zustand seiner Natur nach ein vorübergehender ist;
3. wer wegen Geisteskrankheit entmündigt ist.

§ 105.

Folgen.

Die Willenserklärung eines Geschäftsunfähigen ist nichtig.

Nichtig ist auch eine Willenserklärung, die im Zustande der Bewußtlosigkeit oder vorübergehender Störung der Geistesthätigkeit abgegeben wird.

§ 106.

Beschränkte Geschäftsfähigkeit der Minderjährigen.

Ein Minderjähriger, der das 7. Lebensjahr vollendet hat, ist nach Maßgabe der §§ 107—113 in der Geschäftsfähigkeit beschränkt.

§ 107.

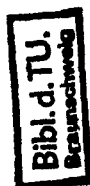
Einwilligung des gesetzlichen Vertreters.

Der Minderjährige bedarf zu einer Willenserklärung, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters.

§ 108.

Folgen des Mangels. 1. Bei Verträgen.

Schließt der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit des Vertrags von der Genehmigung des Vertreters ab.



Fordert der andere Teil den Vertreter zur Erklärung über die Genehmigung auf, so kann die Erklärung nur ihm gegenüber erfolgen; eine vor der Aufforderung dem Minderjährigen gegenüber erklärte Genehmigung oder Verweigerung der Genehmigung wird unwirksam. Die Genehmigung kann nur bis zum Ablaufe von 2 Wochen nach dem Empfange der Aufforderung erklärt werden; wird sie nicht erklärt, so gilt sie als verweigert.

Ist der Minderjährige unbeschränkt geschäftsfähig geworden, so tritt seine Genehmigung an die Stelle der Genehmigung des Vertreters.

§ 109.

a) Widerruf.

Bis zur Genehmigung des Vertrags ist der andere Teil zum Widerrufe berechtigt. Der Widerruf kann auch dem Minderjährigen gegenüber erklärt werden.

Hat der andere Teil die Minderjährigkeit gekannt, so kann er nur widerrufen, wenn der Minderjährige der Wahrheit zuwider die Einwilligung des Vertreters behauptet hat; er kann auch in diesem Falle nicht widerrufen, wenn ihm das Fehlen der Einwilligung bei dem Abschlusse des Vertrages bekannt war

. . . . § 113.

Dienst- oder Arbeits-Verhältnis.

Ermächtigt der gesetzliche Vertreter den Minderjährigen, in Dienst oder Arbeit zu treten, so ist der Minderjährige für solche Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, welche die Eingehung oder Aufhebung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses der gestatteten Art oder die Erfüllung der sich aus einem solchen Verhältnis ergebenden Verpflichtungen betreffen. Ausgenommen sind Verträge, zu denen der Vertreter die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf.

Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurückgenommen oder eingeschränkt werden.

Ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so kann die Ermächtigung, wenn sie von ihm verweigert wird, auf Antrag des Minderjährigen durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu ersetzen, wenn sie im Interesse des Mündels liegt.

Die für einen einzelnen Fall erteilte Ermächtigung gilt im Zweifel als allgemeine Ermächtigung zur Eingehung von Verhältnissen derselben Art.

§ 114.

Andere Fälle beschränkter Geschäftsfähigkeit.

Wer wegen Geisteschwäche, wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht entmündigt oder wer nach § 1906 unter vorläufige Vor-

mundschaft gestellt ist, steht in Ansehung der Geschäftsfähigkeit einem Minderjährigen gleich, der das 7. Lebensjahr vollendet hat

. . . . § 131.

Wird die Willenserklärung einem Geschäftsunfähigen gegenüber abgegeben, so wird sie nicht wirksam, bevor sie dem gesetzlichen Vertreter zugeht.

Das Gleiche gilt, wenn die Willenserklärung einer in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person gegenüber abgegeben wird. Bringt die Erklärung jedoch der in der Geschäftsfähigkeit beschränkten Person lediglich einen rechtlichen Vorteil oder hat der gesetzliche Vertreter seine Einwilligung erteilt, so wird die Erklärung in dem Zeitpunkt wirksam, in welchem sie ihr zugeht

. . . . § 278.

Haftung für gesetzliche Vertreter und Hülfspersonen.

Der Schuldner hat ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, in gleichem Umfange zu vertreten wie eigenes Verschulden. Die Vorschrift des § 276 Abs. 2 findet keine Anwendung.*)

Die §§ 617–619, 624 B.G.B. sind in §§ 20, 22, 30 Nr. 3, Ges.D. aufgenommen (vergl. S. 25, 31, 88 ff.).

. . . § 831.

Haftung für fremde Handlungen. 1. Des Geschäftsherrn für die Angestellten.

Wer einen andern zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatze des Schadens verpflichtet, den der andere in Ausführung der Verrichtung einem dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Geschäftsherr bei der Auswahl der bestellten Person und, sofern er Vorrichtungen oder Gerätschaften zu beschaffen oder die Ausführung der Verrichtung zu leiten hat, bei der Beschaffung oder der Leitung die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder wenn der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher für den Geschäftsherrn die Beforgung eines der im Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Geschäfte durch Vertrag übernimmt

. . . . § 840, Absatz 2.

Ist aber demjenigen, welcher nach den §§ 831, 832 zum Ersatze des von einem andern verursachten Schadens verpflichtet ist, auch der andere für den Schaden verantwortlich, so ist in ihrem Ver-

*) Die Haftung wegen Vorsatzes der Vertreter und Hülfspersonen kann daher im Voraus erlassen werden.

hältnisse zu einander der andere allein, im Falle des § 829 der Aufsichtspflichtige allein verpflichtet.

§ 1358.

Persönlich zu bewirkende Leistungen der Frau.

Hat sich die Frau einem dritten gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung verpflichtet, so kann der Mann das Rechtsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn er auf seinen Antrag vom Vormundschaftsgerichte dazu ermächtigt worden ist. Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu erteilen, wenn sich ergibt, daß die Thätigkeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt.

Das Kündigungsrecht ist ausgeschlossen, wenn der Mann der Verpflichtung zugestimmt hat oder seine Zustimmung auf Antrag der Frau durch das Vormundschaftsgericht ersetzt worden ist. Das Vormundschaftsgericht kann die Zustimmung ersetzen, wenn der Mann durch Krankheit oder durch Abwesenheit an der Abgabe einer Erklärung verhindert und mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist, oder wenn sich die Verweigerung der Zustimmung als Mißbrauch seines Rechtes darstellt. Solange die häusliche Gemeinschaft aufgehoben ist, steht das Kündigungsrecht dem Mann nicht zu.

Die Zustimmung sowie die Kündigung kann nicht durch einen Vertreter des Mannes erfolgen; ist der Mann in der Geschäftsfähigkeit beschränkt, so bedarf er nicht der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters.

3. Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- und Dienstlohnes vom 21. Juni 1869 (geändert 29. März 1897).

§ 1.

Die Vergütung (Lohn, Gehalt, Honorar usw.) für Arbeiten oder Dienste, welche auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses geleistet werden, darf, sofern dies Verhältnis die Erwerbsthätigkeit des Vergütungsberechtigten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, zum Zwecke der Sicherstellung oder Befriedigung eines Gläubigers erst dann mit Beschlagnahme belegt werden, nachdem die Leistung der Arbeiten oder Dienste erfolgt, und nachdem der Tag, an welchem die Vergütung gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, abgelaufen ist, ohne daß der Vergütungsberechtigte dieselbe eingefordert hat.

§ 2.

Die Bestimmungen des § 1 können nicht mit rechtlicher Wirkung durch Vertrag ausgeschlossen oder beschränkt werden.

Soweit nach diesen Bestimmungen die Beschlagnahme unzulässig ist, ist auch jede Verfügung durch Cession, Anweisung, Verpfändung oder durch ein anderes Rechtsgechäft ohne rechtliche Wirkung.

§ 3.

Als Vergütung ist jeder dem Berechtigten gebührende Vermögensvorteil anzusehen.

§ 4.

Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung:

- .. 2. auf die Beitreibung der direkten persönlichen Staatssteuern und Kommunalabgaben (die derartigen Abgaben an Kreis-, Kirchen-, Schul- und sonstige Kommunalverbände mit eingeschlossen), sofern diese Steuern und Abgaben nicht seit länger als drei Monate fällig geworden sind;
3. auf die Beitreibung der den Verwandten, dem Ehegatten und dem früheren Ehegatten für die Zeit nach Erhebung der Klage und für das diesem Zeitpunkte vorausgehende letzte Vierteljahr kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge;
4. auf das Gehalt und die Dienstbezüge der im Privatdienste dauernd angestellten Personen, soweit der Gesamtbetrag die Summe von 1500 Mk. jährlich übersteigt.

Als dauernd in diesem Sinne gilt das Dienstverhältnis, wenn dasselbe gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig mindestens auf ein Jahr bestimmt oder bei unbestimmter Dauer für die Auflösung eine Kündigungsfrist von mindestens 3 Monaten einzuhalten ist.

§ 4a.

Auf die Beitreibung der zu Gunsten eines unehelichen Kindes von dem Vater für den im § 4 Nr. 3 bezeichneten Zeitraum kraft Gesetzes zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge findet dies Gesetz nur soweit Anwendung, als der Schuldner zur Bestreitung seines Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht der Vergütung bedarf. Hierbei werden ausschließlich die Leistungen berücksichtigt, welche vermöge einer solchen Unterhaltspflicht für den nämlichen Zeitraum oder, falls die Klage zu Gunsten des unehelichen Kindes nach der Klage eines Unterhaltsberechtigten erhoben ist, für die Zeit von dem Beginne des der Klage dieses Berechtigten vorausgehenden letzten Vierteljahres ab zu entrichten sind

4. Strafgesetzbuch.

§ 247.

... Wer einer Person, ... in deren häuslicher Gemeinschaft er als Gefinde sich befindet, Sachen von unbedeutendem Werte stiehlt oder unterschlägt, ist nur auf Antrag zu verfolgen. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig

§ 361.

Mit Haft wird bestraft:

... 9. wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der Zoll- und Steuergesetze oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt. Die Vorschriften der Gesetze über die Haftbarkeit für die den Thäter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen*) werden hierdurch nicht berührt.

In den Fällen der Nr. 9 kann statt der Haft auf Geldstrafe bis zu 150 Mk. erkannt werden.

§ 363.

Wer, um Behörden oder Privatpersonen zum Zweck seines besseren Fortkommens oder des bessern Fortkommens eines anderen zu täuschen, Pässe, Militärabschiede, Wanderbücher oder sonstige Legitimationspapiere, Dienst- oder Arbeits-Bücher oder sonstige, auf Grund besonderer Vorschriften auszustellende Zeugnisse, sowie Führungs- oder Fähigkeitszeugnisse falsch anfertigt oder verfälscht, oder wissentlich von einer solchen falschen oder verfälschten Urkunde Gebrauch macht, wird mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher zu demselben Zwecke von solchen, für einen andern ausgestellten echten Urkunden, als ob sie

*) Vgl. § 37 Abs. 3 Ges.O. und Art. 69, 89, 107 des Einf.Ges. zum B.G.B. Von landesrechtlichen Vorschriften kommen hauptsächlich in Betracht: § 10 des Forststrafgesetzes Nr. 18 v. 1. April 1879; § 18 III des Polizeistrafgesetzbuchs Nr. 27 v. 23. März 1899. Von reichsgesetzlichen Bestimmungen sind zunächst die im Einf.Ges. zum B.G.B. (oben S. 99) aufgeführten §§ 278, 331, 340 Abs. 2 B.G.B. zu vergleichen. Für Herrschaften, welche auf Reisen ins Ausland Bedienung mitnehmen, empfiehlt sich ferner die Beachtung des § 153 des Vereinszollgesetzes v. 1. Juli 1869 Nr. 30 (B.G.B. S. 381), wonach Handels- und Gewerbetreibende für Diener und Gefinde wegen der Geldbußen, Zollgesfälle und Prozeßkosten bitten, in welche jene bei Zollwiderhandlungen im Dienste verurteilt sind.

für ihn ausgestellt seien, Gebrauch macht, oder welcher solche für ihn ausgestellte Urkunden einem anderen zu dem gedachten Zwecke überläßt

5. Gerichtsverfassungs-Gesetz.

§ 23.

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte umfaßt in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten

. . . 2. ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes
Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gefinde . . . hinsichtlich des Dienstverhältnisses, insofern dieselben während der Dauer des Dienstverhältnisses entstehen

§ 33.

Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

. . . 5. Dienstboten . .

§ 85.

Die Vorschriften der §§ 32 bis 35 über die Berufung zum Schöffennamte finden auch auf das Geschworenenamte Anwendung.

§ 202.

. . . . Ferienfachen sind:

4a. Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gefinde hinsichtlich des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses.

6. Civilprozeßordnung.

§ 20.

Wenn Personen an einem Orte unter Verhältnissen, welche ihrer Natur nach auf einen Aufenthalt von längerer Dauer hinweisen, insbesondere als Dienstboten . . . sich aufhalten, so ist das Gericht des Aufenthaltsorts für alle Klagen zuständig, welche gegen diese Personen wegen vermögensrechtlicher Ansprüche erhoben werden . . .

§ 52.

Eine Person ist insoweit prozeßfähig, als sie sich durch Verträge verpflichten kann.

Die Prozeßfähigkeit einer Frau wird dadurch, daß sie Ehefrau ist, nicht beschränkt.

Anmerkung: Der minderjährige Dienstbote ist danach prozeßfähig, sofern ihm sein gesetzlicher Vertreter nach § 118 B.G.B. die Ermächtigung zur Eingehung von Dienstverhältnissen gegeben hat, bis diese Ermächtigung widerrufen wird (vgl. oben S. 11, 101).

§ 181.

Wird die Person, welcher zugestellt werden soll, in ihrer Wohnung nicht angetroffen, so kann die Zustellung in der Wohnung an einen zu der Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person erfolgen.

§ 709.

Urteile sind auf Antrag für vorläufig vollstreckbar zu erklären, wenn sie betreffen:

- ... 2. Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gesinde...
hinsichtlich des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses, insofern dieselben während der Dauer des Dienst- oder Arbeits-Verhältnisses entstehen.

§ 888.

Kann eine Handlung durch einen dritten nicht vorgenommen werden, so ist, wenn sie ausschließlich von dem Willen des Schuldners abhängt, auf Antrag von dem Prozeßgericht erster Instanz zu erkennen, daß der Schuldner zur Vornahme der Handlung durch Geldstrafen bis zum Gesamtbetrage von 1500 M. oder durch Haft anzuhalten sei.

Diese Bestimmung kommt ... im Falle der Verurteilung zur Leistung von Diensten aus einem Dienstvertrage nicht zur Anwendung.

7. Konkursordnung.

§ 17.

Wenn ein zweiseitiger Vertrag zur Zeit der Eröffnung des Konkursverfahrens von dem Gemeinschuldner und von dem anderen Teile nicht oder nicht vollständig erfüllt ist, so kann der Konkursverwalter an Stelle des Gemeinschuldners den Vertrag erfüllen und die Erfüllung von dem anderen Teile verlangen.

Der Verwalter muß auf Erfordern des anderen Teils, auch wenn die Erfüllungszeit noch nicht eingetreten ist, demselben ohne Verzug erklären, ob er die Erfüllung verlangen will. Unterläßt er dies, so kann er auf der Erfüllung nicht bestehen.

§ 22.

Ein in dem Haushalte, Wirtschaftsbetriebe oder Erwerbsgeschäfte des Gemeinschuldners angetretenes Dienstverhältnis kann von jedem Teile gekündigt werden. Die Kündigungsfrist ist, falls nicht eine kürzere Zeit bedungen war, die gesetzliche.

Kündigt der Verwalter, so ist der andere Teil berechtigt, Ersatz des ihm durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens zu verlangen.

§ 26.

Wenn in Folge der Eröffnung des Konkursverfahrens die Nichterfüllung einer Verbindlichkeit oder die Aufhebung eines Rechtsverhältnisses des Gemeinschuldners eintritt, so ist der andere Teil nicht berechtigt, die Rückgabe seiner in das Eigentum des Gemeinschuldners übergegangenen Leistung aus der Konkursmasse zu verlangen. Er kann eine Forderung wegen der Nichterfüllung oder der Aufhebung nur als Konkursgläubiger geltend machen, soweit ihm nicht ein Anspruch auf abgesonderte Befriedigung zusteht . . .

§ 61.

Die Konkursforderungen werden nach folgender Rangordnung, bei gleichem Range nach Verhältnis ihrer Beträge berichtigt:

1. die für das letzte Jahr vor der Eröffnung des Verfahrens oder dem Ableben des Gemeinschuldners rückständigen Forderungen an Lohn, Kostgeld oder anderen Dienstbezügen der Personen, welche sich dem Gemeinschuldner für dessen Haushalt, Wirtschaftsbetrieb oder Erwerbsgeschäft zur Leistung von Diensten verbunden hatten

8. Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung.

§ 10.

Ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke gewähren nach folgender Rangordnung, bei gleichem Range nach Verhältnis ihrer Beträge:

1. der Anspruch eines die Zwangsverwaltung betreibenden Gläubigers auf Ersatz seiner Ausgaben . . .
2. bei einem land- oder forstwirtschaftlichen Grundstücke die Ansprüche der zur Bewirtschaftung des Grundstücks oder zum Betrieb eines mit dem Grundstück verbundenen land- oder forstwirtschaftlichen Nebengewerbes angenommenen, in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehenden Personen, insbesondere des Gesindes, der Wirtschafts- und Forstbeamten, auf Lohn, Kostgeld und andere Bezüge wegen der laufenden und der aus dem letzten Jahr rückständigen Beträge



Alphabetisches Sachregister.

(Die Zahlen weisen auf die Seiten hin.)

A.

Abdienen einer Schuld 20.
 Abgabe des Landhaushalts 46.
 Ablauf der Dienstzeit 48.
 Abmeldung bei der Inv.-Versicherung 42.
 Abmeldung bei der Krankenkasse 35, 38.
 Abmeldung bei der Polizeibehörde 36.
 Ackergefinde 8, 15, 16, 21, 44, 46, 47.
 Ammen 8.
 Amtsgericht 77.
 Anmeldung bei der Inv.-Versicherung 42.
 Anmeldung bei der Krankenkasse 35 ff.
 Anmeldung bei der Polizeibehörde 36.
 Anmeldung von Unfällen 45.
 Annahme in den Dienst 13, 22.
 Anstandsgegenstände 30.
 Ansteckende Krankheit 24, 33, 61.
 Anstiftung 57, 58.
 Antritt des Dienstes 14, 24.
 Anzeige bei der Polizei-Behörde 65, 70.
 Arbeiterversicherung 21, 35, 99.
 Arbeitsbuch 9.
 Art der Dienste 7, 17.
 Aufhebung der Antrittspflicht 14.
 „ des Dienstvertrages 24, 51, 65.
 Aufhebung 54.
 Aufkündigung 49, 51, 65.
 Aufrechnung 20, 27.
 Aufwand 19, 53.
 Aufnahme Fremder 61.
 Ausbleiben 18, 60, 61.
 Ausgeherinnen 7, 12, 78.

Ausland 43, 69.

Austritt 65.

B.

Bäckereien 9.
 Bediente 8, 30.
 Bedrohung 54.
 Befreiung von der Annahmepflicht 24.
 Befreiung von der Dienstpflicht 15.
 Befreiung von der Krankenversicherung 38.
 Begräbniskosten 26.
 Behandlung, gute 25, 67 Nr. 2.
 Behinderung 15, 31.
 Beiträge zur Invalidenversicherung 22, 42, 78.
 Beiträge zur Krankenkasse 21, 37, 78.
 Beföstigung 30, 32, 52, 69.
 Beleidigung 54, 56, 67.
 Beschlagnahme des Lohns 20, 27, 71, 103.
 Besuch 17, 30.
 Betragen 19.
 Betrug 15, 19, 24, 59.
 Vorgen 18, 59.
 Brandgefahr, Brandstiftung 60.

C.

Commiss 10, 78.

D.

Diebstahl 19, 24, 57, 64.
 Dienstantritt 14, 14.
 Dienstbuch 9, 11, 13, 24, 63, 75, 81, 105.
 Dienstvertrag 13.
 Doppelvermietung 15.
 Durchsuchung 58.

E.

Ehefrauen 10, 12.
 Ehrverletzung 18.

Einleitung 5.
 Einseitige Aufhebung 51, 65.
 Eintragung im Dienstbuch 11,
 13, 75 ff.
 Eintrittsgeld 21, 37.
 Ekelhafte Krankheiten 24, 61.
 Entfernung 18, 61.
 Entlassung, sofortige 53.
 Entschädigung 17, 19, 22, 70, 73.
 Entstehung der Ges.-Ordnung 5.
 Entwendung 19, 58.
 Erinnerungskreuz 18 Anm. *)
 Ermächtigung 11, 10, 1.
 Erbschaftspruch 36.
 Erzieherinnen 8, 75.

⌘.

Fahrlässigkeit 19.
 Fälschung des Dienstbuchs 24,
 63, 82, 105.
 Feiertage 15.
 Feuergefährd 60.
 Fleiß 17.
 Form des Dienstvertrages 13.
 Frauen 10, 12.
 Freiheitsstrafen 62.
 Frist der Kündigung 49.
 Fürsorgepflicht 25.

⌘.

Gärtner 8. Anm. 5.
 Gäste 17, 30.
 Gastwirte 9.
 Gefangenschaft 15, 62.
 Gehoriam 17.
 Gehülfen 9, 78.
 Geschäftsfähigkeit 10, 11.
 Geschenke 29.
 Geschäftlichkeit 52, 62.
 Geschirr, zerbrochenes 20.
 Geschlechtliche Ausschweifungen
 33, 61.
 Geiellen 9, 78.
 Gesellschafterinnen 8, 78.
 Gesetzliche Kündigungszeit 49, 52.
 Gesinde, Begriff 7 ff.
 Gesindemafler 14.
 Gesindeprozesse 77 ff.
 Gesundheit 25, 67.

Gewerbliche Arbeiter 9, 78.
 Gewerbegericht 78.
 Groom 8.
 Grund, wichtiger 53, 63, 67.

⌘.

Habseligkeiten 20, 71.
 Haft 15, 62.
 Handlungsgehilfen, -Lehrlinge
 10, 78.
 Härte, ungewöhnliche 67.
 Hausdamen 8, 78.
 Hausgenossenschaft 7.
 Haushälterin 11.
 Hausordnung 17.
 Hausfuchung 58.
 Hebestelle 42.
 Heirat 16, 24, 66.
 Hirten 8.
 Hofmeister, -in 8, 56.
 Hotelbedienstete 9.
 Hilfskaffe 38, 40.

⌘.

Innung, Innungsschiedsgericht 78.
 Inspektor 9, 56.
 Invaliden-Versicherung 22, 41.
 Invaliden-Beiträge 22, 42.

⌘.

Kammerjungfern 8.
 Kaufleute 10, 78.
 Kinder der Herrschaft 17, 54, 57, 68.
 Kindermädchen 8.
 Kleidung 19, 53, 71.
 Köchin 8, 9, 52 Nr. 1, 62.
 Konkurs 47, 107.
 Kontraktbruch 16, 22, 24, 70 ff.
 Kost 30, 32, 52, 69.
 Kostgeld 22, 32, 45, 73, 75.
 Krankengeld 34.
 Krankenkassen-Beiträge 21, 37, 78.
 Krankenversicherung 21, 34 ff.,
 78, 99.
 Krankheit 15, 24, 26, 32, 33,
 61, 63, 70.
 Kreditnehmen 18, 59.
 Kündigungsfrist 49.
 Kuticher 8, 31.

L.

Ladenmädchen 10.
 Landgefinde 8, 15, 16, 21, 44,
 46, 47.
 Landhaushalt 46.
 Land- und Forstwirtschaft, f. Land-
 gefinde.
 Laufburschen 9.
 Lebensgefahr 25, 67.
 Lebenslängliche Dienstzeit 67.
 Lehrlinge 10, 78.
 Lepttes Krankenlager 45.
 Lieberlichkeit 33, 61.
 Livree 30.
 Livreebediente 30, 49.
 Lohn 27, 47, 66, 69.
 Lohnzahlungsperioden 21, 66.
 Lohnzulage 28.

M.

Mädchen für alles 8.
 Mahngebühr 38.
 Makler 14.
 Mamsell 9.
 Markenverwendung 42.
 Martini 15, 47.
 Mietpfennig 13, 15, 17, 22.
 Minderjährige 10 ff., 50.
 Mißhandlungen 67.
 Mundraub 19, 58.

N.

Nachlaßkonturs 47.
 Nächtliches Ausbleiben 60.
 Nachträglicher Entlassungsgrund
 65, 74.
 Näherinnen 7.
 Naichhaftigkeit 58.
 Nebengefinde 17, 59 Nr. 6, 61.

O.

Ochsenknechte 8.
 Oekonomieverwalter 9, 56.

P.

Pensionäre 17.
 Pferdeknechte 8.

Pflichten des Gefindes 14 ff.
 Pflichten der Herrschaft 22 ff.
 Plätterinnen 7.
 Polizeiliche Anmeldung 36.
 Polizeiliche Anzeige des Aus-
 tritts 70.
 Polizeiliche Anzeige der Ent-
 lassung 65.
 Polizeiliches Zeugnis 76.
 Polizeiliche Zuständigkeit 77.
 Portier 9.
 Privatsekretäre 8.
 Prozesse 77.
 Prozeßfähigkeit 106 § 52.

Q.

Quittungskarte 42.

R.

Rechtsweg 77.
 Reinnachefrauen 7.
 Reittknechte 8.
 Religion 26.
 Restaurationsköchin 9.
 Rückforderung von Geschenken 29.
 Rücktrittsrecht der Herrschaft
 23 ff., 51.
 Rücktrittsrecht des Gefindes 15, 65.

S.

Sachverständige 28.
 Schadenersatz 17, 19, 22, 70, 73.
 Schäfer 8 Anm. 5, 15, 47.
 Schankwirte 9.
 Schimpfworte 54, 68.
 Schlachtereien 9.
 Schlägereien 33, 61 Nr. 13.
 Schlüsselgewalt 10.
 Schmähworte 54, 65, 68.
 Schutz vor Verführung 68 Nr. 4.
 Schwangerschaft 24 Nr. 4, 62 Nr. 16.
 Selbstmordversuch 33 Nr. 1.
 Selbstverwundung 33 Nr. 1.
 Selbstverwendung 42.
 Sittlichkeit 25, 57, 68.
 Sofortiger Austritt 67 ff.
 Sofortige Entlassung 53 ff.

Sonntagsarbeit 18.
 Sonntagsgottesdienst 26.
 Speisewirtschaften 9.
 Spiel 19, 61.
 Staatsliuree 31.
 Strafantrag 58, 98, 105.
 Streitfachen 77.
 Stubenmädchen 9.
 Stunde des Antritts 15.
 Stützen der Hausfrau 8.

I.

Thätlichkeiten 25, 54, 56, 67.
 Tod der Herrschaft 45, 47.
 Tod des Dienstboten 45.
 Treue 18.
 Trinkgelber 30.
 Trunk 19, 33, 61.

II.

Übergangsvorschrift 50, 97 § 40.
 Undank 30.
 Unfähigkeit 15 Nr. 1, 16 Nr. 2,
 31, 52, 62, 63, 70.
 Unfallversicherung 44.
 Ungehorsam 17, 55.
 Ungehehlichkeit 52.
 Ungewöhnliche Härte 67 Nr. 2.
 Ungeziefer 64.
 Unpfändbarkeit 20, 27, 71, 103.
 Unrichtiges Zeugnis 75, 82, 100.
 Unfittlichkeit 61 Nr. 11.
 Unterschlagung 24, 31 Anm. 26,
 57 Nr. 5, 105.
 Unvorsichtigkeit 19, 60.
 Urlaub 26, 31, 61 Nr. 12, 68.

B.

Verfahren in Gesindesachen 77, 97.
 Verfälschung des Dienstbuchs 24,
 63, 82, 105.
 Verführung 18, 57, 59, 68.
 Vergnügungssucht 61 Nr. 12.
 Verhaftung 15, 62.
 Verheimlichung von Krankheiten
 61 Anm. 55.

Verjährung von Beiträgen 38, 43.
 Verjährung von Klagen 79.
 Verkäuferinnen 10.
 Verkehrsitte 25, 51.
 Verlust von Sachen 20.
 Vermögensverfall der Herrschaft
 16 Nr. 4, 47 Anm. 39.
 Veräumte Anmeldung 36.
 Versehen 19.
 Versuch strafbarer Handlungen 58.
 Vertreter, gesetzliche 10, 11.
 Verweigerung der Kost, des
 Lohns 66, 69.
 Verweigerung des Zeugnisses 76.
 Verzicht 24, 50, 64.
 Viehmägde 8.
 Volljährigkeit 10, 11.
 Vollmacht 11.
 Vormund 10, 11.
 Vorzeitige Aufhebung 51 ff.
 Vorzugsrecht 47, 107—8.

W.

Waisfrauen 7.
 Weihnachtsgeschenke 29.
 Wichtiger Grund 53, 64, 67.
 Widerspenstigkeit 18, 55 ff.
 Wiedereintritt 70.
 Wirtschaftsmamsell 9.
 Wirtschaftsübernahme 16, 66.
 Wohnsitveränderung 16, 69.
 Wohnung 25.

3.

Zahlungs säumnis 66, 69.
 Zanksucht 19, 61 Nr. 13.
 Zeit des Dienstantritts 14.
 Zerbrecben 20.
 Zeugnis 13, 24, 63, 75, 81, 105.
 Zeugnis-Fälschung f. Zeugnis.
 Ziehzeiten 14, 49.
 Züchtigungsrecht 18, 25, 67, 100.
 Zulagen 28.
 Zurückbehaltungsrecht 20, 44, 71.
 Zurückführung 70, 77.
 Zustellung 107 § 181.
 Zwangsmittel 17, 70, 77, 97.
 Zwangsversteigerung 48, 108.

Nachtrag zum



Verlagskatalog

der Buchhandlung

Benno Goerik, Braunschweig.

16 Münzstr. 16. * Neben dem Justizgebäude.

Ausführungsgesetze, die Braunschweigischen, zum Bürgerl. Gesetzbuche u. dessen Nebengesetzen. Mit d. amtll. Begründungen u. d. Nachträgen. Amtliche Ausgabe. Brosch. M. 8,80, in 1 Knwbbde. geb. M. 10,00.

* **Frankenbergr**, H. von, Stadtrat in Braunschweig, Das Braunschweigische Gesinderecht, nach den Vorschriften der abgeänderten Gesindeordnung vom 16. August 1899. Brosch. M. 1,00, geb. M. 1,25.

Gesetz betr. d. Civilstaatsdienst für das Herzogtum Braunschweig vom 4. April 1899 mit den Ergänzungsgesetzen. Herausg. m. Anmerk. unter Benutzung d. Motive geb. M. 3,00.

Mansfeld, Umtsrichter Dr. jur. R., Der publicistische Reaktionsanspruch und sein Rechtsschutz im Herzogth. Braunschweig. Brosch. M. 2,80.

Wolf, Dr. H., Landrichter. Die legitimatio per sub sequens matrimonium nach Justinianischem Recht insbesondere nach 1., 10. und 11. Cod. de nat. lib. V, 27 und d. heutige Anwendbarkeit d. Römisch-rechtl. Grundsätze i. Gebiete d. gemeinen Rechts. Brosch. M. 2,80.

Braunschweigs Baudenkmäler. Unter Leitung v. H. Geheim.

Hofrath Prof. C. Uhde herausgegeben. v. Verein v. Freunden d. Photographie.

Serie I u. II à 40 Lichtdrucke in Mappe m. kurzem Text à M. 8,00.

Serie III „ 66 „ „ „ „ „ „ „ 10,00.

Serie I u. II enthalten die Bau=Denkm. der Stadt Braunschweig.

Serie III dagegen diejenigen aus dem Lande Braunschweig.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

W. S. g. u.

Verlag von Benno Goerik, Braunschweig.

Eyferth, B., Die einfachsten Lebensformen des Tier- u. Pflanzenreichs. Naturgeschichte d. mikroskopischen Süßwasserbewohner. 3. vollst. neubearb. u. verm. Aufl. von Dr. W. Schönicke und Dr. A. Kalberlah. Mit über 700 Abbildgn. auf 16 Tafeln in Lichtdruck. Brosch. M. 20,00.

Kloos, Professor Dr. J. S., Ueber die Wasserversorgung der Städte Braunschweig u. Wolfenbüttel. Brosch. M. 0,50.

Schadt, W., Geometer. Plan der Stadt Braunschweig nebst Umgebung um das Jahr 1840. 57×70 cm. Schwarz M. 2,50. Koloriert M. 6,00.

Schöttler, A., Prof. Die Gasmachine, ihre Entwicklung, ihre heutige Bauart und ihr Kreisprozeß. 3. Aufl. Brosch. M. 13,00.

* **Schöttler, F. W.** Anleitung zu einem rationellen Anbau der Zuckerrübe. 3. Aufl. Brosch. M. 0,40.

Souchon, Dr. Martin. Die Papstwahlen von Bonifatius VIII. bis Urban VI. u. d. Entstehung d. Schismas 1378. Brosch. M. 5,50.

do. Die Papstwahlen in der Zeit des großen Schismas. Entwicklung u. Verfassungskämpfe d. Kardinalates von 1378 bis 1417. 2 Bde. Brosch. M. 22,50.

Stegmann, Sch. Die Fürstlich Braunschweigische Porzellanfabrik zu Fürstenberg. Ein Beitrag zur Geschichte des Kunstgewerbes u. der Wirtschaftszustände im 18. Jahrhundert. Brosch. M. 4,00.

Steinmann, Carl. Die Grabstätten der Fürsten des Welfenhauses von Gertrudis der Mutter Heinrichs des Löwen bis auf Herzog Wilhelm. Biographische Schilderungen. Brosch. statt M. 6,00 Mk. 3,50.

In Lwdbd. " " 7,00 " 4,00.

In Hlbfzbd. " " 8,00 " 5,00.

Ausg. a. Büttenpapier Brosch. " " 9,00 " 5,00.

" " " Hlbfzbd. " " 12,50 " 8,00.

Doges, Th. Sagen aus dem Lande Braunschweig. Mit einer Karte. Brosch. M. 4,00. In Lwdbd. M. 4,60.

Wiehe, E., Baurat. Die Ausmalung der Stiftskirche zu Koenigsutter. Brosch. M. 0,50.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verlag von Benno Goerik, Braunschweig.

Dedekind. Die Achten-Lini. Eine Novelle nach Motiven aus dem Künstlerleben. Mit 1 Porträt von Frau Fischer.

Achten. 2. Aufl. Brosch. M. 1,80. In Lwdbd. M. 2,50.

Denecke, Dr. Hans. Friedgart. Handlung in drei Aufzügen. Brosch. M. 2,00. In Lwdbd. M. 3,00.

do. Hans Tod. Operndichtung in drei Aufzügen. Brosch. M. 0,80.

do. Liebeswahn. Oper in einem Aufzuge. Musik von John Moeller. Brosch. M. 0,50.

Engelbrecht, Louis. Der neue Förster. Schauspiel in fünf Akten. Brosch. M. 2,00.

Felsch, Herbert. (Bertha Scheffler.) Weitere Geschichten. Brosch. M. 2,00.

Festspiel zur Einweihungsfeier der **neuerbauten Städtischen Mädchenschule zu Braunschweig.** Brosch. M. 0,60.

Heinemann, F. von, Der Waffenschmied von Braunschweig. Drama in fünf Aufzügen. Brosch.

* M. 0,50, in Leinwand M. 1,00.

Koch, Professor Dr. A. Fußball. Regeln vom Spielplatz des Herzogl. Gymnasii M. C. 2. Auflage. Brosch. M. 0,40.

do. Der Stand der Nationalfessfrage. Mit e. Anh.: Zusammengesetzte Wettkämpfe i. Braunschweig. Brosch. M. 1,00.

do. Das heutige Spielleben Englands. M. 0,60.

do. Wodurch sichern wir das Bestehen der Schuls Spiele auf die Dauer? 8°. 1887. Brosch. M. 0,80.

* **Koch, Professor Dr. A. und G. von Schenckendorff.** Wie wird das Bewegungsspiel im freien zur Volksfite? Brosch. M. 0,75.

Koldewey, Prof. D. Dr. F., Gymnasialdirektor. Verzeichnis der Direktoren und Lehrer des Gymnasiums

Martino-Katharineum zu Braunschweig. Brosch. M. 1,20.

* **Leffler, Paula.** Des Deutschen Reiches Jugend. Festspiel zur Aufführung in Mädchenschulen. Brosch. M. 0,50.

* do. Das neue Schulhaus. Festspiel zur Aufführung in Mädchenschulen. Brosch. M. 0,50.

Loeser, L. Frische Luft. Lustspiel in vier Akten. Brosch. M. 1,20.

Quandt, G. Gertrud von Loden. Eine Erzählung aus der Schwedenzeit. 3. Aufl. Brosch. M. 3,60. In Lwdbd.

M. 4,60.

NB. Die mit * bezeichneten Werke werden, wenn in größerer Anzahl entnommen, zu billigeren Preisen abgegeben.

———— Zu beziehen durch jede Buchhandlung. ————

W. S. g. n.

Sievers, Prof. Dr. Otto. Demetrius. Geschichtliches Trauerspiel in vier Aufzügen. Mit Benutzung d. Schiller'schen Bruchstücks bis zur Verwandlung im zweiten Aufzuge. Brosch. M. 2,00. In Lwdbd. M. 3,20.

do. **Waterloo.** Historie in fünf Aufzügen. Brosch. M. 2,00. In Lwdbd. M. 3,20.

do. **Gedichte.** Aus d. Nachlaß des Dichters. Herausg. v. d. Wittwe. Mit d. Bildnis des Dichters. Brosch. M. 2,70. In Lwdbd. M. 3,70.

Stobbe, August. Festspiel zur 75 jährigen Jubelfeier des Herzogl. Braunschweig. Inf.-Reg. Nr. 92. Ausgabe A. 2. Aufl. Brosch. statt M. 1,00 für M. 0,50.

do. Dasselbe. Ausgabe B. 3. Aufl. Brosch. statt M. 0,50 für M. 0,25.

Bestellzettel.

Der Unterzeichnete bestellt käuflich — zur Ansicht

(Im offenen Konvert für 3 Pfennig.)

(Nichtgewünschtes bitte auszutreichen.)

durch die Buchhandlung

.....

.....

.....

.....

.....

Ort u. Datum:

Namen:

Stand:

Um deutliche Schrift wird höfl. gebeten.